POLITISCHES ARCHIV

Jahr OKTOBER 1947 4. Folge

Die europäischen Verhandlungen zum Marshall-Plan

vom 5. Juni 1947 bis zum 22. September 1947

Aus den Moskauer Verhandlungen der Außenminister, über die wir in der Juli-Nummer ausführlich berichtet haben (vgl. Europa-rchiv S. 669—773), ließ sich bereits entnehmen, daß in der Zeit zwischen der Beendigung der Moskauer Außenministerkonferenz d der für November 1947 in London geplanten nächsten Zusammenkunft der Außenminister eine lebhafte diplomatische Akti-tät aller Beteiligten, insbesondere aber der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten eintreten werde. Daß die Vereinigten aaten zu konkreten Hilfeleistungen auf dem europäischen Kontinent entschlossen waren, ging bereits aus der Kongreßbotschaft s Präsidenten *Truman* vom 12. März 1947 hervor (vgl. Europa-Archiv S. 819). Die Vorschläge, die Außenminister *Marshall* seiner Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 formulierte (vgl. Europa-Archiv S. 821), lagen daher durchaus auf r Linie eines bereits seit geraumer Zeit von den Vereinigten Staaten eingeschlagenen Weges. So wurden sie auch sehr bald n der Weltöffentlichkeit verstanden, die den Begriff eines „Marshall-Planes" formulierte, noch ehe Art und Umfang der n Marshall vorgeschlagenen Hilfeleistungen im einzelnen erkennbar waren.

Die sowjetische Einstellung zu den Vorschlägen Marshalls wurde auf der Pariser Konferenz der Außenminister Großbritanniens, ankreichs und der Sowjet-Union vom 27. Juni bis 2. Juli 1947 durch Außenminister *Molotow* dargelegt (vgl. Europa-Archiv 822). Die Grundnote der sowjetischen Ausführungen bildete die nachdrückliche Warnung vor den Folgen einer auf amerika-sche Wirtschaftshilfe gestützten westeuropäischen Blockbildung Gegenüber dieser Möglichkeit wurden auf sowjetischer Seite die fwärtsentwicklung des sowjetischen Wirtschaftslebens im Rahmen eines neuen Fünfjahresplanes und die bereits weit fortge-rittene Zusammenarbeit mit ost- und nordeuropäischen Ländern unterstrichen und kein Zweifel darüber gelassen, daß die sow-ische Politik ihrerseits einen klar vorgezeichneten Weg verfolgen werde.

Wir bringen nun eine gedrängte Übersicht über die Entwicklung der europäischen Verhandlungen zum Marshall-Plan, die von rschiedenen Beobachtern als „kalter Krieg" gegen die Sowjet-Union bezeichnet werden. Wenn auch die Auseinandersetzung um n Marshall-Plan im Augenblick den Charakter eines sich immer mehr verschärfenden Gegensatzes zwischen der Sowjet-Union d den Vereinigten Staaten angenommen hat, so sollte doch die eingangs angedeutete Perspektive, welche diese Verhandlungen Zwischenspiel der Nachkriegspolitik der Großmächte und als Vorbereitungsphase für die Londoner Außenministerkonferenz er-einen läßt, nicht unbeachtet bleiben. *Co.*

5. JUNI 1947

er amerikanische Außenminister *Marshall* schildert in einer vor der Harvard-Universität in Cambridge die wirtschaft-n Schwierigkeiten der europäischen Länder. Unter der Vor-etzung, daß die europäischen Nationen einen gemeinsamen tschaftsplan entwerfen, um die bestmögliche Ausnutzung der nen Hilfsquellen zu gewährleisten, kündigt Marshall den euro-chen Ländern die Unterstützung der Vereinigten Staaten beim schaftlichen Wiederaufbau an. (Vgl. Europa-Archiv S. 821.)

12. JUNI 1947

nläßlich einer Pressekonferenz erklärt *Marshall*, daß er bei m Vorschlag zur Unterstützung Europas Großbritannien und Sowjet-Union einbeziehe; er verstehe unter dem Begriff „Eu-" alle die Gebiete, die westlich von Asien liegen.

13. JUNI 1947

ußenminister *Bevin* bezeichnet in einer Rede anläßlich der ung der *Foreign Press Association* in London die Vorschläge shalls als einen der größten Pläne der Weltgeschichte und üßt sie als eine glänzende Anregung für die Völker Europas.

e französische Regierung legt der Regierung der Vereinigten ten durch ihren Botschafter in Washington, Henri *Bonnet*, chläge zur Bildung technischer Ausschüsse vor. Vorher hatte französische Regierung mitgeteilt, daß die Rede Marshalls großem Interesse studiert werde.

er republikanische Senator *Vandenberg*, der Vorsitzende des tsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, schlägt die ung eines aus Republikanern und Demokraten bestehenden -Parteien-Rates vor, der die Hilfeleistungsmöglichkeiten der inigten Staaten prüfen soll.

14. JUNI 1947

s britische Außenamt gibt bekannt, daß *Bevin* auf das An-t Marshalls hin die Initiative ergreifen und zu Besprechun-nach Paris reisen werde.

e britische und die französische Regierung fragen bei der et-Union an, ob sie zu einem Meinungsaustausch über das hall-Angebot bereit sei.

15. JUNI 1947

r Generalrat der Vereinten Nationen begrüßt in einer Ent-eßung den Marshall-Plan.

16. JUNI 1947

s Organ der kommunistischen Partei der Sowjet-Union, die *vda*, bezeichnet in einem Kommentar die Vorschläge Marshalls eine Wiederholung des Truman-Plans (vgl. Europa-Archiv S. 819 f.), der mit Hilfe von Dollars auf die Ausübung politischen Drucks abziele.

Die von Frankreich zum Marshall-Plan gemachten Vorschläge sind Gegenstand von Besprechungen zwischen Ministerpräsident *Ramadier* und dem amerikanischen Botschafter in Paris, Jefferson *Caffery*.

17. JUNI 1947

Bevin trifft zu den britisch-französischen Besprechungen über den Marshall-Plan in Paris ein.

Der britische Botschafter in Moskau, Sir Maurice *Peterson*, weist *Molotow* in einer Unterredung auf die Dringlichkeit einer europäischen Zusammenarbeit im Sinne des Marshall-Vorschlages hin.

18. JUNI 1947

Der französische Botschafter in Moskau, *Charpentier*, überreicht dem Stellvertretenden Außenminister *Malik* eine Note, in der erklärt wird, daß die britische und die französische Regierung über nähere Informationen seitens der amerikanischen Regierung über den Marshall-Plan nicht verfügen.

Frankreich und Großbritannien laden die sowjetische Regierung zu einer Drei-Mächte-Außenministerkonferenz am 23. Juni in Paris ein, um eine Aufstellung der Bedürfnisse aller europäischen Länder auszuarbeiten.

19. JUNI 1947

Die sowjetische Nachrichtenagentur *TASS* kritisiert die Haltung Bevins und Bidaults: diese versuchten, hinter dem Rücken der Sowjet-Union die amerikanischen Pläne durchzusetzen.

Der amerikanische Unterstaatssekretär *Clayton* betont vor der Presse, die Vereinigten Staaten würden die Teilnahme der Sowjet-Union an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas begrüßen.

20. JUNI 1947

Radio Moskau bringt eine eingehende Schilderung über die britisch-französischen Bemühungen, die Sowjet-Union an den Besprechungen über den Marshall-Plan zu beteiligen, unter Veröffentlichung des bisherigen Notenwechsels.

Außenminister *Molotow* ersucht Großbritannien und Frankreich um nähere Informationen über das Marshall-Angebot.

Vor der französischen Nationalversammlung behandelt *Bidault* das Marshall-Angebot (vgl. Europa-Archiv S. 752).

Außenminister *Bevin* erklärt, daß die Beratungen über den Marshall-Plan kein Übergehen der Vereinten Nationen bedeuten.

22. JUNI 1947

Präsident *Truman* ernennt drei Ausschüsse zur Prüfung des

amerikanischen Auslandhilfeprogramms und seiner Auswirkung auf die amerikanische Volkswirtschaft.

Auf der Konferenz des Komitees für die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas in der Schweiz wird eine Resolution angenommen, daß der Marshall-Plan zum ersten Schritt bei der Errichtung einer sozialistischen Föderation der europäischen Staaten werden solle. Die folgenden Nationen waren auf der Konferenz vertreten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, die Niederlande, Norwegen, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, ferner die spanische Exilregierung.

23. JUNI 1947

Die Sowjet-Union nimmt in einer an Großbritannien und Frankreich gerichteten Note die Einladung zu Dreierbesprechungen in Paris an.

24. JUNI 1947

Der polnische Botschafter in Washington, Dr. Oskar *Lange*, informiert die amerikanische Regierung, daß Polen dem Marshall-Plan bejahend gegenüberstehe.

25. JUNI 1947

Der amerikanische Finanzminister John *Snyder* erklärt in Washington, seiner Ansicht nach sei das Marshall-Angebot nicht als ein Blankoscheck auf die Vereinigten Staaten gedacht. Die eigenen Maßnahmen der europäischen Länder stellten die Grundbedingung für die amerikanische Hilfe dar.

Der amerikanische Unterstaatssekretär William *Clayton* gibt bei Verhandlungen mit dem britischen Handelsminister *Cripps* und dem Finanzminister *Dalton* in London Erläuterungen zum Marshall-Plan.

26. JUNI 1947

Molotow verhandelt auf seiner Reise nach Paris mit Fachleuten der Sowjetischen Militär-Administration in Berlin.

Der amerikanische Botschafter in London, Lewis *Douglas*, spricht vor der amerikanischen Handelskammer in London über das Marshall-Angebot.

Präsident *Truman* gibt sein Einverständnis mit dem Marshall-Plan bekannt.

27. JUNI 1947

Beginn der Geheimbesprechungen zwischen *Bidault*, *Molotow* und *Bevin* in Paris. *Bidault* erläutert die französischen Vorschläge zum Marshall-Plan. Auf britische Anregung nehmen an den Besprechungen keine amerikanischen Beobachter teil.

28. JUNI 1947

Molotow verlangt genauere Angaben über die zu erwartende amerikanische Hilfe, ehe Informationen über die Bedürfnisse der europäischen Länder gegeben werden.

29. JUNI 1947

Die Haltung der Sowjetdelegation in Paris wird in einer *TASS*-Erklärung erläutert, die davon ausgeht, daß ein Eingehen auf das Marshall-Angebot eine Bedrohung der Souveränität der einzelnen europäischen Länder bedeuten werde.

30. JUNI 1947

Auf einer weiteren Zusammenkunft der drei Außenminister erklärt *Bevin*, es sei nunmehr an der Zeit, zu entscheiden, ob und in welcher Form man die erforderliche Organisation für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Programms werde errichten können. Ein solches Programm müsse die beiden von Marshall angeführten Punkte enthalten: Angaben über die Bedürfnisse Europas und Angaben über den Beitrag, den die europäischen Länder selbst zum Wiederaufbau leisten können. Bevin sagt:

„Ich bin sicher, daß keine Aussicht auf eine Unterstützung des Programms durch die Vereinigten Staaten besteht, wenn nicht aus seiner Anlage hervorgeht, daß es ein zahlungsfähiges und wohlhabendes Europa schaffen wird."

Der Entwurf eines solchen Planes werde in keiner Weise eine Einmischung in die nationale Wirtschaftsplanung bedeuten oder die nationale Souveränität beeinträchtigen. Die Pläne sollten so zusammengefaßt werden, daß man den Gesamtbedarf überblicken könne. Die Sowjet-Union wolle anscheinend, daß sich die Organisation nur mit den Bedürfnissen der europäischen Länder befasse und nicht auch mit ihrem Beitrag zum europäischen Wiederaufbau. Bevin unterbreitet folgende Vorschläge:

1. Sofortige Errichtung eines übergeordneten Ausschusses, der ein Vierjahresprogramm für den Wiederaufbau Europas zur Vorlage bei den europäischen Regierungen aufstellen soll.
2. In diesem Programm ist aufzuführen:
   a) inwieweit es durch Produktionssteigerung in den europäischen Ländern selbst und durch gegenseitigen Austausch der vorhandenen Hilfsquellen erfüllt werden kann;
   b) welche Hilfe von außen die europäischen Länder brau chen, zum Beispiel Industrieanlagen, um die Produk tionssteigerung zu ermöglichen, oder Rohstoffe, wi Nahrungsmittel und Kohlen, zur Aufrechterhaltung de europäischen Wirtschaftslebens bei gleichzeitiger Ste gerung der einheimischen Produktion.
3. Der übergeordnete Ausschuß soll sich aus Vertretern Frank reichs, Großbritanniens, der Sowjet-Union und nicht meh als vier weiterer Länder zusammensetzen. Er soll Verbin dungen mit den Regierungen aller europäischen Länd außer Spanien, mit den Vereinten Nationen und mit an deren zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen un terhalten. Alle Deutschland betreffenden Beratungen solle mit den einzelnen Oberbefehlshabern erfolgen.
4. Der übergeordnete Ausschuß wird bei dem Entwurf de Programms, wie es von Marshall vorgeschlagen wurde, di freundschaftliche Hilfe der Vereinigten Staaten erbitten.

Weiter schlägt Bevin vor, Unterausschüsse zu bilden, die di Aktiva und den Bedarf an Nahrungsmitteln, Energie, Eisen, Stah und Transportmitt In prüfen sollen. Die Fragen der Zahlungs- un Rohstoffbilanzen sollen von dem übergeordneten Ausschuß selbs behandelt werden Alle Ausschüsse sollen ihre Arbeiten zum 1 August beendet haben.

Bidault begrüßt die britischen Vorschläge und sagt, er habe nu einen oder zwei Punkte, die er noch näher besprechen möchte.

Molotow erklärt, sowohl die britische wie auch die französisch Delegation hätten geäußert, die Vorschläge müßten so angenom men werden, wie sie vorgebracht wurden, andernfalls sei kein Hilfe von den Vereinigten Staaten zu erwarten. Er möchte fra gen, ob sie — abgesehen von den öffentlichen Äußerungen — no weitere Informationen über die Absichten der Vereinigten Staate hätten. Seiner Ansicht nach würden die Vorschläge praktisch ein Einmischung der drei Mächte in die Wirtschaftsangelegenheite anderer Nationen und eine Bevormundung der kleineren Länd bedeuten. Die normale Entwicklung des Handels, die seit Kriegs ende in mancher Hinsicht zufriedenstellend verlaufen sei, werd aufgehalten werden.

Bevin antwortet, daß ihm über die Absichten der Vereinigte Staaten nicht mehr bekannt sei als Molotow. Er halte es abe nach genauer Prüfung des Marshall-Angebotes für wesentlich, da ein übergeordneter Ausschuß die Gesamtproduktion Europas un ihre Verteilung festlege. Abschließend sagt Bevin, falls sich ein Zusammenarbeit als unmöglich erweise, was von niemand me bedauert werde als von der britischen Regierung, werde die dann eine neue Stellungnahme zu erwägen haben.

Molotow schlägt hierauf vor, verschiedene europäische Länd aufzufordern, ihren Bedarf an Kredit und Waren bekanntzugebe Diese Forderungen sollten ohne Einmischung in die nationa Souveränität oder die nationalen Wiederaufbaupläne von den Au schüssen geprüft werden. Die Idee eines umfassenden europäische Wirtschaftsplans bezeichnet Molotow als unannehmbar. Einig Länder hätten bereits Wirtschaftspläne und andere nicht. Der bri tisch-französische Vorschlag werde aber unvermeidlich dazu führe daß den kleineren Mächten der Wille der Großmächte aufgezwun gen werde.

1. JULI 1947

Bidault unterbreitet einen neuen Entwurf der französischen Vor schläge. Danach sollen ein zentraler Ausschuß für Zusammenarbe und einige Unterausschüsse gebildet werden, die bis zum 1. Sep tember 1947 einen Bericht über die Wirtschaftsaktiva Europa über Möglichkeiten der Produktionsankurbelung durch einen fre eren Austausch von Waren und Dienstleistungen und über di Hilfeleistungen, die Europa von außen braucht, fertigstellen so len. In dem Ausschuß für Zusammenarbeit könnten mit Ausnahm von Spanien neben den drei Großmächten auch andere Länd vertreten sein. Die französische Ansicht, daß auch deutsche Hilf quellen in den europäischen Plan einbezogen werden sollten, wi in dem Entwurf beibehalten, der aber hinzufügt, daß die Info mationen über die Entwicklung der deutschen Produktion de Entscheidungen des Außenministerrats und des Kontrollrats en sprechen müssen. Der Entwurf enthält die Versicherung, daß kein Beeinträchtigung der Souveränität irgendeines Staates erfolg soll und daß alle Berichte sich auf die Angaben gründen solle die von den Ländern aus eigenem freien Willen gegeben werde Dieser Organisationsplan soll schließlich der Wirtschaftskommi sion für Europa auf ihrer Sitzung in Genf vorgelegt werden.

Molotow fragt, ob der Vorschlag bedeute, daß die deutsch Hilfsquellen für den europäischen Wiederaufbau eingesetzt werd sollen, bevor die Reparationsfrage geregelt sei. *Bidault* antwort die Reparationen seien eine Angelegenheit der Außenminister un in seinen Vorschlägen sei dieser Punkt besonders beachtet worde

Molotow erbittet sich Bedenkzeit, um den französischen Entwu zu prüfen.

vin fordert Molotow auf, eine endgültige Antwort zu geben, weist darauf hin, daß Marshall verständlicherweise um eine ärung darüber gebeten habe, was die europäischen Länder t leisten zu können glaubten, um sich gegenseitig zu helfen.

dault stimmt zu, daß es zweifellos eine der Grundbedingungen Marshall-Angebots sei, daß Europa Einzelheiten über die Angungen der verschiedenen Länder zur Selbsthilfe mitteile. e Regierung habe niemals den Eindruck gehabt, das Angebot e möglicherweise zu einem Programm führen, das die Sounität beeinträchtigen werde. Um die erforderliche Unterstüt- zu erhalten, sei es unerläßlich, daß eine europäische Organin gegründet werde. Aber selbst mit einer solchen Organisation s nicht sicher, ob man die Hilfe erhalten werde. Jedenfalls s müßig Hilfe zu erwarten, wenn in Europa selbst keine Angungen unternommen würden. Ein Beitrag der Vereinigten ten werde sowieso nur eine zusätzliche Leistung zu dem sein, Europa selbst tun könne.

n der Hauptsache müssen wir uns auf unsere eigenen Anstrengen verlassen."

olotow unterbreitet folgende Gegenvorschläge:

1. Ein Unterstützungsausschuß muß errichtet werden, der us den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Sowet-Union zusammengesetzt ist und später durch die Vertreter iniger anderer europäischer Staaten ergänzt werden soll. Dieer Ausschuß dient dem Zweck, die Bedürfnisse der europäischen Länder nach amerikanischer Wirtschaftshilfe zu ermitteln. Ferer soll er die Möglichkeit der Gewährung derartiger Hilfe lurch die Vereinigten Staaten feststellen und die europäischen Länder bei der Erlangung derartiger Hilfe unterstützen.

2. Es sollen dem Unterstützungsausschuß unterstehende Unerausschüsse für Ernährung, Brennstoffe und Ausrüstung erichtet werden. Die Unterausschüsse sollen aus den Vertretern ler Sowjet-Union, Großbritanniens und Frankreichs und aus Vertretern zweier europäischer Mächte bestehen, die an der Arbeit des Unterausschusses besonders interessiert sind und aus len Ländern ausgewählt werden sollen, die die deutsche Beetzung erlitten und bei der Besiegung des Feindes der gemeinamen alliierten Sache geholfen haben. Die früheren Feindländer können von den Unterausschüssen zur Beratung eingeladen verden. Das Deutschlandproblem soll von den vier Mächten — Großbritannien, Frankreich, der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten — untersucht werden.

3. Dem Unterstützungsausschuß sollen folgende Aufgaben ibertragen werden:

a) Er soll von den europäischen Ländern Schätzungen über die von ihnen benötigte amerikanische Wirtschaftshilfe entgegennehmen,

b) Er soll ein freies Programm auf der Grundlage dieser Schätzungen aufstellen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Bedürfnisse der Länder, die unter der deutschen Aggression gelitten und ihren Beitrag für den alliierten Sieg geleistet haben, an erster Stelle berücksichtigt werden sollen.

c) Er soll die Möglichkeiten einer angemessenen Wirtschaftshilfe feststellen, die von den Vereinigten Staaten gewährt würde.

d) Der Unterstützungsausschuß stellt im Einklang mit den ihm übertragenen Aufgaben Beziehungen zur europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen her.

2. JULI 1947

Molotow lehnt die britisch-französischen Vorschläge ab (vgl. zu den Wortlaut der Begründung Europa-Archiv S. 822).

idault versucht noch einmal, die Verhandlungen wieder in s zu bringen und warnt vor den Gefahren einer Aufteilung opas.

evin drückt sein Bedauern über Molotows Drohungen aus, daß ßbritannien und Frankreich, wenn sie an diesem Werk der lfahrt weiterarbeiteten, sich vor schwerwiegende Folgen get sehen würden.

Mein Land hat sich schon öfter vor schwerwiegende Folgen und hungen gestellt gesehen. Durch solche Aussichten lassen wir nicht davon abschrecken, das zu tun, was wir für unsere Pflicht en. Dennoch bedaure ich diese Drohung sehr."

ie Erklärung Molotows, so heißt es in den Ausführungen Be- weiter, gründe sich auf eine vollkommene Verdrehung der achen und auf eine falsche Auslegung all dessen, was die brie Delegation auf der Konferenz vorgebracht habe.

ch vermute, die Methode besteht darin, solche Falschauslegunständig zu wiederholen, in der Hoffnung, daß irgend jemand schließlich einmal glauben wird."

nde der Dreierbesprechungen. *Molotow* verläßt Paris.

In einer Ansprache vor der Internationalen Handelskonferenz und der Wirtschaftskommission für Europa in Genf erklärt der amerikanische Staatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten, *Clayton*, er sehe keinen Grund, warum man über den Marshall-Plan nicht doch noch zu einer Einigung kommen solle, selbst wenn einige Staaten abseits blieben.

3. JULI 1947

Die britische und die französische Regierung laden alle europäischen Länder außer der Sowjet-Union, Deutschland und Spanien zur Teilnahme an einer Konferenz ein, die am 12. Juli in Paris beginnen und das Marshall-Angebot behandeln soll.

Eine Abschrift der Einladung wird dem sowjetischen Botschafter in Paris zusammen mit einem Brief übergeben, in dem die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wird, daß die sowjetische Weigerung nicht endgültig sei.

Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung *Bevins* und *Bidaults* in London und Paris über die Dringlichkeit der Aufstellung eines Programms zur Mobilisierung der europäischen Hilfsquellen und zur Feststellung des Hilfebedarfs der europäischen Länder.

4. JULI 1947

In der französischen Nationalversammlung erklärt der kommunistische Abgeordnete *Duclos*, Frankreich unterstütze im Marshall-Plan eine Politik, deren Grundbedingung in der Wiedergesundung Deutschlands liege. Die französische Politik habe wieder dieselbe Richtung eingenommen wie nach dem letzten Krieg, als die Interessen Frankreichs geopfert worden seien.

Bevin spricht zum amerikanischen Unabhängigkeitstag vor der „American Society" in London. Er warnt die Sowjet-Union, in der Provokation nicht zu weit zu gehen.

Auch Präsident *Truman* und General *Eisenhower* gehen in ihren Reden zum Unabhängigkeitstag auf den Marshall-Plan ein.

7. JULI 1947

Von den 22 zur Pariser Konferenz eingeladenen Nationen geben folgende Länder Annahmeerklärungen ab: Italien, Griechenland, Türkei, Belgien, Island und Eire.

Ein Sprecher des polnischen Außenamtes erklärt, die polnische Regierung sei am Wiederaufbauprogramm sehr interessiert und studiere die Einladung.

Das offizielle ungarische Telegraphenbüro erklärt, die Regierung habe großes Interesse an dem Marshall-Angebot, erinnert aber daran, daß es für Ungarn sehr schwer sein werde, eine von den anderen ehemaligen Feindstaaten Südosteuropas abweichende Haltung einzunehmen.

Die ungarische Regierung entwirft eine Eingabe an den Kontrollrat um Genehmigung zur Teilnahme an der Konferenz in Paris.

In Genf gibt der sowjetische Vertreter vor dem Wirtschaftsausschuß für Europa eine scharfe Erklärung gegen den Marshall-Plan ab.

Der französische Nationalrat billigt das Marshall-Angebot und spricht die Hoffnung aus, daß die Sowjet-Union sich doch noch zur Teilnahme an der Pariser Konferenz entschließen möge.

8. JULI 1947

Die österreichische Regierung nimmt die Einladung zur Pariser Konferenz an.

Die tschechoslowakische Regierung kündigt der französischen Regierung die bevorstehende Annahme der Einladung an.

In Schweden beschließt der Auswärtige Ausschuß, für die Annahme der Einladung einzutreten, unter der Voraussetzung, daß Schweden sich nicht in einen westlichen Block hineinziehen lasse.

In Kopenhagen findet eine Zusammenkunft von Vertretern der skandinavischen Länder zur Beratung über die Teilnahme an der Pariser Konferenz statt.

Die Agentur *TASS* meldet, daß die polnische, die rumänische und die jugoslawische Regierung die Einladung nach Paris abgelehnt haben.

9. JULI 1947

Die bulgarische Regierung beschließt, die Einladung nach Paris abzulehnen.

General *de Gaulle* bezeichnet in einer Rede den Marshall-Plan als Rettung der Welt.

10. JULI 1947

Die tschechoslowakische Regierung nimmt ihre Zusage zur Teilnahme an der Pariser Konferenz während des Besuchs des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten in Moskau zurück.

In Prag wird bekanntgegeben, die Regierung habe eine außerordentliche Sitzung abgehalten, auf der die Teilnahme der Tschechoslowakei an der Pariser Konferenz besprochen worden sei.

„Es wird festgestellt, daß eine Anzahl von Ländern, insbesondere alle slawischen und andere Länder Mittel- und Osteuropas, die Einladung nicht angenommen haben. Folglich werden diejenigen Länder, mit denen die tschechoslowakische Republik enge wirt-

schaftliche und politische an Verträge gebundene Beziehungen unterhält, nicht an der Konferenz teilnehmen. Unter diesen Umständen würde die Teilnahme der Tschechoslowakei als ein gegen die Freundschaft mit der Sowjet-Union und anderen Verbündeten gerichteter Akt ausgelegt werden. Aus diesem Grunde beschließt die Regierung einstimmig, an der Konferenz nicht teilzunehmen."

Radio Moskau veröffentlicht die Absagenote Albaniens.

Die jugoslawische Regierung lehnt die Einladung zur Konferenz in Paris mit der Begründung ab, daß es sich nicht mit dem üblichen Grundsatz der Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten vereinbaren lasse, an einer Organisation teilzunehmen, die im voraus, ohne die eigene Mitarbeit und nur durch Übereinstimmung zwischen der britischen und der französischen Regierung gebildet worden sei. Weiter wird erklärt, die Bedürfnisse der am schwersten betroffenen Länder würden vernachlässigt und der Plan werde auf jeden Fall eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmer mit sich bringen.

Die finnische und die ungarische Regierung lehnen die Einladung nach Paris ab.

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung sagen ihre Teilnahme zu.

11. JULI 1947

Zum erstenmal wird in der Sowjet-Union von einem *Molotow-Plan* berichtet, der durch ein System von gegenseitigen Handelsverträgen ein Gegenstück zum Marshall-Plan bilden soll.

Die rumänische Regierung lehnt die Teilnahme an der Pariser Konferenz ab.

Der amerikanische Handelsminister *Harriman* erklärt auf einer Pressekonferenz, den osteuropäischen Nationen stehe immer noch die Möglichkeit zur Teilnahme am Marshall-Plan offen.

Die finnische Regierung erklärt in einem amtlichen Kommuniqué, Finnland wünsche außerhalb der weltpolitischen Konflikte zu bleiben. In einer nach Paris und London übermittelten Note heißt es, Finnland sei ernstlich bestrebt, zu einer ausschließlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Nationen beizutragen. Finnland brauche Hilfe von außen. Es sei bereit, Auskünfte über seine Wirtschaftslage zu geben, müsse aber die Einladung ablehnen, da seine politische Lage noch nicht genügend gefestigt sei.

In einer Sendung in englischer Sprache erklärt Radio Moskau, die Ablehnung der Einladung nach Paris durch acht Länder sei auf den Wunsch dieser Länder zurückzuführen, ihre unabhängige wirtschaftliche und politische Entwicklung zu sichern, und auf die Befürchtungen für den allgemeinen Frieden und die demokratische internationale Zusammenarbeit im Geiste der Ideale der Vereinten Nationen. Es sei vollkommen klar, daß die Organisatoren der Konferenz danach strebten, den anderen Ländern ihren Willen aufzuzwingen. Der britisch-französische Plan beschränke sich nicht auf wirtschaftliche Probleme. Er ziele in erster Linie darauf ab, die Konferenz zur Bildung eines Westblocks zu benutzen.

12. JULI 1947

Eröffnung der Pariser Konferenz. Die folgenden 16 Nationen nehmen teil: Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden, Eire, Österreich, Italien, Griechenland, Portugal, die Schweiz, Island und die Türkei.

Außenminister *Bevin* wird einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. In seiner Eröffnungsrede erklärt er, mit der Marshall-Rede habe ein Kontinent den anderen angesprochen. Eine energische Inangriffnahme der europäischen Wirtschaftsprobleme werde nicht nur sofortige Besserung bringen, sondern auch, wenn sie erfolgreich sei, die endgültige politische Regelung des europäischen Problems erleichtern. Die Behauptung, Frankreich und Großbritannien bedrohten die Souveränität der kleinen Länder, sei unsinnig. Er könne im Namen seiner Regierung erklären, daß nicht nur die Hilfsquellen Großbritanniens, sondern auch die seines großen Commonwealth, soweit es dazu bewegt werden könne, in den Wiederaufbau Europas eingeschaltet werden sollen. Das sei nicht nur Englands Pflicht, sondern liege auch in seinem Interesse.

Die Abwesenheit der osteuropäischen Länder sei bedauerlich: „Wir haben volles Verständnis und möchten unser Mitgefühl zum Ausdruck bringen."

Man werde die Tür offenhalten, aber in der Abwicklung der Konferenzgeschäfte sei Eile vonnöten.

Die Konferenz beschließt, sofort einen aus allen Delegationen zusammengesetzten Arbeitsausschuß zu bilden, der unter dem Vorsitz von Hervé *Alphand* die Einsetzung technischer Ausschüsse vorbereiten soll.

13. JULI 1947

Der Arbeitsausschuß legt der Vollversammlung der Pariser Konferenz seinen Bericht vor, in dem die Bildung eines Komitees für Zusammenarbeit empfohlen wird, das die Bestandsaufnahmen der Hilfsquellen und gegenseitigen Unterstützungsmöglichkeiten in den 16 Ländern leiten soll.

Alphand erklärt, das Komitee für Zusammenarbeit sei auf E[...] suchen der Türkei erweitert worden, so daß es alle Mitglieder d[...] Konferenz umfasse, und es sei ermächtigt, Vertreter anderer Lä[...] der hinzuzuziehen, die sich vielleicht später anzuschließen wü[...] schen. Neben diesen Ausschüssen wird ein Exekutivausschuß g[...] bildet.

Das Komitee für Zusammenarbeit (Committee on Europea[...] Economic Cooperation — CEEC) soll von den Oberbefehlshabe[...] der Besatzungszonen und den Mitgliedern des Kontrollrates Au[...] künfte über die Aktiva und Bedürfnisse Deutschlands einhole[...] Alle Hinweise bezüglich der Entwicklung der deutschen Produ[...] tion haben den Beschlüssen des Außenministerrates und der Ko[...] trollbehörden zu entsprechen. Die ganze Organisation soll eng[...] Beziehungen zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorga[...] nisationen sowie zu den vorhandenen überstaatlichen wirtschaf[...] lichen Körperschaften aufrechterhalten, um Überschneidungen z[...] vermeiden und die von diesen Organisationen schon geleiste[...] Arbeit so gut wie möglich auszunutzen.

14. JULI 1947

Der Arbeitsausschuß nimmt die vorgelegten Mitgliedslisten fü[...] die verschiedenen Ausschüsse an.

Auf dem Treffen der Gouverneure der 48 amerikanischen Staaten in Salt Lake City erklärt Außenminister *Marshall*, die Ve[...] einigten Staaten müßten Europa helfen oder sich damit abfinde[...] daß Europa sich von den Prinzipien der Demokratie abwende.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harold *Stassen* e[...] klärt in einer Rundfunkrede, die acht osteuropäischen Länder, d[...] sich aus Angst vor der Sowjet-Union von der Teilnahme an d[...] Pariser Konferenz zurückgehalten hätten, dürften von den Ve[...] einigten Staaten nicht von ihren Hilfsmaßnahmen ausgeschlosse[...] werden.

15. JULI 1947

Außenminister *Spaak* erklärt im Namen der Niederlande, Be[...] giens und Luxemburgs, die 16 Nationen hätten eine zweifache Au[...] gabe: einen kurzfristigen Hilfeplan auszuarbeiten und einen lan[...] fristigen Plan zu entwickeln, um die Zusammenarbeit unterei[...] ander zu fördern, damit die Ergebnisse der Hilfe auch von Dau[...] seien. Für die Türkei und Griechenland erklärt der türkische De[...] legierte, daß die beiden Länder in den technischen Ausschüsse[...] zusammenarbeiten werden.

16. JULI 1947

Dem CEEC wird vom Arbeitsausschuß (Working Committee) d[...] Entwurf für einen Fragebogen vorgelegt, der an alle 16 Länd[...] gesandt werden soll. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, *Al[...]phand*, erklärt hierzu, daß in dem an die Vereinigten Staaten z[...] richtenden Bericht drei Fragen beantwortet werden sollen:

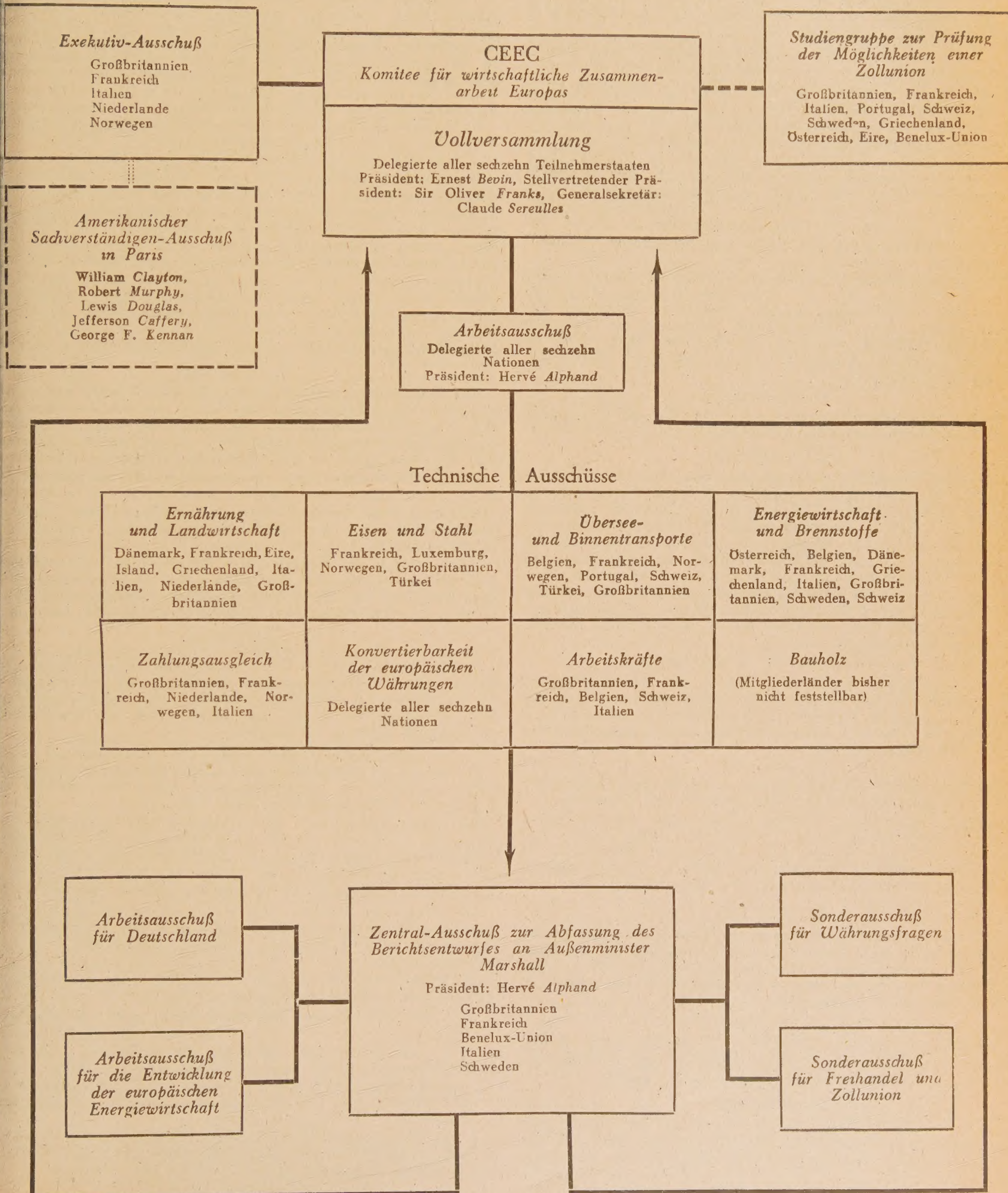
1. was jedes einzelne Land getan habe oder zu tun beabsi[...]tige, um die durch den Krieg verursachten Schwierigkeit[...] durch eigene Anstrengungen zu überwinden;
2. welche Hilfe jedes Land anderen Ländern gegeben ha[...] oder geben könne;
3. welches Mindestmaß an Hilfe für den Wiederaufbau vo[...] außereuropäischer Seite erforderlich sei.

Zum Thema der Selbsthilfe besagt der Fragebogenentwurf, da[...] alle wesentlichen Hilfsquellen in den Überseegebieten der Mi[...]gliedstaaten in der Aufstellung mitenthalten sein sollen. Fern[...] sollen die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion und d[...] Warenumsatzes geprüft werden. Der Arbeitsausschuß schlägt ei[...] Einteilung des Fragebogens in acht Hauptabschnitte vor:

1. Welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind direkt a[...] den Krieg zurückzuführen?
2. Was hat jedes Land zu seinem eigenen Wiederaufbau be[...]getragen?
3. Was hat jedes Land zum Wiederaufbau der anderen be[...]getragen?
4. Welches sind die nationalen Wiederaufbaupläne für d[...] nächsten vier Jahre?
5. Über welche Hilfsquellen verfügt jedes Land und welch[...] Bedarf besteht bei ins einzelne gehender Aufstellung?
6. Welches ist der Bedarf jedes Landes an Industrieau[...]rüstung, und ist es in der Lage, Industrieausrüstungen zu e[...]portieren?
7. Wie würde sich die nationale Zahlungsbilanz in d[...] nächsten vier oder — falls es unmöglich ist, so weit vorausz[...]sehen — zwei Jahren gestalten?
8. Was könnte jedes Land, abgesehen von den Grundpr[...]dukten, zur Unterstützung anderer beitragen, zum Beispiel a[...] Arbeitskräften oder in Form von Krediten?

Der amerikanische Arbeitsminister *Harriman* betont nach sein[...] Rückkehr aus Europa, es sei falsch zu glauben, der Marshall-Pl[...] diene dazu, die amerikanische Überproduktion loszuwerden.

Übersichtsschema der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas in Paris
12. Juli bis 22. September 1947



17. JULI 1947

Außenminister *Marshall* gibt bekannt, daß die neue Direktive über die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland an General Clay auch Deutschland in die Lage versetzen soll, seine Rolle im Marshall-Plan zu spielen.

Der britische Delegierte Sir Oliver *Franks* unterbreitet dem CEEC folgende Vorschläge:

1. Es soll eine Übersicht über die Fehlmenge an lebenswichtigen Gütern gegeben werden, und zwar sowohl an Gütern, die jetzt knapp sind, als auch an solchen, die sich wahrscheinlich in der Zukunft verknappen werden.

2. Es soll gezeigt werden, welche Maßnahmen die Länder zur Steigerung ihrer eigenen Produktion ergreifen können.

3. Die hierzu notwendigen Leistungen von außerhalb sollen und können sichergestellt werden.

4. Das beste Verfahren, ein umfassendes Bild der lang- und kurzfristigen Bedürfnisse zu erhalten, sei eine Aufstellung des schätzungsweisen Fehlbetrags der europäischen Zahlungsbilanz. Eine solche Aufstellung müsse sich auf eine so lange Zeitspanne erstrecken, daß deutlich aus ihr hervorgehe, wie durch die in den ersten Jahren geleistete Hilfe von außen und die sich daraus ergebende Produktionssteigerung in Europa bis zum Ende der Periode eine lebensfähige europäische Wirtschaft entstehe.

Der niederländische Delegierte Dr. *Hirschfeld* schlägt vor, bei den Besprechungen über die Produktionssteigerung in Europa Deutschland miteinzuschließen. Der französische Delegierte *Alphand* erklärt, daß Frankreich jede Steigerung der deutschen Produktion, abgesehen von Kohle und Nahrungsmitteln, über die von den Alliierten festgelegten Grenzen hinaus mit starker Besorgnis betrachten werde.

19. JULI 1947

Nach einigen Abänderungen des Entwurfs für den Fragebogen wird dieser durch das CEEC gebilligt (vgl. Europa-Archiv S. 887 f.).

22. JULI 1947

Das CEEC beschließt die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen überstaatlichen Wirtschaftsorganisationen. Für die Verbindung ist der Generalsekretär des CEEC zuständig. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf den Wirtschafts- und Sozialrat, die Europäische Wirtschaftskommission in Genf, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, die Europäische Kohlenorganisation, die Europäische Binnenhandelsorganisation und die Interalliierte Reparationsagentur in Brüssel. Die Interalliierte Reparationsagentur wird insbesondere im Hinblick auf die deutsche Produktionskapazität hinzugezogen werden.

Gründung eines Ausschusses für Zahlungsausgleich.

Der Wirtschaftsrat in Frankfurt begrüßt das Marshall-Angebot als Grundlage für die wirtschaftliche Gesundung Europas und erbietet sich, deutsche Fachleute zu den Besprechungen nach Paris zu entsenden. Die vier kommunistischen Abgeordneten stimmen gegen diese Erklärung.

24. JULI 1947

Das CEEC beschließt, die Fragebogen an die Teilnehmerländer zu senden und die Rücksendung auf den 3. August festzulegen.

Handelsminister *Harriman* gibt bekannt, daß der ihm unterstehende „Beratende Ausschuß" (Advisory Committee) zum 1. Oktober 1947 Präsident Truman einen vollständigen Bericht über die amerikanischen Hilfemöglichkeiten für den Wiederaufbau Europas im Rahmen des Marshall-Vorschlages vorlegen wird.

26. JULI 1947

In einem Kommentar zur Teilnahme Schwedens an der Pariser Konferenz erklärt die *TASS*, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die drei skandinavischen Länder unter Führung der Vereinigten Staaten zu einem sowjetfeindlichen politischen und militärischen Block zu formen.

28. JULI 1947

Der Kongreß der Vereinigten Staaten beendigt seine 80. Sitzungsperiode, ohne die im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan erwartete Sondersitzung für den Herbst anzuberaumen.

29. JULI 1947

Das CEEC billigt einstimmig den Vorschlag, den vier Oberbefehlshabern der Besatzungszonen in Deutschland denselben Fragebogen zuzuschicken, den die sechzehn Teilnehmerländer auszufüllen haben.

30. JULI 1947

Der von Präsident Truman am 22. Juni 1947 aus 19 Wirtschafts- und Finanzexperten gebildete „Beratende Ausschuß" erläutert die einzelnen Stadien der Formulierung des Marshal Planes:

1. Die 16 europäischen Nationen arbeiten einen Wirtschaftspla aus. 2. Einbeziehung Deutschlands durch Mitwirkung der Militä gouverneure. 3. Der „Beratende Ausschuß" wird die Studien ve schiedener Unterausschüsse über die amerikanischen Hilfsquelle prüfen. 4. Der Bericht der 16 europäischen Nationen wird na Washington übermittelt, und der „Beratende Ausschuß" überprü sodann die Anforderungen mit den vorhandenen Hilfsquelle 5. Erörterung der Finanzierungsfragen. 6. Erörterung des Hilfepr gramms durch Ausschüsse des Repräsentantenhauses. 7. Behan lung des Marshall-Planes durch Ausschüsse des amerikanische Senats. 8. Die letzte Phase der Entwicklung des Marshall-Plane ist die Erörterung durch den Kongreß, die nach vorsichtige Schätzungen nicht vor Frühjahr 1948 erwartet wird.

31. JULI 1947

Unterstaatssekretär *Clayton* führt in Paris Besprechungen mi dem Leiter der britischen Konferenzdelegation, Sir Oliver *Frank* und dem belgischen Ministerpräsidenten, Paul-Henri *Spaak.*

Die *Financial Times* vom 31. Juli 1947 bringt einen Berich ihres Korrespondenten aus Washington, in dem es heißt:

„Die Wichtigkeit des strategischen, wirtschaftlichen und poli tischen Gegensatzes zur sowjetischen Ideologie für den Marshall Plan ist dem »Beratenden Ausschuß« durch General Eisenhowe und Außenminister Marshall besonders dringend dargelegt worden.

Weiter heißt es dort, die Lage gegenüber der Sowjet-Unio werde als ein „kalter Krieg" bezeichnet. Die amtliche amerika nische Politik stelle einen Versuch dar, diesen Krieg mit Idee Methoden und wirtschaftlichen Kräften zu gewinnen, ohne da es zu Kämpfen oder zum Ausbruch eines Krieges komme.

1. AUGUST 1947

Auf Antrag der Benelux-Länder wird ein Ausschuß aus Abge ordneten aller sechzehn Teilnehmerländer gebildet, der die Frag der Vereinheitlichung des europäischen Währungswesens studie ren soll. Zur Beratung der europäischen Länder soll die Organisa tion des Internationalen Währungsfonds hinzugezogen werden.

Die Benelux-Staaten treten für eine baldige Wiederbelebung de deutschen Industrie ein.

Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers *Masaryk* über die Ablehnung der Tschechoslowakei, an der Pariser Konfe renz teilzunehmen.

Der amerikanische Kriegsminister *Royall* erklärt: „Deutschlan muß in jeden Westeuropa umfassenden Plan miteingebaut werde aber die Beteiligung der britischen und der amerikanischen Zon an dem Marshall-Angebot ist noch nicht ausdrücklich besproche worden."

4. AUGUST 1947

Besprechungen zwischen Unterstaatssekretär *Clayton*, Botschafte *Caffery*, Botschafter *Douglas* und dem Berater der amerikanische Militärregierung in Deutschland, *Murphy*, über die Hilfemaßnah men, die notwendig werden, um die Zeit bis zum Inkrafttrete des Marshall-Plans zu überbrücken.

5. AUGUST 1947

Die an die sechzehn Nationen gesandten Fragebogen liegen de CEEC ausgefüllt vor, desgleichen auch der Fragebogen für di französische Besatzungszone in Deutschland.

Das CEEC setzt einen Zentralausschuß zur Bearbeitung de Entwurfes für den Bericht der Konferenz an Außenminister Marshall ein. Dem Ausschuß gehören an: Großbritannien, Frankreich die Länder der Benelux-Union, Italien und Schweden. Der Zentralausschuß steht unter der Leitung von Hervé *Alphand.*

Der italienische Außenminister *Sforza* regt an, der Ausschuß fü Energiewirtschaft solle die Möglichkeit einer Zusammenlegung de Energiewirtschaft Frankreichs, Italiens, Österreichs und de Schweiz prüfen.

Die *Prawda* schreibt über das Marshall-Angebot, die langfristigen politischen Ziele des Plans seien:

1. die Bildung eines westlichen Blocks unter amerikanische Führung,

2. Deutschland mit Ausnahme der sowjetischen Zone zu einer amerikanischen imperialistischen Basis im Herzen Europas zu machen, und zwar durch eine schnelle Entwicklung des Ruhrgebiets unter Ausschaltung des dortigen britischen Einflusses, und

3. die osteuropäischen Staaten, insbesondere die Nationen der neuen Demokratie, dem Einfluß der Außenpolitik der Sowjet-Union zu entziehen und für sich zu gewinnen.

6. AUGUST 1947

Die Fragebogen der britisch-amerikanischen Besatzungszone gehen beantwortet bei der Konferenz ein.

7. AUGUST 1947

Marschall *Tito* erklärt, die Vereinigten Staaten bauten eine wirtschaftliche Blockade auf. Grund für die Ablehnung Jugoslawiens, an der Pariser Konferenz teilzunehmen, sei, daß der Marshall-Plan Jugoslawien wahrscheinlich nur neue Verpflichtungen auferlegt hätte.

Der sowjetische Botschafter in Paris erklärt, die Sowjet-Union lehne die Beantwortung des Fragebogens für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland ab.

13. AUGUST 1947

Alphand erklärt, daß die Koordinierung der eingegangenen Antworten abgeschlossen sei und die Konferenz sich nun mit der Frage der Wiederaufbaumethoden in Europa beschäftigen werde.

Der Exekutivausschuß befaßt sich mit einem von der französischen Regierung eingebrachten Vorschlag einer Zollunion der sechzehn Teilnehmerstaaten.

15. AUGUST 1947

Auf der Tagung des CEEC legt der britische Delegierte die Ansicht seines Landes zur Frage einer oder mehrerer Zolleinheiten dar. Er glaube, die Vereinigten Staaten würden die Schaffung von Vorzugszollgruppen nur dann billigen, wenn man sich auf die spätere Bildung einer allgemeinen Zollunion festlegen könne. Die dafür notwendigen Verhandlungen würden aber mehrere Jahre dauern. Die Konferenz könne also den Vereinigten Staaten höchstens mitteilen, daß sich zwei oder mehrere Länder verpflichtet haben, nach einer bestimmten Anzahl von Jahren eine Zollunion zu bilden. Großbritannien habe durch seine Bindungen außerhalb Europas und besonders zu seinem Commonwealth besondere Schwierigkeiten Im späteren Interesse Europas und des Vereinigten Königreichs halte man es für ratsam, diese Bindungen aufrechtzuerhalten. Großbritannien könne sich in den nächsten Wochen nicht irgendwelchen bindenden Verpflichtungen unterwerfen; aber wenn alle oder einige der Teilnehmerstaaten beschließen sollten, Gruppen zu bilden, um den Fragenkomplex zu prüfen, so werde Großbritannien sich daran beteiligen und rechtzeitig Besprechungen mit den Dominien über die Möglichkeit der Teilnahme des Vereinigten Königreichs, der Kolonien und der Dominien an einer solchen Union einleiten.

Der französische Delegierte unterstützt die Idee einer Zollunion als einzige Möglichkeit zur Befreiung des europäischen Handels. Es werde jedoch eine langwierige Arbeit sein. Daher müßten in der Zwischenzeit progressive Maßnahmen zur Anpassung der europäischen Handelssysteme getroffen werden. Die Regierungen der europäischen Länder sollten so bald wie möglich Erklärungen abgeben, um ihre Haltung zu dieser Frage darzulegen.

16. AUGUST 1947

Zusammentritt der von der Konferenz gebildeten Arbeitsgruppe für Deutschland.

Senator *Pepper* erklärt, der Marshall-Plan sei zu eng gefaßt, er müsse alle Nationen der Welt umfassen.

17. AUGUST 1947

Der Präsident des Internationalen Währungsfonds, Camille *Gutt*, trifft zur Erörterung von Finanz- und Währungsfragen mit dem CEEC auf Einladung von Sir Oliver Franks in Paris ein.

18. AUGUST 1947

Italien, die Niederlande, die Türkei, Belgien und Eire legen vor dem CEEC ihre Ansichten über eine Zollunion dar.

Der italienische Abgeordnete erklärt, die Zollunion müsse auch Länder heranziehen, die auf der jetzigen Konferenz nicht vertreten seien. Die Zollunion müsse nicht nur die Abschaffung der Zölle, sondern die Überwindung aller Hindernisse des Wiederaufbaus anstreben.

Der niederländische Delegierte erklärt im Namen der Benelux-Union, die Niederlande, Belgien und Luxemburg würden der Abschaffung der Währungskontrolle und der Wiederherstellung eines freien Devisenmarktes große Bedeutung zumessen. Zölle allein stellten kein ernstliches Hindernis dar, bis die Produktion beträchtlich gestiegen sei. Die beste Grundlage für eine Zollunion sei wirtschaftliche Verknüpfung.

18. AUGUST 1947

Errichtung eines Arbeitsausschusses für die Entwicklung der europäischen Energiewirtschaft mit dem Ziel der Schaffung eines internationalen Hochspannungsnetzes.

20. AUGUST 1947

Außenminister *Marshall* erklärt in einer Rede vor der Panamerikanischen Verteidigungskonferenz in Petropolis, die wirtschaftliche Gesundung Europas habe den Vorrang vor den Bedürfnissen der westlichen Hemisphäre.

25. AUGUST 1947

Die Berichte aller Ausschüsse mit Ausnahme des Berichtes des Ausschusses für Währungskonvertierbarkeit werden dem CEEC vorgelegt.

26. AUGUST 1947

Der dänische Delegierte *Vestvirk* erklärt vor dem CEEC, die europäischen Länder müßten auch bei Durchführung des Marshall-Planes auf Grund ihres Bevölkerungszuwachses in den Jahren 1950/51 noch 30 Millionen Tonnen Weizen jährlich einführen.

27. AUGUST 1947

Das CEEC befaßt sich mit der Frage der Bildung einer besonderen Gruppe zur Erörterung einer europäischen Zollunion. Schweden und Norwegen erklären, daß sie sich zunächst nicht an einer solchen Gruppe beteiligen werden.

Der amerikanische Staatssekretär *Lovett* erklärt, die Vereinigten Staaten legten Wert darauf, daß das von der Pariser Konferenz entworfene Wiederaufbauprogramm dazu beitrage, die Kosten für die Hilfe von außen von Jahr zu Jahr zu senken.

Konferenz der Außenminister Schwedens, Norwegens, Islands und Dänemarks in Kopenhagen. Die Außenminister erklären, daß die Frage einer westeuropäischen Zollunion für die Pariser Konferenz zu schwierig sei und innerhalb der Vereinten Nationen behandelt werden solle.

28. AUGUST 1947

Im Anschluß an die Dreierkonferenz in London über das deutsche Industriepotential äußert Frankreich Bedenken, daß eine Bevorzugung der deutschen Industrie die Voraussetzung des Marshall-Plans beeinträchtigen werde.

29. AUGUST 1947

George F. *Kennan*, Ratgeber Marshalls in auswärtigen Angelegenheiten, überbringt dem in Paris weilenden Staatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten, Clayton, und den Botschaftern Caffery und Douglas einen vertraulichen Bericht aus Washington im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan.

Präsident *Truman* spricht die Hoffnung aus, daß der Marshall-Plan in Zukunft die UNRRA-Hilfe ersetzen werde.

31. AUGUST 1947

Die amerikanischen Sachverständigen in Paris erklären den fünf Vertretern des Exekutivausschusses der Konferenz der sechzehn Nationen, daß Europa seine Produktion steigern müsse und zwar insbesondere die englische Kohlenförderung und den französischen Weizenertrag.

2. SEPTEMBER 1947

Sir Oliver *Franks* gibt dem CEEC die von den amerikanischen Sachverständigen gemachten Vorschläge bekannt:

1. Der Bericht des CEEC soll zeigen, daß Europa bis Ende 1951 zu einer lebensfähigen Wirtschaft kommen kann.
2. Die Hilfe von außen soll im Laufe der Jahre ständig abnehmen, so daß Ende 1951 die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht ist.
3. Die Teilnehmerländer sollen von Zeit zu Zeit Berichte über ihre Produktionsfortschritte erstatten.
4. Wiederinstandsetzungsarbeiten sollen während der Wiederaufbauperiode bis 1951 den Vorrang vor neuen langfristigen Projekten haben.
5. Die Teilnehmerländer sollen gemeinsam Schritte unternehmen, um eine interne Finanz- und Währungsstabilität zu erreichen. Ein Abbau der Handelsschranken in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Internationalen Handelsorganisation (ITO) soll angestrebt werden.
6. Es soll eine Organisation geschaffen werden, die über den laufenden Fortschritt des Programms berichtet.

Das CEEC und der Exekutivausschuß nehmen den Bericht des Ausschusses für Zahlungsausgleich an, in dem Anregungen zur Verbesserung des Finanzwesens innerhalb der einzelnen Länder und zur Abschaffung der Einschränkungen im Devisenverkehr innerhalb Europas gegeben werden. Der Bericht enthält eine Erklärung über die Absicht aller anwesenden europäischen Länder, den freien Devisenverkehr untereinander einzuführen, wenn gewisse „grundlegende Vorbedingungen“ erfüllt sind.

Das CEEC und der Exekutivausschuß nehmen am gleichen Tage den Bericht des Sonderausschusses für Freihandel und Zollunion entgegen. Der Bericht empfiehlt die Bildung regionaler Zollunionen mit allmählicher Ausschaltung der Schranken. Es wird darauf hingewiesen, daß es besondere Schwierigkeiten bereiten würde, diese Angleichungen zwischen hochindustrialisierten Ländern durchzuführen und der europäischen Handelsunion Länder einzugliedern, die besondere Handelsverbindungen mit einer bestimmten Ländergruppe außerhalb Europas oder mit Gebieten haben, die auf einer anderen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe stehen. Der Bericht betont, die Errichtung einer europäischen Freihandelszone werde nicht ausreichen, um die Schwierigkeiten der Zahlungsbilanzen zu lösen, wenn die Einfuhrländer außerhalb der Zone nicht

bereit seien, ihre Einkäufe innerhalb der Zone beträchtlich zu steigern.

In dem Bericht ist ein Abschnitt freigelassen, der auszufüllen wäre, wenn alle Nationen zustimmten. Hierzu ist eine gemeinsame Erklärung der Regierungen über die Einsetzung einer Prüfungsgruppe für die Frage der Zollunion vorgesehen.

Zum Schluß bringt der Bericht die ablehnende Haltung des Ausschusses gegenüber Einfuhrbeschränkungen zum Ausdruck, außer wenn es sich um Nachkriegsmaßnahmen zur Erhaltung der Zahlungsbilanz handelt.

3. SEPTEMBER 1947

Der Ausschuß für Energiewirtschaft und Brennstoffe veröffentlicht seinen Bericht. Er sieht für die nächsten vier Jahre eine über den Vorkriegsstand hinausgehende Produktionssteigerung für Kohle und Elektrizität vor. Man hofft, daß die Kohlenförderung, die 1938 insgesamt 550 Millionen Tonnen betragen hatte und 1945 auf 309 Millionen Tonnen gefallen war, im Jahre 1947 auf 440 Millionen Tonnen und bis zum Jahre 1951 auf 584 Millionen Tonnen gesteigert werden kann. Als Hauptträger für die Steigerung der Produktion nennt der Bericht Großbritannien und Deutschland. Die Produktion in Großbritannien ist für 1947 mit 200 Millionen Tonnen und für 1951 mit 251 Millionen Tonnen veranschlagt. Die entsprechenden Zahlen für das Saargebiet betragen 13 und 17 Millionen Tonnen und für das Ruhrgebiet 86 und 121 Millionen Tonnen. Falls das jährliche Defizit in zunehmendem Maße aus anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel Polen gedeckt werden kann, soll die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von 40 Millionen Tonnen für das Jahr 1948 auf 6 Millionen Tonnen im Jahre 1951 herabgesetzt werden.

Die Pläne für die Elektrizitätsproduktion sehen eine Steigerung von 43 Millionen Kilowatt für 1947 auf 65 Millionen Kilowatt für 1951 vor. Eine weitere Erhöhung der Produktion soll durch den Ausbau der Wasserkräfte des Alpenmassivs und durch die Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen aus den Vereinigten Staaten und anderen Gebieten erfolgen.

Auf dem Gebiet der Ölproduktion soll vor allem eine Erweiterung der Raffineriekapazität Europas und in Bezug auf die Einfuhr eine proportionale Steigerung bei den schweren gegenüber den leichten Produkten angestrebt werden. 1939 betrug die Einfuhr 240 Millionen Tonnen, davon waren 39 Millionen Tonnen Rohöl und der Rest raffiniertes Öl. Während der Import an Rohöl für 1947 auf 26 Prozent veranschlagt ist, soll er bis 1951 auf 42 Prozent gesteigert werden. In der Qualität der raffinierten Produkte soll eine Umstellung auf Treibstofföl und schwere Produkte stattfinden. Zur Steigerung der Raffineriekapazität soll der Neubau von Anlagen mit Hilfe besonderer Ausrüstungen, die eingeführt werden, erfolgen.

4. SEPTEMBER 1947

Der Bericht des Transportausschusses besagt, daß die Lage der Schiffahrt in großen Zügen durch die folgenden Faktoren bestimmt werde:

1. durch den Verlust von 22 Millionen Tonnen Schiffsraum während des Krieges, der 62 Prozent des 1938 vorhandenen Schiffsraums ausmache;
2. durch die starke, durch ungewöhnlich hohe Importe an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien bedingte Beanspruchung der Schiffahrt in den nächsten Jahren.

Die Länder hätten bereits für 500 Millionen Dollar Schiffsraum angekauft und beabsichtigten den Ankauf von weiteren drei Millionen Tonnen Schiffsraum im Werte von drei Millionen Dollar. Der Gesamtbedarf an Schiffsraum für trockene Ladung und Tanker werde für 1948 auf 50,5 beziehungsweise auf 15,1, für 1949 auf 50,0 beziehungsweise 16,7, für 1950 auf 49,5 beziehungsweise 18,4, für 1951 auf 49,5 beziehungsweise 19,7 Millionen Tonnen geschätzt. Der Bericht sieht einen scharfen Rückgang im Bedarf an ausländischer Tonnage, vor allem aus den Vereinigten Staaten vor, wenngleich der Bedarf an Tankertonnage steigen werde.

5. SEPTEMBER 1947

Der Exekutivausschuß billigt in einer Sondersitzung die Summe von 21 Milliarden Dollar, die von den Finanzsachverständigen unter Führung von Sir David *Waley* vom britischen Schatzamt als Mindestforderung für die amerikanische Hilfeleistung an die europäischen Länder errechnet wurde.

Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht seinen Bericht. Es wird geschätzt, daß der Nahrungsmittelverbrauch je Person in den Teilnehmerländern und in Westdeutschland im Jahre 1951 immer noch unter dem Stand der Jahre 1934 bis 1938 liegen werde. Als Gründe für die Fehlmenge werden angeführt:

1. die Schwierigkeiten der Beschaffung bestimmter Waren aus Übersee und
2. ein Bevölkerungszuwachs von 249 Millionen in den Jahre 1934 bis 1938 auf 278 Millionen im Jahre 1951 (die gegen wärtige Bevölkerung der in Frage kommenden Länder Eu ropas beträgt 270 Millionen).

Die anzustrebenden Produktionsziffern in Millionen metrische Tonnen werden folgendermaßen angegeben:

Weizen und Roggen:	1948 = 21,4,	1951 = 34,0;
alle Getreideprodukte:	1948 = 48,9,	1951 = 65,8;
Öle und Fette:	1948 = 2,2,	1951 = 2,9;
Zucker:	1948 = 3,4,	1951 = 3,9;
Fleisch:	1948 = 6,0,	1951 = 8,1;
Milch:	1948 = 57,0,	1951 = 73,4.

Wenn diese Produktionsmengen erreicht würden, werde nur noc die Fleischproduktion unter dem Stand von 1934 bis 1938 liege Man hoffe, durch besondere Anbaupläne die Produktion von Erd nußöl in Britisch-Ostafrika von 80 000 Tonnen für 1949 au 400 000 Tonnen für 1951 zu steigern. Für Französisch-West- un Äquatorialafrika werde für 1951 eine Produktion von 50 000 Ton nen Erdnußöl angestrebt.

An Düngemitteln fehlten hauptsächlich Nitrate. Es werde ge plant, die Produktion von ihrem Stand von 960 000 Tonnen i den Jahren 1946/47 bis zum Jahre 1951 auf 2 Millionen Tonne zu steigern.

Die Einfuhr von Phosphaten aus Nordafrika solle von 1 416 000 auf 2 617 000 Tonnen und von Pottasche von 847 000 Tonnen au 1 604 000 Tonnen erhöht werden. Der Einfuhrbedarf an Futter mitteln wird dem Bericht zufolge weiterhin beträchtlich bleibe Es wird geschätzt, daß jährlich 12 000 schwere Traktoren benötig werden, ferner für das erste Jahr 14 000 leichte Traktoren un 1,4 Millionen Tonnen sonstige Maschinen für den ganzen Zeit raum von vier Jahren.

6. SEPTEMBER 1947

Der Direktor des Amtes für internationale Handelspolitik im amerikanischen Staatsdepartement, Mr. *Nitze,* erklärt in eine Rundfunkrede:

„Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es keine kluge Geschäftspolitik, wenn man eine ungeheure Produktionsanlage aus Mangel an Kapital zur Finanzierung ihres Wiederaufbaus zugrunde gehen läßt. Vom politischen Standpunkt können wir es nicht zulassen, daß Diktaturen der Rechten oder der Linken sic die Welt unterwerfen, weil die Hilfe, die wir leisten könnten nicht erbeten wird. Es würde uns in jeder Hinsicht letzten Ende viel schwerer zu stehen kommen, wenn wir die Hilfe verweigern als wenn wir sie geben."

7. SEPTEMBER 1947

Die *New York Herald Tribune* veröffentlicht Auszüge aus einem vertraulichen Bericht, der vom Staatsdepartement für die Kongreßausschüsse ausgearbeitet wurde, die zur Prüfung der Verhältnisse nach Europa entsandt wurden. In dem Bericht heißt es, daß mindestens vierzehn europäische Länder wirtschaftliche Unterstützung brauchen, wenn sie sich von den Nachwirkungen des Krieges erholen und die Gefahr des Kommunismus bekämpfen sollen. Der Bericht nennt die folgenden Länder: die Niederlande, Frankreich, Portugal, Deutschland, Österreich, Italien, Griechenland, die Türkei, Dänemark, Schweden, Finnland, die Tschechoslowakei, Polen und Großbritannien. Weiter heißt es in dem Bericht: „Großbritannien ist kein gleichwertiges Mitglied der Großen Drei mehr, und es muß bei der Einschränkung seiner ausländischen Verpflichtungen vor allem darauf achten, daß diese ordnungsgemäß vor sich geht, damit die Macht der Sowjet-Union nicht in demselben Verhältnis wächst. Wenn die schwere finanzielle Krise, vor der das Vereinigte Königreich jetzt steht, nicht bald überwunden wird, wird Großbritanniens Fähigkeit, an den ausländischen Wirtschaftszielen unserer Regierung mitzuarbeiten, in Frage gestellt werden."

Von den fünf Ländern Eire, Luxemburg, Schweiz, Norwegen und Belgien nimmt man an, daß sie ohne Hilfe von außen durchkommen werden, obgleich bezweifelt wird, daß Belgien bei seinem Mangel an Arbeitskräften und mit seinen veralteten Industrieanlagen und seiner unbedeutenden Kohlenförderung seinen Wiederaufbau in demselben erstaunlichen Maße wie bisher fortsetzen kann. In dem Bericht heißt es weiter:

„Westeuropa steht am Scheidewege. Frankreich, das die Schlüsselstellung innehat, wird von einer mächtigen kommunistischen Partei gefährdet. Auf ein freies und demokratisches Deutschland besteht wenig Hoffnung, da Ostdeutschland auf dem Wege der Sowjetisierung schon weit fortgeschritten ist."

9. SEPTEMBER 1947

Ein Sprecher des CEEC erklärt, die benötigten Einfuhren würden einen Kredit von 35,2 Milliarden Dollar erfordern, diese Summe werde aber durch Ausfuhren der europäischen Länder auf 21 Milliarden Dollar herabgesetzt werden.

10. SEPTEMBER 1947

Außenminister *Marshall* erklärt, er halte es nicht für möglich, ohne eine Sondersitzung des amerikanischen Kongresses die nötige Vollmacht für die Durchführung der Hilfeleistungen für Europa zu erhalten. Die Sondersitzung müsse Ende Oktober oder Anfang November stattfinden. Er erwarte die Entscheidung Präsident Trumans in dieser Angelegenheit.

Clayton, Caffery und *Douglas* erklären Vertretern der in Paris anwesenden sechzehn Nationen, daß die Summe von einundzwanzig Milliarden Dollar zu hoch sei, um für den Kongreß annehmbar zu sein. Die amerikanischen Vertreter bemängeln, daß in dem Entwurf des Schlußberichtes der Konferenz der sechzehn Nationen ausreichende Beweise und Informationen über die zukünftige Zusammenarbeit der europäischen Nationen fehlten.

Handelsminister *Harriman* erklärt in Paris:

„Ohne eine Herabsetzung der Welthandelsschranken besteht nur wenig Hoffnung, daß die Unterstützung, die wir im Rahmen des Marshall-Plans geben, ihren Zweck erfüllen wird."

11. SEPTEMBER 1947

Der Berichtsentwurf mit dem Datum vom 8. September 1947 wird veröffentlicht. Der Bericht schätzt das Defizit in der Bilanz des Zahlungsausgleiches der teilnehmenden Länder mit den Vereinigten Staaten für 1948 auf 8049 Millionen Dollar, für 1949 auf 6350 Millionen Dollar, für 1950 auf 4650 Millionen Dollar und für 1951 auf 3450 Millionen Dollar.

Diese fortschreitende Ermäßigung des Defizits hängt dem Bericht zufolge von Faktoren ab, die nicht dem Einfluß der betreffenden Länder unterstehen, nämlich:

1. beträchtliche Steigerung der Produktion in den europäischen Ländern; 2. Verfügbarkeit von Importen aus den Vereinigten Staaten, die für eine solche Steigerung benötigt werden; 3. ständige Vollbeschäftigung und volle Ausnutzung der europäischen Produktionskapazität während der kommenden vier Jahre; 4. steigende Lieferungen aus Osteuropa für die Bedürfnisse der 16 Länder und Westdeutschlands; 5. eine Zusicherung, daß Güter, die von den Teilnehmerländern für Exportzwecke hergestellt werden können, an die Vereinigten Staaten und die übrige Welt verkauft werden können; 7. fortschreitende Ermäßigung der Preise für Importe nach Europa im Verhältnis zu den europäischen Exportpreisen; 7. osteuropäische Länder müßten in der Lage sein, für Importe in Dollar zu bezahlen.

Der Bericht betont die Abhängigkeit einer wirtschaftlichen Erholung Westeuropas von den Vereinigten Staaten, Osteuropa und der übrigen Welt. Es sei grundlegend, daß der übrigen Welt ausreichend Dollarmittel zur Verfügung stehen, so daß die Teilnehmerländer und Westdeutschland in die Lage versetzt würden, Dollar nicht nur durch direkte Exporte nach den Vereinigten Staaten, sondern auch indirekt durch ihren Export nach anderen Ländern zu erwerben.

In einer Zusammenkunft mit dem Exekutivausschuß kritisiert *Clayton* den Berichtsentwurf des CEEC und schlägt vor, einen neuen Bericht abzufassen. Der Bericht sei zu sehr eine Einkaufsliste und zu wenig ein Plan für die europäische Zusammenarbeit. Die Hauptpunkte der Kritik Claytons sind:

1. Es fehlten ausreichende Maßnahmen zur gegenseitigen Hilfe der sechzehn europäischen Länder.
2. Die europäischen Bedarfszahlen seien nur in globaler Form aufgeführt, unterschieden aber nicht den Bedarf der einzelnen Länder.
3. Es fehlten genaue Vorschläge zur Wiederherstellung der Konvertierbarkeit europäischer Währungen als erster Schritt zu einer Weltkonvertierbarkeit.

In dem Bericht des Stahlausschusses heißt es, die sechzehn Nationen würden in den vier Jahren, die in dem Plan vorgesehen sind, im großen und ganzen von der Stahleinfuhr aus den Vereinigten Staaten unabhängig sein.

Der Bericht des Ausschusses für Arbeitskräfte wird veröffentlicht. Er zeigt, daß mit Ausnahme Italiens alle Teilnehmerländer einen Mangel an Arbeitskräften aufweisen. Die vorhandenen Reserven an Arbeitskräften werden auf 2 500 000 Personen geschätzt. Eine Belebung der Wirtschaft würde jedoch schon bis 1948 eine Verminderung auf 677 000 Personen herbeiführen. Der Transfer von Arbeitskräften werde, so betont der Bericht, durch Währungsbeschränkungen, Mangel an Wohnraum und andere Hindernisse erschwert.

12 SEPTEMBER 1947

Präsident *Truman* erklärt, er sei nicht überzeugt, daß eine Sondersitzung des Kongresses noch im Herbst erforderlich sein werde.

Großbritannien, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Eire, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und die Türkei beschließen, eine Studiengruppe zu bilden, um die Frage einer Zollunion oder mehrerer regionaler Zollunionen für Europa zu prüfen. Von den in Paris anwesenden sechzehn Nationen lehnen Schweden, Norwegen und die Schweiz die Teilnahme an dieser Studiengruppe ab. Einladungen zur Teilnahme an der Erörterung der Probleme werden an alle europäischen Länder einschließlich der Sowjet-Union und der osteuropäischen Länder gesandt. Der Ausschuß wird mit der Arbeit nicht beginnen, bevor alle Länder die Vorschläge geprüft haben. Die Länder des britischen Commonwealth sind befragt worden, ob sie den Wunsch haben, zu der Studiengruppe eingeladen zu werden.

Die Fertigstellung des Berichts des CEEC verzögert sich um eine Woche, da, wie Sir Oliver *Franks* bekanntgibt, die Konferenz über sechs Punkte erneute Beratungen abhalten muß:

1. das allgemeine Problem interner Finanz- und Wirtschaftsstabilisierung;
2. die allgemeinen Ziele und Handlungsgrundlagen, in denen die sechzehn Nationen übereinstimmen;
3. den Teil des Berichts, der Handel und Handelsschranken betrifft;
4. die Möglichkeit, Industrieausrüstungen aus anderen Quellen als denen der Vereinigten Staaten zu finanzieren, insbesondere aus Mitteln der Weltbank;
5. ob jedes Teilnehmerland allein das Ziel der Konferenz erreichen könne;
6. die Einsetzung einer Organisation zur Überwachung der Fortschritte während der Wiederaufbauperiode.

Die *Iswestija* warnt die skandinavischen Länder, daß ihre Teilnahme an der europäischen Zollunion zu einer vollständigen Unterwerfung ihrer Wirtschaftssysteme unter die Interessen der amerikanischen Monopolisten und ihrer europäischen Vermittler führen werde.

15. SEPTEMBER 1947

In Kreisen des amerikanischen Landwirtschafts- und des Handelsministeriums wird von der Einführung freiwilliger Rationierungsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten als einzigem Mittel zur Abwendung einer Hungersnot in Europa gesprochen.

Das CEEC protestiert gegen die amerikanische Kritik an den bisher von den sechzehn Nationen gelieferten Plänen. Es wird erklärt, die Zeit reiche im Hinblick auf die Notlage der europäischen Länder nicht aus, im Augenblick ausführlichere Angaben beizubringen. Diese könnten jedoch später nachgeliefert werden.

Von der französischen Delegation wird ein Revisionsvorschlag unterbreitet, der eine Einbeziehung der amerikanischen Ratschläge vorsieht.

16. SEPTEMBER 1947

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Exekutivausschusses mit den amerikanischen Ratgebern *Clayton, Caffery* und *Douglas* wird beschlossen, den Schlußbericht der Vollversammlung am 22. September zur Unterschrift vorzulegen. *Clayton* erklärt, daß der nunmehr revidierte Plan den amerikanischen Anforderungen im großen und ganzen entspreche, daß allerdings von amerikanischer Seite besonderer Wert auf die Schaffung einer dauernden Organisation gelegt werde, über die von dem CEEC noch keine Einigung erzielt worden sei.

17. SEPTEMBER 1947

Der französische Vorschlag zur Schaffung einer dauernden Überwachungsorganisation für den Marshall-Plan wird in den Entwurf des Schlußberichts aufgenommen. Die Organisation soll nur für die Zeitdauer des Marshall-Plans bestehen. Schweden und die Schweiz stimmen nach anfänglichen Bedenken dem Vorschlag zu.

19. SEPTEMBER 1947

Das CEEC gibt bekannt, der endgültige Bestandsaufnahmeplan ergebe, daß von den Vereinigten Staaten eine Hilfe in Form von Krediten in Höhe von 22 440 000 000 Dollar für die Wiederaufbauzeit von 1948 bis 1951 benötigt werde. Diese Herabsetzung sei nach Streichung der erforderlichen Industrieausrüstungen erfolgt. Anleihen für Maschinen und ähnliche Güter, die für den europäischen Wiederaufbau benötigt würden, mit Ausnahme von Ausrüstungsgegenständen für den Bergbau und die Landwirtschaft sollten bei der Internationalen Wiederaufbaubank angesucht werden.

Das CEEC beauftragt seinen Vorsitzenden, den britischen Delegierten Sir Oliver *Franks*, sowie Mitglieder der verschiedenen Delegationen, nach Washington zu reisen und Außenminister Marshall und seinen Ratgebern bei der Prüfung der Vorschläge der sechzehn Nationen zur Seite zu stehen.

Die türkische Delegation kündigt an, daß sie die Möglichkeiten einer Zollunion mit Griechenland und anderen befreundeten Ländern zu prüfen wünsche.

22. SEPTEMBER 1947

Unter dem Vorsitz des britischen Außenministers *Bevin* nehmen die Vertreter der sechzehn europäischen Staaten den Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz an. *H. V.* und *E. F.*

Der Schlußbericht der Pariser Konferenz für europäische Wirtschaftsplanung

Wortlaut der amtlichen Kurzfassung vom 22. September 1947

1. Der Bericht ist in erster Linie als eine genaue und sorgfältige Analyse der Notstände gedacht, die sich aus dem Krieg ergeben haben, und als eine Untersuchung der Beiträge, die die Teilnehmerländer zu einer dauernden Lösung für sich selbst und füreinander leisten können.

2. Das Ausmaß der Zerstörungen und der Umwälzungen, die durch den zweiten Weltkrieg verursacht wurden, überstieg noch das des ersten Weltkriegs. Die landwirtschaftliche und die industrielle Produktion erfuhren schwere Beeinträchtigungen. Althergebrachte Quellen für die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung waren unzugänglich geworden, so daß die verwüsteten Länder nach Beendigung des Krieges fast von vorne anfangen mußten. Dank der großen Anstrengungen seitens der europäischen Länder selbst und der großzügigen Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten, anderer Länder und der UNRRA machte die Gesundung gute Fortschritte. Aber im Winter 1946/47 hörten diese Fortschritte auf, und die europäische Wirtschaft erlitt einen schweren Rückschlag. Die Kohlenknappheit dauerte weiter an und führte zu einer Einschränkung der Industrieproduktion. Es herrschte immer noch Mangel an Nahrungsmitteln und anderen Verbrauchsgütern, und die Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe stiegen. Die Teilnehmerländer mußten daher zu einer starken Beanspruchung ihrer Hilfsquellen in ausländischer Währung übergehen. Auf einen außergewöhnlich strengen Winter folgte eine lange Dürreperiode, die diese Schwierigkeiten noch verstärkte, so daß man im Sommer 1947 die früher gehegte Hoffnung auf eine schnelle Gesundung zurückstellen mußte.

3. Während das Komitee für Zusammenarbeit am Werk war, spitzte sich die Währungskrise weiter zu. Einige Länder mußten weitere Einfuhreinschränkungen einführen, von denen nur der Einkauf von Getreide, Kohle und anderen wichtigen Gütern ausgenommen blieb. Ähnliche Maßnahmen werden wahrscheinlich in nächster Zukunft in den meisten Teilnehmerländern erforderlich werden. Die anfänglichen Fortschritte sind jetzt zum Stillstand gekommen, und die Krise verschärft sich. Die Umstände, unter denen der Bericht entworfen wurde, verleihen ihm das Aussehen eines vorläufigen Berichtes. Um Verbesserungen zu erreichen, die noch wünschenswert erscheinen, wird es sich vielleicht als notwendig erweisen, Zusatzberichte zu veröffentlichen, in denen der Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage Rechnung getragen wird.

4. Zweck des Berichtes ist es, ein Programm für die wirtschaftliche Gesundung der Teilnehmerländer zu entwerfen, in dem angestrebt wird, Europa zum Ende 1951 wieder auf eigene Füße zu stellen. Dieses Gesundungsprogramm gründet sich auf vier Hauptrichtlinien:

(I) starke Anstrengungen zur Produktionssteigerung durch jedes der Teilnehmerländer;

(II) die Schaffung finanzieller Stabilität innerhalb der Länder;

(III) das größtmögliche Maß an Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern;

(IV) eine Lösung des Problems des Handelsdefizits der Teilnehmerländer mit dem amerikanischen Kontinent, und zwar insbesondere durch Exporte.

5. Die Teilnehmerländer sind normalerweise weitgehend von Einfuhren — von Rohmaterial, von Futtermitteln und in einigen Fällen von Nahrungsmitteln — aus der übrigen Welt abhängig. Diese wurden herkömmlicherweise teils aus dem Export von Waren und Dienstleistungen und teils aus den Einkünften aus überseeischen Kapitalanlagen bezahlt. Die durch den Krieg verursachten Umwälzungen haben zu einem vorübergehend anomal hohen Einfuhrbedarf geführt, die Einkünfte aus den Kapitalanlagen sind zurückgegangen, und die Ausfuhr hat noch nicht die Höhe erreicht, die zu einem Ausgleich der Bilanz erforderlich wäre. Das Problem der Teilnehmerländer und die grundlegende Zielsetzung des Gesundungsprogramms bestehen also darin, die Produktion so anzukurbeln und auszuweiten, daß der anomal hohe Bedarf von außen herabgesetzt und für den Export die größere Menge an Ausfuhrgütern erzeugt wird, die notwendig ist, um die Einfuhr zu bezahlen, die die Teilnehmerländer noch weiterhin brauchen werden.

6. Der Bericht setzt ein hohes Maß Selbsthilfe seitens der betreffenden Länder und gegenseitiger Hilfe der Länder untereinander voraus. Um festzustellen, was erreicht werden könnte, wurden Technische Ausschüsse eingesetzt, die besondere Untersuchungen anstellen sollten für Landwirtschaft, Brennstoffe und Energie, Stahl, Nutzholz und Transport, sowie für die damit in Zusammenhang stehenden Industrien, wie zum Beispiel für landwirtschaftliche Maschinen und Bergbaumaschinen, und schließlich für das allgemeine Problem der Arbeitskräfte. In dem Gesundungsprogramm wird vorgesehen, daß 1951 die folgenden Gesamtergebnisse erzielt werden:

(I) Erzeugung von Brotgetreide und anderem Getreide in Vorkriegshöhe, von Zucker und Kartoffeln in wesentlich höheren Mengen als vor dem Kriege, eine gewisse Produktionssteigerung von Ölen und Fetten und so weitgehende Ausdehnung der Viehwirtschaftsprodukte, wie die Futtermittelversorgung es zuläßt (1)*);

(II) Steigerung der Kohlenförderung auf 584 Millionen Tonnen, das heißt um 145 Millionen Tonnen über den Stand von 1947 (eine Steigerung um ein Drittel) und um 30 Millionen Tonnen über den Stand von 1938 (2),

(III) Steigerung der Elektrizitätserzeugung um annähernd 70 Milliarden Kilowattstunden oder um 40 Prozent über den Stand von 1947 und Erweiterung der Produktionskapazität um 25 Millionen Kilowatt oder um zwei Drittel über den Vorkriegsstand hinaus (3);

(IV) Entwicklung der Kapazität der Ölraffinerien im Verhältnis des Rohölausstoßes um 17 Millionen Tonnen auf das Zweieinhalbfache des Vorkriegsstandes;

(V) Steigerung der Rohstahlerzeugung um 80 Prozent über den Stand von 1947 auf 55 Millionen Tonnen, oder um 10 Millionen Tonnen (20 Prozent) über den Stand von 1938 (4);

(VI) Erweiterung des inländischen Transportwesens, das 1951 einen um 25 Prozent höheren Güterverkehr als 1938 bewältigen soll;

(VII) Wiederherstellung des Vorkriegsstandes der Handelsflotten der Teilnehmerländer bis zum Jahre 1951 (5);

(VIII) Lieferung des größten Teils der für diese Erweiterungen erforderlichen Industrieanlagen aus der europäischen Produktion.

Die verschiedenen Länder haben sich verpflichtet, in der Entwicklung ihrer nationalen Produktion ihr möglichstes zu tun, um diese Ziele zu erreichen. Von besonderer Bedeutung sind die französischen und die italienischen Pläne für die Getreideproduktion, in denen angestrebt wird, 1951 das Vorkriegsniveau zu erreichen, sowie der britische Plan für die Kohlenproduktion, der es sich zum Ziel setzt, das Vorkriegsniveau 1951 zu überschreiten. Diese Produktionspläne stellen als Ganzes gesehen eine ähnliche Ausweitung der Produktion dar, wie sie von den Vereinigten Staaten in den Jahren der Mobilisation von 1940 bis 1944 erreicht wurde. Diese Produktionsankurbelung stellt die Grundlage einer gesunden und lebensfähigen europäischen Wirtschaft dar.

7. Die Herstellung innerer finanzieller Stabilität in gewissen Ländern ist eine notwendige Vorbedingung für die Durchführung ihrer Produktionspläne, und die betreffenden Länder haben sich verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen anzuwenden, um eine baldige Stabilisierung zu erreichen. Das schnelle Gelingen der Stabilisierung wird in sehr starkem Maße davon abhängen, ob während der Periode, in der die Stabilisierung durchgeführt wird, ausreichende Unterstützung aus dem Auslande gegeben wird. Genaue Berechnungen über die erforderliche Summe können nicht gemacht werden, ohne die Lage eines jeden der betreffenden Länder zur Zeit der Stabilisierung zu prüfen. Aber, soweit Schätzungen gemacht werden können, wird es sich wahrscheinlich um eine Summe von annähernd 3000 Millionen Dollar handeln.

8. Die Teilnehmerländer werden ihre eigenen Hilfsquellen für Rohmaterialien, Arbeitskräfte und Produktionskapazität so weitgehend wie möglich ausnutzen. Dieser Vorgang wird noch einen Antrieb erfahren durch Maßnahmen, die eine fortschreitende Auflockerung der Einfuhrbeschränkungen, eine Verbesserung der Zah-

*) Die Zahlen in Klammern weisen auf die im Anhang beigefügten Vergleichszahlen hin.

lungsabkommen zwischen den verschiedenen Ländern und einen Austausch überschüssiger Arbeitskräfte herbeiführen sollen. Die Errichtung einer Untersuchungsgruppe für die Frage einer Zollunion, die drei Monate nach ihrer ersten Zusammenkunft ihren ersten Bericht erstatten wird, ist schon angekündigt worden. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, Verhandlungen mit allen europäischen Regierungen aufzunehmen, die mit Frankreich eine Zollunion einzugehen wünschen und deren Volkswirtschaften sich mit der französischen so verknüpfen lassen, daß eine lebensfähige Einheit entstehen könnte. Die italienische Regierung hat sich dieser Erklärung angeschlossen

9. Abgesehen von der gegenseitigen Hilfe, durch die man die Versorgung mit knappen Waren erhöhen und die Handelsbeziehungen zwischen den Teilnehmerländern verbessern will, hat man sich für die folgenden Sonderprobleme auf eine gemeinsame Handlungsweise geeinigt:

(I) Eine Reihe von Projekten für die gemeinsame Planung der Ausnutzung neuer Kraftstromquellen wird bearbeitet. Der von dem Ausschuß ausgewählte Plan sieht die Errichtung einer Reihe von Kraftstromwerken zur Ausnutzung der Wasserkraftquellen der Alpen, gewisser deutscher Braunkohlenlager und italienischer Erdwärmespeicher vor. Voraussetzung zu diesem Werk ist die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Hilfsquellen, die Landesgrenzen überschneiden und die Entscheidungen werden ohne Berücksichtigung der nationalen Grenzen getroffen. Die erforderliche gemeinsame Planung ist jetzt im Gange.

(II) Die Herstellung von Bergwerksausrüstung, elektrischen Geräten und Güterwagen nach Standardtypen wird befürwortet.

(III) Die Möglichkeit einer besseren Ausnutzung der Güterwagen durch Gemeinschaftsbetrieb und durch eine internationale Untersuchung der Verkehrsströmungen wird geprüft.

(IV) Der Austausch von Auskünften über ihre Modernisierungs- und Ausweitungspläne zwischen den stahlerzeugenden Ländern ist vorgesehen, so daß jedes Land die Pläne der anderen in Rechnung stellen kann.

10. Es sind Vorkehrungen für eine Fortsetzung der gegenseitigen Unterstützung und Beratung, die in Paris begonnen worden war, durch den Apparat der Vereinten Nationen und auch auf anderen Wegen getroffen worden. Ferner wird die Bildung einer gemischten Organisation erwogen, der die Aufgabe zufallen würde, die Fortschritte in der Durchführung des Programms zu beobachten.

11. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Teilnehmerländer selbst bei voller Ausnutzung der Mittel, die sie selbst produzieren können und die sie von der übrigen Welt zu erhalten hoffen, noch große Mengen an Nahrungsmitteln (6), Brennmaterial (7), Rohstoffen (8) und industriellen Ausrüstungsgegenständen (9) vom amerikanischen Kontinent brauchen werden. Ohne einen solchen Warenstrom würde das ganze Wiederaufbauprogramm gefährdet sein. Die angeführten Bedürfnisse sind unter Berücksichtigung der wahrscheinlich zur Verfügung stehenden Lieferungen berechnet worden. Sie stellen kein übertrieben großzügiges Einfuhrprogramm dar. Der Nahrungsmittelverbrauch wird am Ende der Periode noch unter dem Vorkriegsniveau liegen (10), und die Angaben sind unter der Voraussetzung ausgearbeitet worden, daß in vielen Ländern Verbrauchsbeschränkungen für Nahrungsmittel, Kleidung und Treibstoff (für nicht wichtige Zwecke) weiterhin erforderlich sein werden.

12. Das Ausmaß des Problems zeigt sich in dem zusammengefaßten Defizit der Teilnehmerländer und Westdeutschlands gegenüber dem amerikanischen Kontinent, das aus den folgenden Aufstellungen hervorgeht. Die Höhe des Defizits ist zum großen Teil auf den Mangel an Lieferungen zurückzuführen, die früher aus Osteuropa, Südostasien und aus anderen nichteuropäischen Quellen zur Verfügung standen. Es wird vielleicht möglich sein, für einen Teil des Defizits durch die Internationale Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, durch private Kapitalanlagen und Kreditunternehmungen und hinsichtlich einiger Länder durch die Ausnutzung ihrer wenigen vorhandenen Guthaben aufzukommen

Defizit der Teilnehmerländer und Westdeutschlands gegenüber dem amerikanischen Kontinent

(in Milliarden Dollar)

	1948	*1949*	*1950*	*1951*	*insgesamt*
Vereinigte Staaten von Amerika	5,64	4,27	3,28	2,62	15,81
restlicher amerikanischer Kontinent	1,94	1,82	1,30	0,91	5,97
	7,58	6,09	4,58	3,53	21,78
Defizite abhängiger Gebiete	0,46	0,26	0,07	—0,13	0,66
insgesamt	8,04	6,35	4,65	3,40	22,44

Zu den angeführten Importen vom amerikanischen Kontinent gehören sowohl industrielle Ausrüstungsgegenstände als auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel und Kohle. Wenn die Einfuhr von industriellen Ausrüstungsgegenständen, abgesehen von landwirtschaftlichen Maschinen und Maschinen für den Kohlenbergbau, die gesondert behandelt werden, durch Anleihen von der Internationalen Bank oder durch andere Kreditoperationen finanziert würde, so bliebe noch das folgende herabgesetzte Defizit zu decken:

(in Milliarden Dollar)

	1948	*1949*	*1950*	*1951*	*insgesamt*
Defizit wie in der obigen Tabelle	8,04	6,35	4,65	3,40	22,44
abzüglich der durch die Internationale Bank und so weiter zu finanzierenden industriellen Ausrüstung	0,92	0,89	0,70	0,60	3,11
insgesamt	7,12	5,46	3,95	2,80	19,33

13 Der ganze Bericht geht davon aus, daß intensive Anstrengungen zu einer Ausweitung des Exports aus den Teilnehmerländern nach der übrigen Welt notwendig sind, um das Defizit für die Vierjahresperiode herabzusetzen. Unter der Voraussetzung, daß eine günstige Weltlage herrscht, schätzt man, daß die Teilnehmerländer und Westdeutschland bei Ende der Periode in ihrer Zahlungsbilanz mit anderen Ländern außer denen des amerikanischen Kontinents einen beträchtlichen Überschuß aufweisen werden. Für das Jahr 1951 wird dieser schätzungsweise auf 1800 Millionen Dollar und für die ganze Vierjahresperiode auf 2810 Millionen Dollar angesetzt Dieser Überschuß kann nur dann das Dollardefizit mit dem amerikanischen Kontinent aufwiegen, wenn ein ausreichender Dollarzustrom nach der übrigen Welt es den Teilnehmerländern ermöglicht, aus diesem Überschuß Dollars oder eine gleichwertige Währung zu erwerben.

14. Es wird in dem Bericht betont, daß der erste Punkt des Wiederaufbauprogramms zwar die Steigerung der europäischen Produktion sein muß, daß es aber unmöglich ist, das Problem zu lösen, wenn die Marktverhältnisse auf dem amerikanischen Kontinent Europa und anderen Teilen der Welt nicht die Möglichkeit geben, ihre Waren dort in zunehmendem Maße abzusetzen. Das ungesunde Verhältnis zwischen der produktiven Kapazität und den Hilfsquellen des amerikanischen Kontinents und der Teilnehmerländer hat zahlreiche Ursachen und kann nicht durch Maßnahmen seitens Europas allein wieder in Ordnung gebracht werden. Der Zweck des Berichtes ist es, Vorschläge für die notwendigen Wiederherstellungsmaßnahmen darzulegen, die von europäischer Seite aus durch Produktion, Stabilisierung und Zusammenarbeit unter den Teilnehmerländern durchgeführt werden sollen; aber damit ist die Aufgabe nicht erfüllt. Der Bericht schließt mit den folgenden Sätzen:

„Das Problem, an dessen Lösung das Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris gearbeitet hat, ist das Ergebnis der Kriegsnachwehen. Das Komitee unterbreitet jetzt seinen Vorschlag für die notwendigen Wiederherstellungsmaßnahmen von seiten Europas durch Produktion, Stabilisierung und Zusammenarbeit unter den Teilnehmerländern sowie durch Maßnahmen, die den freien Waren- und Handelsverkehr fördern sollen. Diese Vorschläge sind durch endgültige und einzeln aufgeführte Verpflichtungen der betreffenden Länder unterbaut Aber diese Verpflichtungen können nur dann wirksam werden, wenn ein ununterbrochener Warenstrom vom amerikanischen Kontinent gewährleistet wird. Sollte dieser Strom versiegen, so würde das Ergebnis verheerend sein. Die Dollarguthaben Europas gehen zur Neige. Schon sieht sich ein Land nach dem anderen durch den Dollarmangel gezwungen, seine lebenswichtigen Einfuhren an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vom amerikanischen Kontinent herabzusetzen. Wenn nichts geschieht, wird sich eine Katastrophe ergeben, sobald die Vorräte erschöpft sind. Wenn zu wenig geschieht und wenn es zu spät geschieht, wird es unmöglich sein, den Schwung aufzubringen, der erforderlich ist, um das Programm in die Wege zu leiten. Das Leben in Europa wird immer unsicherer und ungewisser werden; die Räder der Industrien werden allmählich aus Mangel an Material und Brennstoff zum Stillstand kommen, und die Nahrungsmittelversorgung Europas wird immer schlechter werden und schließlich ganz aufhören.

Unter diesen Umständen haben die Teilnehmerländer die Gelegenheit begrüßt, eine Aufstellung über ihre Pläne und Bedürfnisse zu entwerfen und den Vereinigten Staaten vorzulegen. Durch Zusammenkünfte zwischen Vertretern der Vereinigten Staaten und der Teilnehmerländer kann diese Aufstellung noch bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet und es können die Hilfsmittel noch genauer bestimmt werden.

Die äußeren Hilfsmittel können letzten Endes in größtem Ausmaß nur von den Vereinigten Staaten kommen, die Europa durch ihre Unterstützungsmaßnahmen in den vergangenen zwei Jahren

bereits vor Zusammenbruch und Chaos gerettet haben. Leider hat sich erwiesen, daß das Problem schwieriger ist, als man erwartet hatte. Die durch den Krieg verursachten Umwälzungen sind viel einschneidender und die Hindernisse, die einer Gesundung im Wege stehen, sind viel größer, als man noch vor einem halben Jahr annahm. In diesem Bericht wird, so hofft man, eine realistische Beurteilung der Lage gegeben. Die Teilnehmerländer haben hier die Tatsachen so dargestellt, wie sie sie sehen, und haben auf dieser Grundlage ein Gesundungsprogramm aufgestellt. Ihr Programm gründet sich auf eine volle Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität. Bei der Ausarbeitung des Programms waren die Nationen bestrebt, ihre Bedürfnisse vom amerikanischen Kontinent auf den Mindestbetrag herabzusetzen, der sich mit der Durchführung des Programms vereinbaren läßt. Das amerikanische Volk wird durch seine Regierung und durch seinen Kongreß dieses Programm prüfen und entscheiden, ob Mittel und Wege gefunden werden können, diese Bedürfnisse zu erfüllen. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob Europa wirtschaftlich wieder selbständig werden kann, so daß es in der Lage ist, seinen vollen Beitrag zum Wohlstand der Welt zu leisten."

Vergleichszahlen

Diese Vergleichszahlen, welche dem Schlußbericht der 16 Nationen beigefügt sind, entnehmen wir der *Welt* Nr. 115 vom 30. September 1947.

1. DIE NAHRUNGSMITTELPRODUKTION DER BETEILIGTEN LÄNDER

(in Millionen metrischer Tonnen)

	1934/38	1946/47	1947/48	1950/51
Brotgetreide (Weizen und Roggen)	34,0	28,3	21,4	34,0
Kartoffeln	57,7	50,7	61,6	68,2
Zucker	3,4	3,3	3,4	3,9
Fleisch	9,0	5,9	6,0	8,1
Fette und Öle*)	2,8	2,0	2,2	2,9
Milch	71,5	55,7	57,0	73,4

*) Einschließlich Butter (auf Ölbasis berechnet).

2. DIE STEINKOHLEN-*) UND BRAUNKOHLENFÖRDERUNG DER BETEILIGTEN LÄNDER EINSCHLIESSLICH WESTDEUTSCHLANDS

(in Millionen Tonnen)

	1938	1947	1948	1951
Vereinigtes Königreich	231	199	214	249
Westdeutschland:				
Vereinigte Westzone	206	133	149	193
Saar	14	10	14	17
Frankreich	48	50	51	63
Belgien	30	24	26	31
andere Länder	23	23	24	31
Insgesamt	552	439	478	584

*) Die europäische Steinkohlenförderung zwischen den beiden Weltkriegen wird von uns in einem demnächst erscheinenden Sonderheft behandelt werden.

3. DIE STROMERZEUGUNGSKAPAZITÄT DER BETEILIGTEN LÄNDER

(in Millionen Kilowatt)

	1938	1948	1949	1950	1951
Stromerzeugungskapazität	39,0	48,7	54,2	59,6	65,5
Steigerung gegenüber dem vergangenen Jahr	1,5	4,7	5,5	5,4	5,9

4. DIE ROHSTAHLERZEUGUNG DER BETEILIGTEN LÄNDER EINSCHLIESSLICH WESTDEUTSCHLANDS

(in Millionen Tonnen)

	1938	Vorkriegs-Jahres-Höchststand	1947	1948	1951
Vereinigtes Königreich	10,6	13,2	12,7	14,0	15,0
Frankreich	6,2	9,7	5,8	10,4	12,7
Belgien und Luxemburg	3,8	7,0	4,6	7,3	7,9
Italien	2,3	2,3	1,6	2,5	3,0
andere Länder	1,8	1,7	2,0	2,3	4,1
Vereinigte Westzone	17,8	17,8	2,8	4,1	10,0
Saar und französische Zone	3,0	3,0	0,8	1,7	2,7
Insgesamt	45,5	54,7	30,3	42,3	55,4
Davon					
beteiligte Länder	24,7	33,9	26,7	36,5	42,7
Westdeutschland	20,8	20,8	3,6	5,8	12,7

5. a) DER SCHIFFSRAUM DER BETEILIGTEN LÄNDER

Fassungsvermögen (in Millionen Tonnen)

	1938	Ende 1947	Ende 1951
Trockengüter	36,1	32,0	39,2
Tanker	10,1	11,1	14,4

5. b) DER GESAMTBEDARF DER BETEILIGTEN LÄNDER UND WESTDEUTSCHLANDS AN SCHIFFSRAUM

Fassungsvermögen (in Millionen Tonnen)

	1948	1949	1950	1951
Trockengüter	50,5	50,0	49,5	49,5
Tanker	15,1	16,7	18,4	19,7

6. DER EINFUHRBEDARF AN LEBENSMITTELN UND FUTTERMITTELN AUS DEN NICHTBETEILIGTEN LÄNDERN

(in Millionen Tonnen)

	1934/38	1946/47	1947/48	1950/51
Brotgetreide	14,0	15,3	23,7	17,9
sonstiges Getreide	11,4	4,7	8,6	11,7
Zucker	2,7	1,7	1,7	2,3
Fleisch	1,7	1,6	2,1	2,5
Fett (auf Ölbasis)	2,7	1,1	1,7	2,3
Ölkuchen*)	5,0	1,9	3,5	5,4

*) Einschließlich des Ölkuchengehalts eingeführter Ölsaaten.

7. DER KOHLEBEDARF DER BETEILIGTEN LÄNDER

(in Millionen metrischer Tonnen)

	1948	1951
aus den Vereinigten Staaten von Amerika	41	6
aus Polen*)	17	31
	58	37

*) Einschließlich kleiner Mengen aus andern Ländern; die polnischen Zahlen beruhen auf Schätzungen, die der Europäischen Kohlenorganisation von der Polnischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden.

8. BEDARF UND DEFIZIT DER BETEILIGTEN LÄNDER EINSCHLIESSLICH WESTDEUTSCHLANDS UND DER ÜBERSEEISCHEN KOLONIEN AN ROHSTAHL UND HALBFERTIGEM STAHL

(in Millionen metrischer Tonnen)

	1948	1949	1950	1951
Verbrauch, Bedarf*)	39,4	40,7	43,2	45,5
Verfügbare Mengen	36,6	37,9	40,3	42,7
Importbedarf der nichtbeteiligten Länder	2,8	2,8	2,9	2,8

*) Einschließlich geringfügiger Transporte nach nichtbeteiligten Ländern.

9. DER EINFUHRBEDARF DER BETEILIGTEN LÄNDER EINSCHLIESSLICH WESTDEUTSCHLANDS AN BERGWERKSMASCHINEN UND -AUSRÜSTUNGEN

(in Millionen Dollar)

Westdeutschland	1414
Großbritannien	1042
Frankreich	656
Italien	50
Belgien	142
Übrige Länder	259
Insgesamt	3563

10. DER LEBENSMITTELVERBRAUCH IN DEN BETEILIGTEN LÄNDERN JE KOPF UND JAHR

(in Kilogramm)

	1934/38	1947/48	1950/51
Brotgetreide	192	159	179
Kartoffeln	236	228	243
Zucker	27,4	20	25,2
Fleisch	42,9	30	37,6
Fett (auf Ölbasis)	24,1	17,0	22,6

WIRTSCHAFTS-ARCHIV

2. Jahr OKTOBER 1947 4. Folge

Die Verbrauchsgüterwirtschaft in der Sowjet-Union unter dem neuen Fünfjahresplan

Nachdem wir in der zweiten und dritten Folge des Europa-Archivs das sowjetische Transportwesen behandelt (vgl. Europa-Archiv S. 69—74 und S. 133 f.) und in der 8./9. Folge den Text des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplanes der Sowjet-Union gebracht haben (vgl. Europa-Archiv S. 445—456), veröffentlichen wir nun einen Archivbericht über die sowjetische Verbrauchsgüterwirtschaft. Die Verhandlungen zum Marshall-Plan, über die wir an anderer Stelle dieser Folge berichten, lassen den Ergebnissen der sowjetischen Wirtschaftspolitik auf diesem Gebiete besondere Bedeutung zukommen. *Co.*

Einführung

Der Aufbau der sowjetischen Volkswirtschaft erfolgte nach dem Leitgedanken, daß man zunächst die sogenannten vorgelagerten Stufen der Erzeugung (also die Grundstoffe und Produktionsmittel) entwickeln müsse und daß damit die Voraussetzungen für die nachfolgende Entfaltung der Verbrauchsgüterproduktion und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung — das eigentliche Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung — geschaffen würden. Damit wandte man sich grundsätzlich von dem Wege ab, den die russische Wirtschaft unter der Zarenherrschaft beschritten hatte. Damals war die Grundstoffgewinnung nur schwach entwickelt. Produktionsmittel wurden kaum im Lande hergestellt. Eine gewisse Bedeutung hatten aber angesichts des großen Marktes die Verbrauchsgüterindustrien erlangt — an erster Stelle unter ihnen die Textilindustrie mit ihren damaligen Produktionszentren um Moskau, Lodz, Bialystok, in den baltischen Ländern und so weiter. Allerdings gründeten sich diese Industrien nur teilweise auf Rohstoffe des eigenen Landes, obwohl für ihre Herstellung die besten Möglichkeiten bestanden, und noch weniger auf eigene Produktionsmittel.

Die Vorstellungen, von denen die sowjetische Wirtschaftspolitik ausgeht, werden in der Nationalökonomie unter dem bekannten Begriff des Produktionsumweges zusammengefaßt. Dieser sollte nach verhältnismäßig kurzer Zeit eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Gebrauchs- und Verbrauchserzeugnissen aller Art, mit Wohnungen, Kulturgütern und so weiter herbeiführen, und für eine spätere Zeit wurde an Gütern und Leistungen, die für den unmittelbaren Verbrauch bestimmt sind, sogar die Fülle vorausgesagt.

Die unbestreitbaren Erfolge, die die sowjetische Volkswirtschaft unter den Fünfjahresplänen errungen hat, haben — was die Versorgung der Konsumenten anbelangt — vor dem Kriege vor allem in einer allmählichen Verbesserung der Ernährungsverhältnisse und schließlich in einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion bestanden. In bestimmten Landesteilen und in gewissen Erzeugnissen war auch der Zustand der Fülle erreicht — freilich oftmals hervorgerufen durch Mängel im Handels- und Transportsystem, die den Abfluß der Waren in solche Gebiete behinderten, in denen die Nachfrage noch keineswegs gedeckt war. In der Versorgung mit industriell hergestellten Verbrauchsgütern war man vor dem Kriege trotz der auch hier erreichten Fortschritte noch längst nicht so weit wie in der Ernährung, was zum Teil in der Natur der Sache lag. Die neu geschaffenen Investitionsgüterindustrien mußten auf einen Stand gebracht werden, der sie befähigte, die Produktionsmittel für die Konsumgüterindustrien in ausreichendem Maße zu liefern, was mehr Schwierigkeiten machte und eine längere Zeit in Anspruch nahm, als man ursprünglich angenommen hatte.

Wie stark sich die Bedeutung der einzelnen Industriezweige unter dem von der sowjetischen Wirtschaftspolitik eingeschlagenen „Produktionsumweg" verändert hat und sich ihre Gewichte innerhalb des industriellen Apparates verschoben haben, zeigt recht deutlich die folgende Übersicht (nach J. *Luganin:* „Die Sowjetindustrie. Ihre Planung, Leitung und Entwicklung". Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1947, S. 6):

Anteil der vier größten Industriezweige an der industriellen Bruttoproduktion (in v. H.)

	1913	1929	1938
Maschinenbau	8,9	13,0	31,7
Nahrungsmittelindustrie	35,7	24,5	18,7
Textilindustrie	21,7	20,6	10,6
Chemische Industrie	2,8	2,5	6,4
Sonstige Industrien	30,9	39,4	32,6
	100,0	100,0	100,0

Der Krieg hat die Sowjet-Union durch die Umstellung ihrer Industrie auf die Bedürfnisse der Armee, durch die Besetzung weiter Landesteile, durch die großen Zerstörungen erheblich zurückgeworfen. Um so mehr überrascht es, daß unter dem neuen — dem vierten — Fünfjahresplan (1946 bis 1950) die Kriegsschäden in Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Handel rasch überwunden und die Vorkriegszahlen in der Versorgung der breiten Bevölkerungsmassen mit Nahrungsmitteln und Industriewaren nicht nur schon in den ersten Jahren wieder erreicht, sondern bis zum Ende des Planjahrfünfts sogar weit übertroffen werden sollen. Der sowjetischen Volkswirtschaft ist also ein außerordentlich ehrgeiziges Ziel gesteckt. Es ist, zumal mit unseren Erkenntnismitteln, schwer zu beurteilen, ob dies erreicht werden wird. Es ist jedoch möglich, ein Bild von der Entwicklung der sowjetischen Verbrauchsgüterwirtschaft wenigstens in großen Zügen zu entwerfen und aufzuzeigen, was die gesteckten Ziele im einzelnen bedeuten. Als Repräsentanten der Verbrauchsgüterwirtschaft sollen dabei einige ihrer wichtigsten Gruppen — die Textilwirtschaft, die Schuhwirtschaft und der Einzelhandel — herangezogen werden.

Die Verbrauchsgüterproduktion

Die Ziele des neuen Fünfjahresplanes

Unter dem neuen Fünfjahresplan soll die Erzeugung der Textilindustrie, anderer Leichtindustrien und der Lebensmittelindustrie (dieser Kreis ist etwa mit dem identisch, was wir als Verbrauchsgüterindustrie zu bezeichnen pflegen) den Vorkriegsstand nicht nur wieder erreichen, sondern ihn bis zum Jahre 1950 übertreffen. Zu beachten ist dabei, daß das Gebiet der Sowjet-Union und die Bevölkerung inzwischen erheblich gewachsen sind Durch die Gebietserweiterungen (die baltischen Länder, die Karpatho-Ukraine. Teile Finnlands, Polens, Ostpreußens, Rumäniens) soll die Zahl der Einwohner um rund 20 Millionen zugenommen haben. Dazu kommt der natürliche Bevölkerungszuwachs, der in der Sowjet-Union seit jeher sehr kräftig ist (1)*). Eine erhebliche Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion ist bereits notwendig, um nur 1950 die Versorgung je Kopf auf den früheren Stand zu heben. Erst eine Erzeugungszunahme, die über den Bevölkerungszuwachs hinausgeht, macht eine bessere Versorgung des einzelnen möglich.

Darüber hinaus bedeutet aber der neue Fünfjahresplan einen gewissen Wechsel der produktionspolitischen Linie, der besonders den Verbrauchsgüterindustrien zugute kommen dürfte. Es ist nämlich eine gewisse Auflockerung des Produktionsapparates vorgesehen:

Erstens soll die sogenannte lokale Industrie, die lokale, das heißt örtlich begrenzte Rohstoffvorkommen auswertet und lokale Produkionsmöglichkeiten nutzt, erheblich ausgedehnt werden. Die Erzeugnisse dieser lokalen Industrie sollen auch lokal verwertet werden; sie sollen also denen unmittelbar zugute kommen, die diese Industrien entwickeln und in ihr arbeiten. Den einzelnen Gemeinden, Rayons und so weiter soll auf diese Weise die Möglichkeit gegeben werden, ihr Los unabhängig von den großen Fünfjahresplänen oder besser gesagt: zusätzlich zu ihnen zu verbessern. Man rechnet beispielsweise mit einer zusätzlichen Gewinnung von Torf und Kohle, einer Förderung der Wohnungsbautätigkeit, einer zusätzlichen Erzeugung von Verbrauchsgütern, Haushaltsgegenständen, Möbeln, landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln sowie verbesserten Reparaturmöglichkeiten durch Ausbau der für die lokalen Bedürfnisse arbeitenden Wirtschaft.

Zweitens sollen die Produktionsgenossenschaften, also von Genossenschaften getragene Industrie- und Handwerksbetriebe einen mächtigen Aufschwung nehmen. Sie spielten bisher neben der staatlichen Industrie keine große Rolle und beschränkten sich vielfach auf die Ausführung von Aufträgen, die die staatlichen Betriebe erteilten. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie sich zu wenig um die lokalen Bedürfnisse gekümmert haben (2). Die Entwicklung der lokalen Erzeugungsmöglichkeiten steht übrigens mit der Förderung der Produktionsgenossenschaften teilweise in engem Zusammenhang: denn die örtlichen Möglichkeiten sollen mit ihrer Hilfe erschlossen werden.

Im neuen Fünfjahresplan sollen die Produktionsgenossenschaften sogar zu Konkurrenten der großen Staatsbetriebe heranwachsen, und der Staat soll beabsichtigen, genossenschaftlich organisierten Kaufleuten, Fabrikanten und Handwerkern bedeutende Chancen und lohnende Gewinne einzuräumen. Es heißt aber dabei, daß er es nicht zulassen werde daß unter der Maske der Genossenschaft eine private Wirtschaft wiederersteht.

Aus alledem könnte man vielleicht folgern, daß der neue Fünfjahresplan den Verbrauchssektor besonders zu fördern gewillt sei. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu. Ebenso wie in den früheren Fünfjahresplänen ist auch im vierten Fünfjahresplan die Verbrauchsgüterproduktion in die zweite Linie gedrängt. Man erkennt dies leicht an den wenigen folgenden Zahlen:

*) Die Zahlen in Klammern weisen auf die im Anhang beigefügten Anmerkungen hin.

Die gesamte Industrieproduktion soll 1950 den Vorkriegsstand von 1940 um 48 v. H. übersteigen; die Gesamtmenge der zum Verkauf an die Bevölkerung gelangenden Industriewaren soll dagegen nur um 36 v. H. höher sein als damals. Das bedeutet, daß die Erzeugung von Grundstoffen und Produktionsmitteln sehr viel mehr als um 48 v. H. zunehmen soll. Zudem steht die Angabe über die Zunahme der Verbrauchsgüterproduktion im Widerspruch zu einer anderen Zahl: der Verbrauch, gemessen an den Einzelhandelsumsätzen, soll, wie später noch ausführlicher dargelegt wird, im Jahre 1950 um 28 v. H. über dem Stand von 1940 — in vergleichbaren Preisen gerechnet — liegen. In dieser Rechnung sind Nahrungsmittel, die nicht industriell weiterverarbeitet werden, ebenso enthalten wie Industriewaren. Eine Zunahme der Industriewarenversorgung um 36 v. H. würde also bedeuten, daß die Steigerung des Konsums nicht industriell verarbeiteter Nahrungsmittel (Eier, Milch, Obst, Gemüse) weit unter der durchschnittlichen Erhöhung von 28 v. H. bliebe, was aber als völlig unwahrscheinlich bezeichnet werden muß.

Auch aus anderen Anzeichen ist eindeutig zu erkennen, daß den Grundstoffen und den Produktionsmitteln, vor allem aber der Schwerindustrie, die erste Rolle auch im vierten Fünfjahresplan zuerkannt ist. Sicher ist es richtig, daß ohne deren beschleunigte Wiederherstellung und Förderung eine rasche Überwindung der Kriegsschäden (zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen, in anderen Industriezweigen, in der Bauwirtschaft) nicht möglich wäre. Dazu kommt noch die Bedeutung der Schwerindustrie für die Rüstungen. In der bereits erwähnten recht instruktiven Schrift von J. *Luganin:* „Die Sowjetindustrie. Ihre Planung, Leitung und Entwicklung" heißt es auf Seite 41: „Das nächste Ziel der staatlichen Planung ist die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, die Unterordnung des gesamten Planes unter diese Aufgabe, um die Integrität und die Unabhängigkeit des Landes vor möglichen Angriffen irgendeines Aggressors zu schützen." Die sowjetische Industrie wird unter dem vierten Fünfjahresplan gewiß wieder auf die Friedenswirtschaft umgestellt; „aber die Aufgabe, die Verteidigungskraft des Landes weiter zu stärken, darf dabei nicht vergessen werden."

Kommt also auch im vierten Fünfjahresplan die Verbrauchsgüterwirtschaft trotz der verschiedenen Maßnahmen, die zu ihrer Entfaltung ergriffen werden sollen, erst an zweiter Stelle, so besteht darüber hinaus der Zweifel, ob die gesteckten Ziele erreicht werden können. In vielleicht stärkerem Grade als die anderen Industriezweige sind die Verbrauchsgüterindustrien erfahrungsgemäß von der Versorgung mit elektrischer Energie abhängig. Die Elektrizitätserzeugung wird im Plan für 1950 mit 82 Milliarden kWh angegeben. Hier scheint sich ein überaus gefährlicher Engpaß zu offenbaren. Ein zweiter Engpaß dürfte die Versorgung mit Maschinen (sowohl Reparatur als auch Neubau) sein.

Die angeführte Schrift von J. Luganin macht uns (Seite 29 ff.) in Umrissen mit einem auf weitere Sicht gerichteten Plan bekannt, den *Stalin* in einer Wahlrede am 9. Februar 1946 entwickelt hat (vgl. Europa-Archiv S. 15). Nur unter der Bedingung, daß die Sowjet-Union jährlich 50 Millionen Tonnen Roheisen, 60 Millionen Tonnen Stahl, 500 Millionen Tonnen Kohle und etwa 60 Millionen Tonnen Rohöl erzeugen kann, ist nach Stalins damaligen Ausführungen das Land gegen alle Zufälle gesichert. Die gesamte Industrieproduktion soll in Fünfjahresfrist gegenüber dem Vorkriegsstand verdreifacht werden, was ungefähr auch für die Leicht- und die Nahrungsmittelindustrie (also die Verbrauchsgüterindustrien) gelten soll. „Durch die Verwirklichung dieses Planes wird es möglich sein, im Sowjetlande einen noch nie und nirgends dagewesenen Überfluß an allen Gebrauchsgegenständen zu schaffen."

Die Textilwirtschaft

In der Textilwirtschaft hat die Sowjet-Union unzweifelhaft Erfolge erzielt, die sich in erster Linie auf die Rohstoffproduktion, weniger auf die verarbeitenden Industrien erstrecken. Daher bestand schon in den Jahren vor dem Kriege ein ziemlich starkes Mißverhältnis zwischen beiden Stufen, was in erster Linie für die Baumwollwirtschaft — den bei weitem wichtigsten Teil der Textilwirtschaft — galt. Die Beseitigung dieses in der Sowjet-Union übrigens häufig kritisierten Mißverhältnisses zwischen der Rohstofferzeugung und den nicht ausreichenden Verarbeitungsmöglichkeiten ist offensichtlich in vieler Beziehung auch heute der Schlüssel zur Entfaltung der sowjetischen Textilwirtschaft. Durch die Kriegsschäden in der Industrie ist dieses Mißverhältnis jedoch noch gewachsen. An dieser Situation hat sich auch nicht viel dadurch geändert, daß durch die Gebietsausdehnung auch die Kapazität der Textilindustrie größer geworden ist; denn die fraglichen Betriebe haben gleichfalls zum größten Teil durch den Krieg schwer gelitten, und zudem hat die zu versorgende Bevölkerung zugenommen. Inwieweit die Möglichkeit, in den besetzten Ländern eigene Rohstoffüberschüsse verarbeiten zu lassen, eine Entlastung der sowjetischen Textilindustrie bietet, läßt sich nicht genau übersehen. Die Mengen, die beispielsweise in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verarbeitet werden, sind — an der sowjetischen Textilrohstoffproduktion gemessen — sehr bescheiden; überdies scheinen die daraus hergestellten Erzeugnisse mehr zum Export in dritte Länder als zur Versorgung der Sowjet-Union selbst bestimmt zu sein.

Die Rohstofferzeugung

Baumwolle: Mit einer Erzeugung von fast 900 000 Tonnen war die Sowjet-Union vor dem Kriege einer der größten Baumwollproduzenten der Welt. Nach den Vereinigten Staaten und Indien stand es an der dritten Stelle und hatte einen der ältesten Produzenten — China — bereits überflügelt. Wenn die vorliegenden Zahlen richtig sind, nahm die Sowjet-Union 1945/46 sogar den zweiten Platz ein.

Die Weltbaumwollerzeugung
(in Millionen Ballen)

	1937/38	1945/46 (ungefähre Angaben)
Welt insgesamt	37,5	19,5—20,7
davon: Vereinigte Staaten	18,9	8—9
Indien	4,9	3,4
Sowjet-Union	3,7	3,7—4,0
China	3,1	0,7
Brasilien	1,9	1,8

An der Welterzeugung von Baumwolle hatte die Sowjet-Union 1937/38 einen Anteil von rund 10 v. H. Während des Krieges mußte der Baumwollbau zwar zugunsten der Nahrungsmittelproduktion eingeschränkt werden; aber sogleich nach Kriegsende ist die Baumwollkultur wieder ausgedehnt worden, und der Vorkriegsstand ist heute vielleicht schon überschritten. An der Welterzeugung gemessen, hat sich die sowjetische Position — infolge des Rückganges der Produktion in anderen Ländern — erheblich verbessert. Der sowjetische Anteil hat sich 1945/46 in der Größenordnung von etwa 20 v. H. bewegt.

Für 1950 ist eine Erzeugung von 3,1 Millionen Tonnen Rohbaumwolle vorgesehen; das entspricht einer Fasermenge von 1,0 bis 1,15 Millionen Tonnen, also etwa 10 v. H. mehr als vor dem Kriege. Damals war für 1947 die Erzeugung von 1,8 Millionen Tonnen vorgesehen. Eine weitere Ausdehnung der Baumwollerzeugung wäre wohl auch nicht sinnvoll, solange die Baumwollindustrie nicht nennenswert ausgedehnt ist und, wie in den letzten Jahren vor dem Krieg und noch gegenwärtig, als Engpaß zwischen Rohstoffproduktion und Fertigwarenverbrauch steht, es sei denn, daß die Sowjet-Union immer stärker zum Baumwoll-Export übergehen will.

Die Baumwollerzeugung in der Sowjet-Union
(in 1000 t, entkernt)

1912/13	205,8	1929/30	277,3
1913/14	233,5	1930/31	344,5
1914/15	282,7	1931/32	399,6
1915/16	332,2	1932/33	393,7
1916/17	241,5	1933/34	409,1
1917/18	131,2	1934/35	376,9
1918/19	124,7	1935/36	487,8
1919/20	95,4	1936/37	770,2
1920/21	12,6	1937/38	820,1
1921/22	9,3	1938/39	835,1
1922/23	11,9	1939/40	893
1923/24	42,7	1940/41	800 - 900
1924/25	98,2	1941/42	etwa 700
1925/26	169,6	1944/45	620 - 650
1926/27	179,9	1945/46	810 - 870
1927/28	237,6	1950 (Plan)	1000-1150
1928/29	254,6		

Die gegenwärtige Phase der sowjetischen Baumwollwirtschaft ist weniger auf Expansion als auf eine Intensivierung gerichtet, die in der Steigerung der Hektarerträge, in der Ausdehnung der bewässerten Anbauflächen, in der Mechanisierung von Aussaat und Ernte, in der besseren Vorbereitung der Böden, in der Wahl ertragreicherer und feinerer Sorten, in der Züchtung neuer Baumwollarten, allem Anschein nach auch in einer gewissen Konzentration der Baumwollkultur auf die klimatisch und sonst besonders geeigneten Gebiete, vor allem auf die zentralasiatische Föderative Republik Usbekistan, besteht. Von der Ernte der Jahre 1945/46 (810 000 bis 870 000 Tonnen) sind auf Usbekistan allein 390 000 Tonnen, also fast die Hälfte entfallen, und bis 1953 soll dort die Produktion auf 800 000 Tonnen erhöht werden.

Für 1950 vorgesehene Baumwollanbauflächen in der Sowjet-Union
(in 1000 ha)

Usbekistan	955
Aserbeidschan	155
Turkmenistan	145
Tadschikistan	112
Armenien	15
Kirgisistan	53
Kasakstan	85,4
andere Gebiete	1 779,6
insgesamt	3 300,0

Die Verteilung der Anbauflächen läßt wegen der verschiedenen Höhe der Hektarerträge, die ihrerseits von dem Stand der Bewässerung, dem Klima und anderen Faktoren abhängen, nur sehr bedingt einen Schluß auf die Verteilung der Erzeugung zu.

Die Erfolge, die in der Sowjet-Union in der Züchtung neuer Baumwollsorten erreicht worden sind, wurden insbesondere durch Nachrichten beleuchtet, nach denen es gelungen sei, farbige Baumwolle zu erzeugen bei gleichzeitig guter Qualität der Faser, hoher Ertragsfähigkeit der Pflanzen und Immunität gegen Krankheiten. Die natürlichen Farben sollen sich auch im Gebrauch als unzerstörbar erwiesen haben. Aus den Abfällen dieser Baumwollsorten läßt sich den Berichten zufolge sogar naturfarbige Kunstseide herstellen. Aber für die Textilwirtschaft fast noch revolutionierender erscheint die Nachricht, daß in der Sowjet-Union eine Baumwollsorte gezüchtet worden sei, deren Eigenschaften sich denen der Wolle nähern. Ein ungeübtes Auge sei nicht in der Lage, diese Sorte von Wolle zu unterscheiden.

Flachs: Die bedeutende, geradezu monopolartige Stellung, die Rußland schon vor dem ersten Weltkrieg in der Erzeugung und dem Handel mit Flachs in der Welt einnahm braucht nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. In der Sowjet-Union ist diese Position aus vielerlei Gründen vernachlässigt worden, und erst später hat man sich der Pflege des Flachses wieder angenommen.

Die Flachserzeugung in der Sowjet-Union
(Fasern, in 1000 t)

1909/14	418,7	1935	551,2
1913	425,9	1936	530
1924	296,3	1937	574
1931	553,3	1938	546
1932	500,0	1940	583
1933	548,0	1942 (Plan)	850
1934	532,8	1950 (Plan)	800

Im dritten Fünfjahresplan, der mit dem Jahre 1942 abschließen sollte, aber durch den Krieg unterbrochen wurde, war eine Steigerung der Fasererzeugung auf 850 000 Tonnen vorgesehen. Unter dem vierten Fünfjahresplan wird für 1950 ein Ziel von nur 800 000 Tonnen gesteckt, was verhältnismäßig niedrig erscheint, wenn man bedenkt, daß die für den Flachsbau wichtigen Gebiete der baltischen Staaten und des östlichen Polen, die vor dem Kriege allein bis zu rund 100 000 Tonnen jährlich produzierten, jetzt auch zur Sowjet-Union gehören. Dieser Umstand dürfte sich aber durch die Kriegszerstörungen in diesen Gebieten vollauf erklären. Im übrigen ist man auch beim Flachs um eine Intensivierung der Erzeugung (bessere Sorten, höhere Hektarerträge, bessere Fruchtfolge und Düngung) sowie um eine Vermehrung und Verbesserung der Aufbereitungsanlagen bemüht, um die Ernte aufnehmen zu können und gleichzeitig den Anteil der Langfasern zu erhöhen und den des Wergs zu vermindern.

Praktisch sind die Möglichkeiten der Erzeugung von Flachs und anderen Bastfasern (Weichhanf und ähnliche Sorten) in der Sowjet-Union nahezu unbegrenzt.

Sonstige Textilrohstoffe: Vor dem Kriege hat die Sowjet-Union ihren Wollbedarf im eigenen Lande nicht voll gedeckt. 1937/38 mußten 15 bis 20 v. H. durch Einfuhren aus dem Auslande beschafft werden, obwohl es damals gelungen war, die Schafbestände nach dem scharfen Rückgang Anfang der dreißiger Jahre wieder zu erhöhen. Der Schafbestand betrug 1929: 147 Millionen, 1933: 45 bis 50 Millionen und 1938: 84.5 Millionen. Er ist bis zum Kriegsausbruch (1941) sicher noch gewachsen, aber durch den Krieg wieder erheblich vermindert worden. Der sowjetische Kriegsschadenbericht meldet einen Verlust von 27 Millionen Schafen und Ziegen (vgl. Europa-Archiv S. 683). Erfahrungsgemäß ist aber die Wollerzeugung nicht allein vom Bestand an Schafen abhängig, sondern fast noch mehr von dem durchschnittlichen Wollertrag je Schaf, und schließlich wird die Wollversorgung auch von der Güte der gewonnenen Wolle bestimmt. Da das Schaf in der Sowjet-Union zum großen Teil nicht in erster Linie der Wollgewinnung wegen gehalten wird, sondern Fleisch-, Milch- und Fetterzeugung vielfach im Vordergrund stehen, überrascht es nicht, daß die Wollerträge niedrig waren und der Anteil der feinen Wollsorten am gesamten Anfall vor dem Krieg in der Größenordnung von 12 v. H. lag. Doch hatte man die Bedeutung einer quantitativen und qualitativen Steigerung des Wollertrages durch Züchtung geeigneter Schafrassen, durch bessere Zuchtwahl und Auslese erkannt, und man beabsichtigt, unter dem neuen Fünfjahresplan entsprechend zu handeln. So wird beispielsweise aus Kasakstan von der Züchtung einer neuen Sorte feinwolliger Schafe berichtet, die 4,3 bis 7,6 Kilogramm Wolle jährlich bei einer Faserlänge von 8,7 bis 9,8 Zentimeter liefern. Daß die Sowjet-Union nach der entsprechenden Vorbereitung (Aufbau der Herden, Sorge für Winterstallung und -fütterung) in der Lage ist, Wolle in großem Umfang zu erzeugen und unter die führenden Wollproduktionsländer der Welt zu treten, kann nicht zweifelhaft sein.

Auch der Seidenbau soll im neuen Fünfjahresplan ausgedehnt werden. Für die Kokonerzeugung, die 1937 20 100 Tonnen, 1938 22 000 bis 23 000 Tonnen und 1944 20 000 Tonnen betragen hat, ist für 1950 eine Menge von 29 000 Tonnen vorgesehen. Dabei will man diese Kultur möglichst weit nach Norden (bis in die Gegend von Moskau und Gorki) verlegen. Die Züchtung von Maulbeerbäumen mit besonders nahrhaften und lange frisch bleibenden Blättern soll gefördert und daneben sollen andere Bäume und Sträucher für die Seidenzucht herangezogen werden — außer der bereits in diesem Zusammenhang bekannten Eiche auch die Birke.

Schließlich verdienen noch die Kunstseiden- und Zellwollpläne des neuen Fünfjahresplanes erwähnt zu werden. Trotz der besonderen Eignung für die Erzeugung natürlicher Textilrohstoffe und der geradezu unübersehbaren Möglichkeiten auf diesem Gebiete wendet sich auch die Sowjet-Union den industriell gewonnenen Spinnstoffen zu — eine Entwicklung, die in gleicher Weise in fast allen anderen Ländern zu verzeichnen ist.

1938 war die Kunstseidenerzeugung mit 8000 Tonnen (bei einem hohen Anteil von „Ausschuß") nur gering. Es bestanden nur vier Fabriken; einige weitere befanden sich im Aufbau oder waren projektiert. Die Kunstseiden- und Zellwollproduktion soll 1945 bereits 22 174 Tonnen betragen haben und ist für 1950 auf 102 000 Tonnen festgesetzt, wobei zu bemerken ist, daß dieses Ziel bereits für das Ende des dritten Fünfjahresplanes (1942) in Aussicht genommen war.

Die Textilindustrie

Vor dem Krieg war die Textilindustrie der Sowjet-Union — wie bereits angedeutet — zu klein, um die anfallenden Rohstoffmengen verarbeiten und die Bevölkerung ausreichend mit Fertigwaren versorgen zu können. In der Baumwollindustrie erwies sich die Spinnerei, in der Wollindustrie die Weberei als eine besonders enge Stelle im Produktionsprozeß. Die zu geringen Leistungen des Textilmaschinenbaus wurden immer wieder scharf kitisiert.

Die maschinelle Ausrüstung der Textilindustrie der Sowjet-Union vor dem Kriege

Baumwollindustrie:		
Spindeln	1939	10 350 000
Webstühle	1936	250 000
Leinenindustrie:		
Spindeln	1936	372 000
Webstühle	1930	136 000
Wollindustrie:		
Spindeln	1934	434 000
davon:		
Streichgarnspindeln		175 000
Kammgarnspindeln		259 000
Wollwebstühle	1934	11 917

Durch den Krieg sind nach dem sowjetischen Kriegsschadenbericht 3 Millionen Spindeln und über 45 000 Webstühle zerstört worden.

Unter dem neuen Fünfjahresplan soll auch die Textilindustrie rasch ausgebaut werden. Schon im 1. Quartal 1948 soll der Vorkriegsstand der Spinnereiproduktion wieder erreicht sein, was nur durch eine erhebliche Steigerung der Leistungen in den verbliebenen Anlagen möglich sein dürfte. Der vierte Fünfjahresplan bestimmt für alle Zweige des Maschinenbaus und ausdrücklich auch für die Textilmaschinenindustrie ein beschleunigtes Entwicklungstempo (für Textilmaschinen auf das Vierfache des Vorkriegsstandes). Die Industrie soll 1950 in der Lage sein, 1,4 Millionen Spindeln und 25 000 Webstühle zu liefern.

Vorerst freilich — bevor dieser Ausbau erreicht ist — sind die Leistungen geringer. Im Laufe des gegenwärtigen Fünfjahresplanes sollen 2 860 000 Spindeln und 63 000 Webstühle aufgestellt werden. Damit würden die Kriegsverluste in der Spinnerei knapp ausgeglichen sein, in der Weberei würde sich ein Überschuß ergeben. Allerdings sind die Angaben über den Wiederaufbau der Baumwollspinnerei, die — wie erwähnt — schon seit langem zu klein ist und die infolge ihrer großen Bedeutung die Entfaltung der gesamten sowjetischen Textilindustrie stark behindert, insofern ent-

täuschend, als bis 1950 erst ein Bestand von über 8 Millionen Spindeln erreicht werden soll, gegenüber 10,4 Millionen im Jahre 1939 und gegenüber dem Ziel des durch den Krieg unterbrochenen dritten Fünfjahresplanes von fast 12 Millionen. Darum ist es leicht verständlich, daß mit der neuen Industrialisierungswelle eine starke Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Textilindustrie erstrebt wird — allein im gegenwärtigen Planjahrfünft um 60 v. H. Durch bessere und modernere Textilmaschinen, durch eine Reihe neuer Spezialmaschinen, durch bessere Reparaturmöglichkeiten soll die Arbeit in der Textilindustrie weitgehend mechanisiert werden. Dies gilt übrigens auch als Voraussetzung für die notwendige Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und die gleichfalls erforderliche Verbreiterung der textilen Herstellungsprogramme. In diesem Zusammenhang verdienen die Berichte Interesse, nach denen schon die Sommerstoffe 1947, die nach der Umstellung der Industrie von der Kriegs- auf die Friedensproduktion hergestellt worden sind, erheblich besser und geschmackvoller gewesen seien als die Erzeugnisse früherer Jahre.

Es kann kein Zweifel sein, daß eine Leistungssteigerung in der sowjetischen Textilindustrie bedeutende Produktionsreserven zu mobilisieren vermag; ob das aber schon innerhalb des gegenwärtigen Fünfjahresplanes, der noch mit vielen Nachkriegsschwierigkeiten zu kämpfen hat, in stärkerem Maße gelingt, ist eine Frage, deren genaue Beantwortung dem Außenstehenden erst später möglich sein wird. Eine durchgreifende Erhöhung der textilindustriellen Produktion erscheint jedoch erst nach einem umfassenden Ausbau des Textilmaschinenbaus möglich, der sich nicht nur auf die Errichtung neuer Werke, sondern auch auf den Ersatz der vielen überalterten Industrieausrüstungen erstrecken müßte.

Mit dem Ausbau der sowjetischen Textilindustrie eng verbunden ist ein zweites Ziel der neuen Industrialisierungsphase, auf das schon vor dem Kriege hingearbeitet wurde und das heute und künftig im Vordergrunde stehen soll: die Verlagerung der Industrie nach Osten, in die Rohstoffgebiete und die immer bedeutender werdenden Verbrauchszentren in Mittelasien, Sibirien und dem Kaukasus. Fast alle neuen Fabriken werden in Gebieten errichtet, in denen die Textilindustrie vor der Oktoberrevolution nicht vertreten war und auch jetzt erst wenig entwickelt ist.

Die Textilfertigwarenerzeugung

Die zur Verfügung stehenden Angaben über die im vierten Fünfjahresplan angestrebte Erzeugung von Textilfertigwaren sind in der folgenden Übersicht in Verbindung mit früheren Produktionszahlen zusammengestellt. Es handelt sich zwar nur um wenige Erzeugnisse; doch nehmen sie eine beherrschende Stellung ein.

Da die Bevölkerung gewachsen ist, verdient die Erzeugung je Kopf besonderes Interesse, wenngleich man wissen muß, daß die Gewebe nicht nur für die Bekleidung, sondern auch für viele andere (zum Beispiel auch technisch-industrielle) Zwecke benötigt werden. Zudem haben die Ergebnisse solcher Durchschnittsberechnungen erfahrungsgemäß stets einen stark fiktiven Charakter. Überdies ist zu beachten, daß in der Übersicht nur die Produktion der staatlichen Industrie berücksichtigt wird; dazu tritt die allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fallende Erzeugung der kleinen genossenschaftlich organisierten Hersteller und die hausgewerbliche Eigenerzeugung von Garnen, Geweben und Strickwaren, von deren Umfang man sich freilich kein genaues Bild machen kann, die aber in einem noch immer stark agrarisch orientierten Land wie der Sowjet-Union mit weiten Gebieten kolonialen Charakters höchstwahrscheinlich eine recht wichtige Rolle für die Versorgung gewisser Teile der Bevölkerung spielt.

Die industrielle Erzeugung von Textilfertigwaren in der Sowjet-Union

Jahr	Baumwollgewebe		Leinen- und Halbleinengewebe		Woll- und Halbwollgewebe		Seidengewebe		Strümpfe und Socken	
	Millionen m	m je Kopf	Millionen qm	qm je Kopf	Millionen m	m je Kopf	Millionen m	m je Kopf	Millionen Paar	Paar je Kopf
1913	2.200	15,7	119	0,8—0,9	95	0,7	43	0,3	—	—
1928	2,750	18,5	184	1.2	98	0,7	10	0,1	—	—
1929	3,000	19,7	177	1.2	101	0,7	13	0,1	—	—
1932	2,700	16,5	134	0,8	88,7	0,5	21,5	0,1	208	1,3
1933	2,700	16,3	140,5	0,9	86,1	0,5	26	0,2	250,9	1,5
1934	2,710	16,3	—	—	78	0,5	31	0.2	323	2,0
1935	2,600	15,6	210	1,3	84.3	0.5	38	0,2	354	2,1
1936	3,200	19,0	278	1,7	97,5	0,6	50,6	0,3	—	—
1937	3,450	20,4	285,2	1,7	108,3	0,6	59	0,3	409,1	2,4
1938	3,500	20,6	272,2	1,6	114	0,7	59	0,3	440*)	2,6
1939	3.660	21,4	260—265	1,5	121	0,7	68	0,4	425**)	2,5
1940	3,800	22,1	—	—	120	0,7	61—64	0,4	462,5**)	2,7
1942**)	4,900	28,0	380	2,2	177	1,0	64—66	0,4	—	—
1945	—	—	—	—	62.3	0.3	—	—	—	—
1946	—	—	—	—	78,3***)	0,4	—****)	—	—	ca. 1,0
1950**)	4,686	23,5	—	—	159,4	0,8	141	0,7	580	2,9

*) Vorläufig. **) Plan. ***) Laut *Nachrichten für den Außenhandel* vom 1. Februar 1947 soll die Erzeugung von Wollfabrikaten in der Sowjet-Union im Jahre 1947 auf 82 vom Hundert des Vorkriegsstandes steigen und im Jahre 1948 den Vorkriegsstand wieder erreichen. ****) Laut *Nachrichten für den Außenhandel* vom 25. Januar 1947 soll die sowjetische Seidenindustrie im Jahre 1947 die Höhe ihrer Vorkriegsproduktion wieder erreichen.

Wie dem aber auch immer sei: die für 1950 festgesetzte industrielle Erzeugung von Baumwollgeweben, Wollgeweben sowie Strümpfen und Socken liegt — auf den Kopf der Bevölkerung bezogen — nur ganz wenig über dem im letzten Vorkriegsjahr (1940) erreichten Stand. Die Förderung der lokalen Produktion und der gewerblichen Genossenschaften unter dem neuen Fünfjahresplan dürfte an diesem Ergebnis nicht viel ändern. Nur in Seidengeweben ist ein größerer Fortschritt zu verzeichnen, was die Vermutung nahe legt, daß die Seidenindustrie ähnlich wie in anderen Ländern durch die Rüstung stark belebt worden ist. Sowohl in Baumwoll- als auch in Wollgeweben bleibt die für 1950 in Aussicht genommene Produktion unter den Ansätzen für den Schluß des dritten Fünfjahresplanes (1942), dessen Vollendung der Kriegsausbruch verhinderte. Auch in dieser Beziehung macht die Seidenindustrie eine günstige Ausnahme. (Für Strümpfe und Socken stehen die Planziffern für 1942 nicht zur Verfügung.) Diese wenigen Vergleichszahlen und die in der obigen Übersicht wiedergegebene Entwicklung seit 1913 beziehungsweise 1928 lassen erkennen, daß es trotz großer Anstrengungen nicht gelungen ist, die Versorgung der breiten Massen wesentlich zu verbessern, das heißt, die Fertigwarenerzeugung stärker zu steigern, als die Bevölkerung zugenommen hat. Selbst kleine Fortschritte in der Versorgung

mit Textilfertigwaren sind das Ergebnis großer Mühe gewesen.

Von den weitgesteckten Zielen, die vor dem Kriege für das Jahr 1950 bestanden (rund 13 Milliarden Meter Baumwollgewebe und 1,5 Milliarden Meter Wollstoffe), ist der gegenwärtige Fünfjahresplan, wie nach dem Kriege kaum anders erwartet werden kann, weit entfernt. Aber man kann heute schon die Frage stellen, ob der folgende (fünfte) Fünfjahresplan diese Ziele wird verwirklichen können. Dies mag bei günstiger Entwicklung aller Faktoren (besonders des Maschinenbaus) in der Baumwollindustrie nicht ausgeschlossen sein, in der Wollindustrie dagegen scheint ein starker Zweifel wohl berechtigt.

Die Schuhwirtschaft

Wie die folgende Übersicht erkennen läßt, hat die sowjetische Schuhindustrie unter den verschiedenen Fünfjahresplänen einen beachtenswerten Aufschwung genommen. Da ein Außenhandel mit Schuhen in nennenswertem Umfange nicht stattgefunden hat, kann man die Erzeugung mit der Inlandsversorgung gleichsetzen. Man sollte dabei nicht übersehen, daß die Erzeugung in den Jahren 1928/29 noch sehr niedrig war und daß die entscheidenden Fortschritte, die eine jährliche Versorgung von durchschnittlich wenigstens einem Paar je Kopf der Bevölkerung ermöglicht haben, erst sehr spät (1936/37) gemacht worden sind.

Bei der Beurteilung der Zahlen ist weiterhin zu berücksichtigen, daß die Berichte aus der Zeit vor dem Kriege über den hohen Anteil von Ausschußware an der Produktion klagen. Leder war in der Sowjet-Union immer knapp. Das Land mußte daher — was nur wenig bekanntgeworden ist — schon früh den Weg zu sogenannten Austauschmaterialien für Sohlen, Brandsohlen, Absätze, Kappen, Oberteile und so weiter beschreiten, und es ist leicht verständlich, daß darunter die Qualität der Erzeugnisse litt. Sodann wurden bestimmte Gruppen der Bevölkerung (Armee, Polizei, bestimmte Berufe, bestimmte Landesteile) bevorzugt mit Schuhen versorgt, so daß die in der Übersicht wiedergegebenen Zahlen über die Erzeugung (beziehungsweise Versorgung) je Kopf nicht mehr als einen Anhaltspunkt bedeuten können.

Die Erzeugung von Schuhen in der Sowjet-Union

Jahr	Schuhe (ohne Filz- und Überschuhe [Gummischuhe])		davon: Lederschuhe		Gummischuhe*)	
	in Millionen Paar	Paar je Einwohner	in Millionen Paar	Paar je Einwohner	in Millionen Paar	Paar je Einwohner
1928	29,6	0,2	24,4	0,16	37,5	0,3
1929	48,8	0,3	39,3	0,26	43,7	0,3
1930	75,4	0,5	61,1	0,4	42,4	0,3
1931	86,7	0,5	67,7	0,4	53,9	0,3
1932	86,9	0,5	82,0	0,5	64,7	0,4
1933	99,4	0,6	75,5	0,5	62,2	0,4
1934	85,4	0,5	69,2	0,4	65,0	0,4
1935	104,3	0,6	—	—	76,5	0,45
1936	139,9	0,8	—	—	—	—
1937	182,9	1,1	164,3	fast 1,0	84,6	0,5
1938	213,0**)	1,3**)	—	—	—	—
1942 (Plan)	258,0	1,5	—	—	—	—
1950 (Plan)	—	—	240,0	1,2	88,6	0,4

*) Zum größten Teil handelt es sich um sogenannte Galoschen, auf die zum Beispiel im Jahre 1935 55,2 Millionen Paar entfielen.

**) Vorläufige Zahl.

Es ist sicher nicht falsch, wenn man annimmt, daß der Normalverbraucher vor dem Kriege nur etwa alle zwei Jahre ein Paar neue Schuhe kaufen konnte; die Sowjet-Union blieb damit weit unter dem Standard Mittel- und Westeuropas.

Über die Entwicklung der Schuhwirtschaft im neuen Fünfjahresplan stehen zwar nur wenige Angaben zur Verfügung; sie reichen aber aus, um zu erkennen, daß mit großen Fortschritten gegenüber der Vorkriegszeit offenbar nicht gerechnet werden kann. Diese Tatsache wird kaum große Überraschung hervorrufen. Der sowjetische Kriegsschadenbericht spricht nicht nur von 160 im Krieg zerstörten oder beschädigten Gerbereien und Schuhfabriken, sondern auch von den großen Einbußen an Vieh. An Rindvieh, dessen Haut für die Schuherzeugung besonders wichtig ist, entstand allein ein Verlust von 17 Millionen Stück, das ist ein Drittel des Bestandes von 1938. (Vgl. Europa-Archiv S. 683.)

Für 1950 — das Schlußjahr des gegenwärtig laufenden Fünfjahresplanes — wird die Erzeugung an Lederschuhen, die stets das Rückgrat der Schuhversorgung darstellen, mit 240 Millionen Paar angegeben. Bei einer Bevölkerung von 200 Millionen sind das etwas mehr als ein Paar je Kopf, wobei die geschilderten Vorbehalte auch gegenüber diesem Durchschnittswert gemacht werden müssen. Wichtig ist ferner die Meldung, daß die für 1950 vorgesehene Erzeugung um rund 100 Millionen Paar über der Produktion von 1946 liegt. In vier Jahren müßte also die Sowjet-Union die Lederschuhherstellung nahezu verdoppeln, was nicht nur eine günstige Entwicklung der Viehbestände und der Ledererzeugung, sondern auch einen entsprechenden Ausbau der Produktion von Austauschmaterialien aller Art voraussetzt.

In der Tat ist unter dem neuen Fünfjahresplan außer dem Wiederaufbau der alten Produktionsanlagen die Errichtung von fünf Fabriken für Kunstleder, Sohlengummi und Schuheinzelteile in Sibirien, im Nordkaukasusgebiet und in Weißrußland vorgesehen, wobei besonders die Erzeugung von hochwertigem Kunstleder gesteigert werden soll. Auch die Kapazität der Schuhfabriken soll durch fünf neue große Werke (zum Beispiel in Kursk, Woronesch, Smolensk, Woroschilowgrad) erhöht werden.

Die Erzeugung von Gummischuhen (Galoschen) ist für 1950 mit 88,6 Millionen Paar nicht viel höher angesetzt als im Jahre 1937 (84,6 Millionen Paar) bei gleichzeitig erheblich gestiegener Einwohnerzahl. Der Umfang der Filzschuhfabrikation ist nicht bekannt. Neuerdings wird die Herstellung leichter Sommerschuhe offenbar stark gefördert, von denen 1947 die sehr ansehnliche Menge von 120 Millionen Paar auf den Markt gebracht werden soll, deren Haltbarkeit in der Regel freilich eine Saison nicht übersteigt.

Im ganzen erinnert die Schuhwirtschaft der Sowjet-Union in vielem an die deutsche Kriegs- und Nachkriegsentwicklung auf diesem Gebiet, was nicht besonders überraschend ist. Aus dem Mangel an Leder ergaben sich in beiden Ländern für die Schuhherstellung die gleichen Schwierigkeiten, aus denen allerdings die Sowjet-Union teilweise schon viele Jahre früher die Konsequenzen gezogen hat.

Sonstige Verbrauchsgüter

Aus den übrigen Bereichen der Verbrauchsgütererzeugung sind bisher nur wenig Angaben über die neuere Entwicklung und das im vierten Fünfjahresplan gesteckte Ziel bekanntgeworden.

Die Herstellung von Glas- und Porzellangeschirr wird im Jahre 1950 doppelt so hoch sein wie 1940, wobei zu beachten ist, daß auch sie vor dem Kriege noch keinen hohen Stand erreicht hatte. Die Papierproduktion soll bis 1950 die Vorkriegsleistung um 50 v. H., die Pappenerzeugung den damaligen Stand um 200 v. H. übersteigen. Über die Erzeugung von Uhren und Fahrrädern in der Sowjet-Union gibt nachfolgende Übersicht Aufschluß:

Jahr	Uhren		Fahrräder	
	insgesamt in 1 000 Stück	Stück je 1 000 Einwohner	insgesamt in 1 000 Stück	Stück je 1 000 Einwohner
1928/29	1,9	0,01	21,0	0,1
1931	3002	19	80,9	0,5
1932	3585,1	22	128,4	0,8
1933	4122,0	25	132,4	0,8
1934	4387,4	26—27	—	—
1935	4514,7	27	—	—
1938	—	—	385,6	2,3
1940	2581	15	229,0	1,3
1950 (Plan)	7400	37	1050,0	5,3

Der Einzelhandel †)

Der Stand vor dem Kriege

Der sowjetische Einzelhandel (der übrigens das Gaststättenwesen mitumfaßt) ruhte vor dem Kriege auf drei Säulen: dem Staatshandel, den Konsumgenossenschaften und dem Kolchosmarkthandel, von denen die beiden erstgenannten Gruppen, die den sogenannten sozialistischen Sektor bilden, weitaus am bedeutendsten waren. Dem Staatshandel war die Aufgabe übertragen, vor allem Städte und Industriezentren zu versorgen, während die Konsumgenossenschaften durch Beschluß der Sowjetregierung vom 29. September 1935 auf die Versorgung der Dörfer und weniger kleiner Städte zurückgedrängt worden waren. Ihre noch im ersten Fünfjahresplan beherrschende Stellung hatte man ihnen mit wachsender Kritik an ihrer Leistungsfähigkeit genommen. Die Versorgung der städtisch-industriellen Bevölkerung war der Regierung so wichtig, daß sie sich entschloß, für diese Aufgabe den eigenen Handelsapparat erheblich auszubauen. In den Städten arbeitete neben dem Staatshandel der sogenannte Kolchosmarkthandel, der etwa den in allen Ländern bekannten Wochenmärkten entspricht, auf denen in erster Linie landwirtschaftlich-gärtnerische Erzeugnisse wie Obst, Gemüse und so weiter verkauft werden. Auf den sowjetischen Kolchosmärkten werden Überschüsse der Kolchosen, der Hilfswirtschaften der Kolchosmitglieder und der Einzelbauern angeboten. Die Preisbildung sollte grundsätzlich „frei", also durch Angebot und Nachfrage bestimmt sein. Der Kolchosmarkthandel (teilweise auch etwas mißverständlich als freier oder privater Handel bezeichnet) wurde schon vor dem Kriege in vieler Beziehung als Fremdkörper in der sowjetischen Verteilungsorganisation angesehen, und es bestanden zweifellos mancherlei Mißstände. So waren zum Beispiel infolge der großen Entfernungen und ungünstigen Verkehrsverhältnisse die Bauern und Bäuerinnen durch die Besuche der Märkte zu häufig und zu lange ihrer eigentlichen Arbeit entzogen. Produktionsüberschüsse aus weiter entfernten Gebieten konnten nicht an die Märkte gebracht werden und gingen der Ernährung der Stadt- und Industriebevölkerung verloren. Das Angebot auf den Märkten selbst war unregelmäßig und häufig zu gering, so daß die Stadtverwaltungen in die grundsätzlich freie Preisbildung eingreifen mußten. Daher war der Wunsch, auch diesen Bereich des sowjetischen Einzelhandels besser zu organisieren, durchaus verständlich.

Eine gewisse Vorstellung von der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze in der Sowjet-Union und ihrer Verteilung auf die verschiedenen Gruppen, die — wie gezeigt wurde — gleichzeitig im wesentlichen einer Gliederung nach Stadt und Land entspricht, vermitteln die beiden folgenden Übersichten:

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze in der Sowjet-Union — sogenannter sozialistischer Sektor einschließlich Gaststätten) — (in Milliarden Rubel)*

1923/24	5,4**)	1936	106,8
1928	15,5**)	1937	125,9
1929	17,4**)	1938	140,0
1930	19,9**)	1939	167,5
1931	27,5	1940	176,5
1932	40,4	1941	197,0 (Plan)
1933	49,8	1946	166
1934	61,8	1947	234 (Schätzung)
1935	81,7	1950	275 (Plan)

*) Ohne Kolchosmarkthandel.

**) Einschließlich der Umsätze des damals noch bestehenden privaten Handels, die 1923/24 3,1 Milliarden Rubel, 1928 3,4 Milliarden Rubel betrugen. 1928 setzten sich die Umsätze wie folgt zusammen:

Staatshandel und Konsumgenossenschaften			
	Gaststätten	0,35	12,10
	Einzelhandel	11,75	
Privater Handel			3,40
	Insgesamt		15,50

†) Das Bild, das man sich von neueren Vorgängen und den Absichten unter dem vierten Fünfjahresplan machen kann, ist durch einen Bericht von W. *Moskmin*, „Der Sowjethandel im neuen Fünfjahresplan" *(Neue Welt*, 1. Jahrgang, Heft 16, Dezember 1946), wesentlich vervollständigt worden.

Gliederung der Einzelhandelsumsätze in der Sowjet-Union im Jahre 1938

		in Milliarden Rubel	in v. H.
Städte und Industriezentren			
Staatshandel		98,2*)	
davon Einzelhandel . .	87,1		
Gaststätten . .	11,1		
Sogenannter sozialistischer Sektor . .		98,2	59,8
Kolchosmarkthandel		24,3	14,8
zusammen		122,5	74,6
Dörfer			
Staatshandel		6,3*)	
Konsumgenossenschaften		35,5	
davon Einzelhandel . .	33,9		
Gaststätten . .	1,6		
Sogenannter sozialistischer Sektor . .		41,8	25,4
Insgesamt		164,3**)	100,0

*) Von dem Umsatz des Staatshandels (insgesamt 104,5 Milliarden Rubel) enthiel der bei weitem größte Teil (94,3 Milliarden Rubel) auf das Handelssystem des Volkskommissariats (Ministeriums) für Binnenhandel, der Rest von 10,2 Milliarden Rubel wurde durch Handelssysteme der Industriekommissariate (-ministerien) getätigt, unter denen wiederum dem Einzelhandelsnetz des Volkskommissariats für Lebensmittelindustrie (8,4 Milliarden Rubel) die größte Bedeutung zukam.

**) Vermindert man diesen Betrag um den Umsatz des Kolchosmarkthandels (24,3 Milliarden Rubel), so ergibt sich mit 140,0 Milliarden Rubel die in der vorhergehenden Übersicht für das Jahr 1938 genannte Umsatzzahl.

Bei einer Beurteilung der Höhe und Entwicklung der vorstehend genannten Zahlen muß man die Eigenart der sowjetischen Umsatzbesteuerung kennen, die nicht nur wichtige finanzwirtschaftliche Aufgaben erfüllt, sondern zu einem Instrument der — wie wir sagen würden — Verbrauchslenkung ausgebaut ist. Mit der Umsatzsteuer sind zwar alle Waren — Grundstoffe und Produktionsmittel ebenso wie die Verbrauchsgüter — belastet; doch sind die Steuersätze sehr verschieden. Sie machen bei Grundstoffen und Produktionsmitteln nur einige wenige Prozente des Preises aus, sind aber bei Verbrauchsgütern, die im Einzelhandel umgesetzt werden, ungleich höher, so daß das Umsatzsteueraufkommen zum entscheidenden Teile von diesen Waren herrührt und die Höhe des Einzelhandelsumsatzes in ungewöhnlichem Maße bestimmt. Um die tatsächliche Höhe und Entwicklung der Einzelhandelsumsätze zu ermitteln, wäre es notwendig, das von den Konsumgütern aufgebrachte Umsatzsteueraufkommen von den Einzelhandelsumsätzen abzusetzen. Leider steht die dafür notwendige Gliederung des Umsatzsteueraufkommens nicht zur Verfügung, so daß man sich mit einer ungefähren Berechnung begnügen muß, indem man den Einzelhandelsumsätzen das gesamte Aufkommen an Umsatzsteuer gegenüberstellt, wie dies in der folgenden Übersicht für die beiden Jahre 1928 und 1938 geschehen ist.

Einzelhandelsumsatz und Umsatzsteueraufkommen in der Sowjet-Union in den Jahren 1928 und 1938 (in Milliarden Rubel)

Jahr	*Einzelhandelsumsatz*	*Umsatzsteueraufkommen*	*Einzelhandelsumsatz vermindert um die Umsatzsteuer*
1928	15,5*)	2,4***)	13,1
1938	140,0**)	80,4	rd. 60

*) Einschließlich der Umsätze des damals noch bestehenden privaten Handels.

**) Ohne Kolchosmarkthandel.

***) Gesamtaufkommen an Steuern, die im September 1930 durch die Umsatzsteuer abgelöst wurden.

Daraus ergibt sich eine Zunahme des so „bereinigten" Umsatzes von 1928 bis 1938 um das 4- bis 5fache, während die „unbereinigten" Umsätze des sogenannten sozialistischen Sektors in der angegebenen Zeit um das 9fache gestiegen sind. Ist diese Rechnung auch bis zu einem gewissen Grade gewagt, so wird sie doch durch die erwähnte Arbeit von W. Moskwin in überraschender Weise bestätigt, nach dessen Angaben die Umsätze im Staats- und im Genossenschaftshandel von 1928 bis 1940 in Vergleichspreisen, das heißt unter Ausschluß der Preisbewegungen, in diesem Falle also des Preisanstieges, der zum entscheidenden Teile durch die Umsatzbesteuerung bedingt ist, um das 4,6fache gestiegen sind.

Freilich geht diese Berechnung von einem Jahr aus, in dem der Stand der Umsätze und der Versorgung der Verbraucher noch sehr niedrig war; 1928 war das erste Jahr des ersten Fünfjahresplanes. Eine Zunahme der Einzelhandelsumsätze in der folgenden Zeit mußte schon deswegen erfolgen, weil mit fortschreitender Industrialisierung und Zunahme der städtisch-industriellen Bevölkerung die Bedeutung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und Erzeugnissen des Hausgewerbes zwangsläufig zurückgegangen ist. Dies schließt jedoch nicht aus — worauf an anderer Stelle bereits hingewiesen wurde —, daß die Selbstversorgung in der Sowjet-Union auch heute noch eine größere Rolle spielt als etwa in Ländern des westeuropäischen Typs.

Der Einzelhandel im Kriege

Im Juli 1941 — also mit Kriegsbeginn — wurde in der Sowjet-Union die Rationierung eingeführt, die im Jahre 1935 mit dem Übergang vom sogenannten geschlossenen zum offenen Sowjethandel abgeschafft worden war. Darüber hinaus wurden im Kriege — neben der Förderung der Selbstversorgung der Bevölkerung durch Gartenbau und so weiter — auf dem Gebiete der Versorgung und des Einzelhandels vor allem zwei Maßnahmen ergriffen.

Die erste Maßnahme bestand in der Einrichtung von sogenannten Abteilungen für Arbeiterversorgung (Ors) in den Betrieben, die der bevorzugten Versorgung der Industriearbeiter dienen. Ihre Bedeutung ist während des Krieges rasch gewachsen. An der Versorgung mit Nahrungsmitteln hatten die Ors (nach W. Moskwin, a. a. O.) im ersten Vierteljahr 1945 folgende Anteile erreicht: bei Fleischprodukten 55 v. H., tierischen Fetten 42 v. H., Pflanzenölen 46,7 v. H., Zucker 34 v. H., Konditorwaren 29 v. H. Die Ors haben sich eigene Hilfswirtschaften angegliedert, das heißt die Industriebetriebe gliederten sich — um etwa in unseren Begriffen zu sprechen — nicht nur eine Art Werkskonsumanstalt an, sondern diese Einrichtung nahm auch die Eigenerzeugung von Nahrungsmitteln auf, indem sie selbst Ländereien bewirtschaftete, deren Erträge der Belegschaft zuflossen. Im übrigen konnte man in den Ors nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch industrielle Verbrauchsgüter kaufen.

Die zweite Maßnahme, von der hier zu berichten ist, wurde erst später ergriffen und bedeutet eine Reform des Kolchosmarkthandels. Wie an anderer Stelle erwähnt, war dieser Zweig des sowjetischen Einzelhandels schon vor dem Kriege ein Sorgenkind für die mit der Leitung und der Organisation des Handels betrauten Behörden. Es erwies sich im Kriege als unmöglich, die Kolchosmärkte gewissermaßen sich selbst zu überlassen, da die Preise zu stark gestiegen waren und der Abstand zu den staatlich festgesetzten Preisen (zu denen die rationierten Waren gekauft wurden) zu groß wurde. Man versuchte eine Reform auf verschiedene Weise:

a) durch die Zufuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus entlegeneren Gebieten (auf den Kolchosmärkten sind nach Ansicht der sowjetischen Stellen die Kolchosen selbst mit ihren Überschüssen zu schwach vertreten; es überwiegen die Verkäufe der Kolchosbauern aus den Erträgen ihrer Hilfswirtschaften);

b) durch „Organisierung des Gegenhandels mit Industriewaren" auf den Kolchosmärkten (mit unseren Worten ausgedrückt bedeutet das, daß Industrieerzeugnisse auf diesen Märkten angeboten wurden, damit der Besuch der Märkte für die Bauern lohnender und reizvoller wurde);

c) durch die Anfang 1944 erfolgte Einführung des sogenannten staatlichen kommerziellen Handels — nicht zu verwechseln mit dem eingangs behandelten Staatshandel — zuerst mit Nahrungsmitteln, später auch mit Industrieprodukten als vielleicht wichtigste Maßnahme. Der Staat ist also selbst mit dem Kolchosmarkthandel in Wettbewerb getreten, hat die Zufuhren an Nahrungsmitteln erhöht und damit eine Senkung der Preise erreicht (3). Obwohl der staatliche kommerzielle Handel einem Teil der Arbeiter und der Intelligenz Vorzugspreise einräumte (ein beliebtes Mittel im sowjetischen Versorgungs- und Handelssystem), war der Unterschied zwischen den niedrigen Preisen für rationierte Ware im Staatshandel, den Preisen des staatlichen kommerziellen Handels und den noch höheren des Kolchosmarkthandels noch immer sehr bedeutend.

Auch heute befriedigt der Beitrag, den der Kolchosmarkthandel für die Versorgung der städtischen und industriellen Bevölkerung leistet, nicht, da die Heranziehung der Produktionsüberschüsse der weiter entfernten landwirtschaftlichen Betriebe nicht gelingt. Doch scheint es sich dabei weniger um eine Frage der Handelsorganisation als der Transporteinrichtungen zu handeln. Auf jeden Fall ist dem Kolchosmarkthandel auch im neuen Fünfjahresplan eine beachtliche Rolle zugedacht; er soll den Warenaustausch zwischen Stadt und Land verstärken und die Versorgung der Städte und Industriezentren mit Agrarprodukten ergänzen. Freilich hat er im Vergleich zu den beiden anderen Säulen der sowjetischen Einzelhandelsorganisation, dem Staatshandel und den Konsumgenossenschaften, nur untergeordnete Bedeutung.

Der Einzelhandel im neuen Fünfjahresplan

Im neuen Fünfjahresplan soll der Vorkriegsstand des Volkseinkommens und -verbrauchs nicht nur schon nach kurzer Zeit wieder erreicht, sondern möglichst rasch übertroffen werden. Diesem Zweck dienten die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Hebung der Lebensmittelindustrie, die Entfaltung der anderen Zweige der Verbrauchsgüterindustrien bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Waren und der Vervollständigung der Warensortimente des Handels, die dem Konsumenten die Möglichkeit einer freien Auswahl, mindestens aber einer gewissen Wahl geben soll. Verschiedene Formen des Aufkaufs landwirtschaftlicher Produkte (dezentralisierte Ankäufe neben den sogenannten zentralisierten, die etwa unseren Pflichtablieferungen gleichzusetzen sind), die verstärkte Entwicklung der lokalen Industrien, die Ausdehnung der gewerblichen genossenschaftlichen Erzeugung und der Ausbau der eigenen Hilfswirtschaften der Handelsorganisationen sollen das erstrebte Ziel eines Überflusses an Nahrungsmitteln und allgemeinen Gebrauchsartikeln beschleunigt erreichen helfen.

Schon im Laufe der Jahre 1946 und 1947 sollte das Rationierungssystem abgeschafft und zu einem ausgedehnten und wohlorganisierten Sowjethandel übergegangen werden. Infolge des ungünstigen Ausfalls der Ernte im Jahre 1946 mußte man die Termine für die Abschaffung der Rationierung noch hinausschieben; auf diese Ursache kann man auch die im Herbst des gleichen Jahres erfolgte Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückführen, die sich sonst nur schlecht in das recht optimistische Bild einfügen würde.

Die über diese Preissteigerung bekanntgewordenen Einzelheiten sind für unsere Betrachtung recht aufschlußreich: auf Grund eines Erlasses vom 11. September 1946 sind die Preise für rationierte Lebensmittel erhöht und die (sehr viel höheren) Preise für „freie" Nahrungsmittel gesenkt worden. Damit wurde der erste Schritt zur Herstellung eines einheit-

lichen Marktes und damit zur Abschaffung des Rationierungssystems getan. Doch fielen die Preiserhöhungen — zumal sie einen ungleich größeren Kreis von Personen trafen — sehr viel stärker ins Gewicht als die Herabsetzungen. So brauchte beispielsweise ein Schwerarbeiter in Moskau zum Kauf der ihm zustehenden höchsten Lebensmittelration im August 1946 100 Rubel, zwei Monate später 281,5 Rubel. Besonders stark waren die Arbeiter in den niedrigen Lohngruppen betroffen; soweit sie unter einem Monatseinkommen von 900 Rubel blieben, wurde ihnen zum Ausgleich eine Lohnerhöhung von zirka 25 v. H. zugebilligt. In den „freien" Geschäften aber, in denen Lebensmittel „ohne Karten" gekauft werden können, waren die Preise auch nach der Senkung noch sehr hoch und für die Masse der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen unerschwinglich.

Unter so starken Veränderungen ist es überaus schwierig zu beurteilen, was beispielsweise eine Zunahme des Einzelhandelsumsatzes um einen bestimmten Prozentsatz innerhalb eines bestimmten Zeitraumes sowie Angaben in Rubeln bedeuten. Für 1950 — das letzte Jahr des gegenwärtigen Fünfjahresplanes — ist für den sogenannten sozialistischen Sektor des sowjetischen Einzelhandels (also Staatshandel und Konsumgenossenschaften einschließlich der von beiden Organisationen betriebenen Gaststätten, ohne die Kolchosmärkte) ein Umsatz von 275 Milliarden Rubel (vgl. S. 932) vorgesehen. Die Beurteilung dieser Planzahl wird durch W. Moskwin wesentlich erleichtert, der (a. a. O.) angibt, daß der Warenumsatz in diesem Bereich in vergleichbaren Preisen gerechnet 1950 um 28 v. H. höher sein soll als 1940. Die in Aussicht genommene Zunahme der Umsatzwerte (1940: 176,5 Milliarden Rubel; 1950: 275 Milliarden Rubel) beläuft sich jedoch auf 56 v. H. Aus dem Vergleich dieser beiden Zahlen geht also eindeutig hervor, daß nach den vorliegenden Plänen die Einzelhandelspreise im Jahre 1950 nicht unerheblich höher sein werden als vor dem Kriege (1940) und etwa die Hälfte der vorgesehenen Umsatzsteigerung allein davon in Anspruch genommen wird. Diese Entwicklung wird in interessanter Weise durch die Tatsache beleuchtet, daß das Volkseinkommen in der Sowjet-Union 1950 um rund 38 v. H. höher sein soll als 1940. Wenn die Einzelhandelsumsätze in diesem Zeitraum um 56 v. H. steigen sollen, so bedeutet das, daß 1950 ein höherer Teil des Volkseinkommens im Einzelhandel verausgabt werden müßte als 10 Jahre vorher, was an sich durchaus denkbar wäre; denn die Ausgaben für Kleidung, Wohnungsausstattung, sonstigen persönlichen und kulturellen Bedarf werden angesichts der bestehenden Unterversorgung bei einer Einkommensteigerung unter sonst gleichen Verhältnissen sicher überproportional zunehmen. Jede Steigerung der Ausgaben für Güter, die der Einzelhandel anbietet, würde aber — wie gezeigt wurde — im Durchschnitt zur Hälfte von einer Erhöhung der Preise absorbiert werden, also nur zur Hälfte eine echte Erhöhung des Verbrauchs bedeuten.

Ferner ist zu beachten, daß in dem fraglichen Zeitraum zwischen 1940 und 1950 die Bevölkerung zunimmt. Für 1950 kann man mit rund 200 Millionen Einwohnern rechnen; das sind fast 30 Millionen oder rund 16 v. H. mehr als 1940 (vergleiche hierzu Anmerkung 1 Seite 934). Vergleicht man damit die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im sozialistischen Sektor (in vergleichbaren Preisen) um 28 v. H., so ergibt sich, daß die Warenversorgung des e i n z e l n e n, soweit sie über den genannten Sektor des Einzelhandels erfolgt, im Jahre 1950 im Durchschnitt etwa um ein Zehntel besser sein würde als vor dem Kriege. Voraussetzungen sind dabei, daß die Bevölkerung nicht stärker wächst als angenommen und die Versorgungsziele des Fünfjahresplanes tatsächlich erreicht werden.

Recht aufschlußreich ist ein Vergleich der Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Bevölkerungsbewegung über einen längeren Zeitraum.

Einzelhandelsumsätze und Bevölkerung in der Sowjet-Union (in Hundertsätzen der Zahlen für 1928)

Jahr	Einzelhandelsumsatz*)	Bevölkerung	Einzelhandelsumsatz*) je Kopf
1928	100	100	100
1940	560	113	495
1950 (Plan)	717	132	543

*) Im sogenannten sozialistischen Sektor und in vergleichbaren Preisen.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, daß die Einzelhandelsumsätze des sozialistischen Sektors in vergleichbaren Preisen (nach W. Moskwin) von 1928 bis 1940 um das 4,6-fache gestiegen sind. In dem folgenden Jahrzehnt soll eine Zunahme um weitere 28 v. H. erfolgen. Stellt man dieser Bewegung die Entwicklung der Bevölkerung gegenüber, so ergibt sich für die Versorgung je Kopf zwischen 1928 und 1940 eine Zunahme um knapp das 4fache; unter den oben genannten Voraussetzungen würde bis 1950 der Stand von 1928 um das 4,4fache übertroffen sein.

Die „Reaktivierung" der Konsumgenossenschaften

Innerhalb des sozialistischen Sektors des sowjetischen Einzelhandels geht die Entwicklung unter dem neuen Fünfjahresplan dahin, die Konsumgenossenschaften, deren Tätigkeitsfeld — wie erwähnt — im Jahre 1935 auf die Versorgung der Dörfer beschränkt worden war, wieder zu größeren Aufgaben heranzuziehen.

Umsätze der Konsumgenossenschaften in der Sowjet-Union (in Milliarden Rubel)

1936	23,3	1945	38—39*)
1937	28,1	1946	48
1938	33,9	1947	68 (Plan)
1940	über 42		

*) Geschätzt.

Sie sind in den Städten, wo sie ganz zu verschwinden drohten, wieder zugelassen und haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen; sie sollen das Angebot an Nahrungsmitteln und Industriewaren vergrößern helfen. Gegenwärtig befinden sie sich in einer neuen Expansionsphase und sollen „wieder mehr Handel treiben als nur Verteiler sein". Die Zahl der Verteilungsstellen (einschließlich Gaststätten), die Anfang 1947 etwa 140 000 auf dem Lande und über 7000 in den Städten betrug, soll Ende 1947 180 000 erreichen. 1938 betrug die Zahl der konsumgenossenschaftlichen Dorfläden 138 619. Wenn es Anfang 1947 nur etwa 140 000 waren, so ist dies wohl als ein Zeichen für den Stillstand der Entwicklung in den letzten Jahren anzusehen; denn dem Verlust an Betrieben in den vom Krieg zerstörten Gebieten steht ein gewisser Zugang durch die Gebietserweiterungen gegenüber. In den Städten sollen vorzugsweise Lebensmittelläden, auf dem Lande Geschäfte für industrielle Erzeugnisse errichtet werden. Der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Verkauf an die städtisch-industrielle Bevölkerung wird bereits in großem Umfange betrieben; auch die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften befindet sich im Ausbau.

Besonders drastisch kommt die Reform der sowjetischen Konsumgenossenschaften in der Verordnung „von außergewöhnlicher staatlicher Bedeutung" vom 13. November 1946 zum Ausdruck. Darin gibt die Sowjetregierung die Erweiterung des konsumgenossenschaftlichen Handels bei gleichzeitiger Verschärfung der staatlichen Kontrolle bekannt. Die genossenschaftlichen Läden — so heißt es — hätten bisher sehr wenig zufriedenstellend gearbeitet. Es wird ihnen vorgeworfen, die Fühlung mit dem Markt verloren zu haben. Trotz des Vorhandenseins genossenschaftlicher Dorfläden mußten die Bauern in die Städte gehen, um Zucker, Salz, Zündhölzer, Tabak, Kurzwaren, Eisenwaren und so weiter

zu kaufen — von Textilien oder Schuhen ganz zu schweigen. Im wesentlichen werden gegen die Konsumgenossenschaften die gleichen Angriffe gerichtet wie 1935, als sie von der Tätigkeit in den Städten ausgeschlossen wurden. Trotzdem hält die Sowjetregierung die Ausdehnung der Konsumgenossenschaften für einen geeigneten Weg zur besseren Versorgung der Bevölkerung. Sie sollen mit den Betrieben des Staatshandels in Wettbewerb treten, von denen es heißt, daß sie gleichgültig gegenüber ihren Aufgaben und rücksichtslos gegen die Verbraucher geworden seien. Nach der *Prawda* schafft die Verordnung vom November 1946 eine völlig neue Lage für den Sowjethandel. Im ganzen steht diese „Reaktivierung" der sowjetischen Konsumgenossenschaften in engem Zusammenhang mit der im neuen Fünfjahresplan eingeleiteten Förderung der Produktionsgenossenschaften, über die eingangs berichtet wurde.

Nach Ausführungen in der *Prawda* (4) sind seit Erlaß der Verordnung bereits erhebliche Erfolge erzielt worden. In der Zeit von November 1946 bis April 1947 haben die genossenschaftlichen Organisationen landwirtschaftliche Erzeugnisse im Werte von 3,2 Milliarden Rubel aufgekauft und der Stadt- und Industriebevölkerung zu Preisen zugeleitet, die weit unter denen des Staatshandels — womit offenbar der sogenannte staatliche kommerzielle Handel gemeint ist — und der Kolchosmärkte liegen. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Umsatz der Konsumgenossenschaften in den Städten von 843 Millionen Rubel in den Monaten November und Dezember 1946 auf 3,2 Milliarden Rubel im ersten Vierteljahr 1947 gestiegen. Im übrigen enthält dieser Bericht viele Vorwürfe wegen der mangelnden Pflichterfüllung und der fehlenden Initiative der Konsumgenossenschaften auf dem Gebiete der Warenproduktion, des Wareneinkaufs und der Verteilung. Viele Chancen seien nicht ausgenutzt und Lücken im Verkaufsstellennetz und im Warensortiment nicht geschlossen worden, obwohl es dringend notwendig gewesen wäre und die Möglichkeit dazu bestanden hätte.

In ähnlicher Weise übt auch der Vorsitzende des Präsidiums des Zentralverbandes der sowjetischen Konsumgenossenschaften, J. *Chochlow* (5), scharfe Kritik an der Arbeit der Konsumgenossenschaften. Neben einer Reihe guter Leistungen beständen grobe Mängel im Aufbau der Konsumgenossenschaften und der Verteilungsstellen in verschiedenen Teilen des Landes. Die Zahl der Genossenschaften und der Läden sei zu niedrig; sie seien in vielen Orten gar nicht oder unzureichend vertreten. Ihre Initiative sei zu gering; es fehlten feste und langfristige Abschlüsse mit den Lieferanten, zum Beispiel den Kolchosen, die ihre Produktion auf diese Absatzmöglichkeiten einstellen und entsprechend ausdehnen könnten. Es sei untragbar, daß Konsumgenossenschaften beispielsweise auf Kolchosmärkten, die für die Einkäufe von letzten Verbrauchern bestimmt sind, als Käufer aufträten und dadurch die Preise in die Höhe trieben. Übrigens wird auch den Leitern der Industriebetriebe und den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie die Konsumgenossenschaften zu wenig unterstützten und an deren Entwicklung zu wenig interessiert seien. Unter dem neuen Fünfjahresplan wird auch auf diesem Gebiete der Ermüdung, der Nachlässigkeit und dem Schlendrian der Kampf angesagt.

Zusammenfassung

Dieser Gang durch verschiedene, vielleicht etwas ungleichartige, aber unter dem Gesichtspunkt der Versorgung und des Verbrauchs doch zusammengehörige Bereiche der sowjetischen Volkswirtschaft und der Überblick über die Ziele unter dem neuen Fünfjahresplan haben die großen Anstrengungen erkennen lassen, die zur Überwindung des Krieges und seiner Folgen unternommen werden. Fraglich erscheint allerdings, ob es der Sowjet-Union gelingen wird, auf den hier behandelten Gebieten bis 1950 weit über den Vorkriegsstand hinauszugelangen. Dieses Niveau wieder zu erreichen, wäre bereits ein sehr beachtliches Ergebnis des gegenwärtigen Fünfjahresplanes, zumal allein der Bevölkerungszuwachs beim gleichen Versorgungsstand eine ansehnliche Produktionssteigerung erheischt.

Eine andere Frage, die hier nicht zur Diskussion steht, die sich aber bei eingehender Beschäftigung mit der sowjetischen Volkswirtschaft und ihren Methoden immer wieder aufdrängt, geht dahin, ob eine andere Wirtschaftsordnung in der Lage wäre, gleiche oder ähnliche Ziele rascher, mit geringerem Aufwand und geringeren Reibungsverlusten zu erreichen.

Anmerkungen

(1) Über die Entwicklung der Bevölkerung in der Sowjet-Union liegen folgende Angaben vor:

1914:	170 000 000*)
1926:	147 000 000**)
1930:	158 000 000**)
1933:	166 000 000**)
1939:	170 467 186***)
1941:	192 995 000****)
1946:	196 000 000****)

*) „The Great Globe Itself", William Bullitt.

**) *Munzinger Archiv*, 10. Juli 1947.

***) „USSR", J. S. Gregory, G. G. Harrap & Co. 1944.

****) Mit den neu erworbenen Gebieten Estland 1 220 000, Lettland 1 950 000, Bessarabien und Nord-Bukowina 3 700 000, Finnland-Karelien 200 000, West-Ukraine und West-Bjelorußland 12 500 000.

(2) In einem Bericht von Alexander *Werth* (*Der Tagesspiegel*, 3. Jahrgang, Nr. 121 vom 28. Mai 1947) heißt es, daß die Läden der Produzentenkooperativen bisher noch keine großen Erfolge bei der Senkung der Preise auf den freien Märkten erzielt hätten. Aber die Zahl der Geschäfte nehme neuerdings wieder zu, nachdem sie sich noch vor kurzem im Rückgang befunden habe. Es handelt sich um Spezialgeschäfte, zum Beispiel für Kleidung, Schuhe, Spielzeug, Haushaltswaren. Werth berichtet weiter, daß die sowjetische Frau gegenwärtig in erster Linie nach importierten Waren verlange, weil sie besser seien als einheimische Erzeugnisse. Interessanterweise fordert gerade der neue Fünfjahresplan eine Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse und eine Verbreiterung der Sortimente, also eine bessere Auswahl.

(3) Vgl. hierzu auch Alfred *Kurella*: „Ich lebe in Moskau", 15. und 16. Fortsetzung: *Tägliche Rundschau*, 3. Jahrgang, Nr. 173 und 174 (674 und 675) vom Juli 1947.

(4) M. *Romanow* und S. *Orlow*, „Genossenschaftlicher Handel in Stadt und Land", *Prawda* vom 19. Juni 1947.

(5) J. *Chochlow*, „Schneller den Genossenschaftshandel in den Städten und Siedlungen entwickeln". *Trud* vom 19. Juni 1947.

DOKUMENTATION

2. Jahr OKTOBER 1947 4. Folge

Die Informationskonferenz von Warschau September 1947

In Warschau fand Ende September eine Informationskonferenz von Vertretern kommunistischer Parteien statt, auf der eine engere Zusammenarbeit vereinbart wurde. An der Konferenz, die die Gründung eines Informationsbüros zum Austausch von Erfahrungen mit dem Sitz in Belgrad beschlossen hat, nahmen Vertreter der kommunistischen Parteien folgender Länder teil: Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, Sowjet-Union, Frankreich, Tschechoslowakei und Italien. Die „Prawda" veröffentlicht darüber ein Kommuniqué, das in deutscher Übersetzung in der „Täglichen Rundschau" Nr. 234 vom 7. Oktober 1947 mit nachfolgendem Wortlaut wiedergegeben wurde:

Eine Informationskonferenz wurde Ende September in Polen unter Beteiligung folgender Parteien abgehalten: der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, vertreten durch *Kardelj* und *Djilas*, der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), vertreten durch *Tscherwenkoff* und *Poptomoff*, der Kommunistischen Partei Rumäniens, vertreten durch *Dej* und *Pauker*, der ungarischen Kommunistischen Partei, vertreten durch *Farkas* und *Revai*, der Polnischen Arbeiterpartei, vertreten durch *Gomolka* und *Minc*, der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Sowjet-Union, vertreten durch *Schdanow* und *Malenkow*, der Kommunistischen Partei Frankreichs, vertreten durch *Duclos* und *Fajon*, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, vertreten durch *Slansky* und *Bastovansky*, und der Kommunistischen Partei Italiens, vertreten durch *Longo* und *Reale*.

Die Teilnehmer der Konferenz hörten die Informationsberichte über die Tätigkeit der Zentralkomitees der auf der Konferenz vertretenen Parteien. Diese Berichte wurden durch folgende Delegierte erstattet: Kardelj und Djilas von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Tscherwenkoff von der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), Dej von der Kommunistischen Partei Rumäniens, Revai von der ungarischen Kommunistischen Partei, Gomolka von der Polnischen Arbeiterpartei, Malenkow von der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Sowjet-Union, Duclos von der Kommunistischen Partei Frankreichs, Slansky von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Longo von der Kommunistischen Partei Italiens.

Nach dem Gedankenaustausch über diese Berichte beschlossen die Teilnehmer der Konferenz, die internationale Lage und die Frage des Erfahrungsaustauschs und der Koordinierung der Aktivität unter den auf der Konferenz vertretenen kommunistischen Parteien zu diskutieren.

Der Bericht über die internationale Lage wurde von *Schdanow* erstattet. Die Teilnehmer an der Konferenz tauschten ihre Ansichten über den Bericht aus, gelangten zu einer völligen Übereinstimmung in den Ansichten über die gegenwärtige internationale Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben und nahmen einstimmig eine Erklärung über die internationale Lage an.

Den Bericht über den Erfahrungsaustausch und die Koordinierung der Aktivität der kommunistischen Parteien erstattete *Gomolka*. Die Konferenz gedachte der widrigen Folgen des Mangels an Kontakt unter den auf der Konferenz vertretenen Parteien und berücksichtigte die Notwendigkeit eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches. Sie beschloß daher in diesem Zusammenhange die Errichtung eines Informationsbüros. Das Informationsbüro wird aus Vertretern der Zentralkomitees der obigen Parteien bestehen. Es wird die Aufgabe des Informationsbüros sein, den Austausch von Erfahrungen unter den Parteien und — im Falle der Notwendigkeit — die Koordinierung ihrer Aktivität auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens zu organisieren. Es wurde beschlossen, daß das Informationsbüro ein gedrucktes Organ herausgeben soll. Die Stadt Belgrad wurde als Sitz des Informationsbüros und des Redaktionsamtes seines Organs gewählt.

Erklärung über die internationale Lage

Es folgt nun die Erklärung über die internationale Lage, die von der Konferenz der Vertreter der folgenden Parteien angenommen wurde: der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), der Kommunistischen Partei Rumäniens, der ungarischen Kommunistischen Partei, der Polnischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Sowjet-Union, der Kommunistischen Partei Frankreichs, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Kommunistischen Partei Italiens.

Die Vertreter dieser Parteien gelangten nach dem Gedankenaustausch über die internationale Lage zu einem Einvernehmen über folgende Erklärung:

„Infolge des zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegsperiode sind wesentliche Änderungen in der internationalen Lage eingetreten. Diese bestehen in einer neuen Aufreihung der in der Weltarena tätigen hauptsächlichen politischen Kräfte, in einer Änderung in den Beziehungen unter den Siegerstaaten des zweiten Weltkriegs und in ihrer Neugruppierung. Während der Krieg im Gange war, marschierten die Alliierten im Kampf gegen Deutschland und Japan zusammen und bildeten ein einziges Lager. Nichtsdestoweniger bestanden sogar während des Krieges im alliierten Lager im Hinblick auf die Definierung sowohl der Kriegsziele als auch der Aufgaben der Nachkriegsorganisierung der Welt Meinungsverschiedenheiten. Die Sowjet-Union und die demokratischen Länder sahen ihre hauptsächlichen Kriegsziele in der Wiederherstellung und Konsolidierung der demokratischen Ordnung in Europa, in der Beseitigung des Faschismus und der Verhinderung der Möglichkeit einer neuen Aggression seitens Deutschlands und in der Herstellung einer allseitigen, dauerhaften Zusammenarbeit unter den Nationen Europas.

Die Vereinigten Staaten von Amerika — und Großbritannien im Einvernehmen mit letzteren — stellten sich ein anderes Kriegsziel: sie wollten die Konkurrenten auf den Märkten — Deutschland und Japan — loswerden und ihre eigene Überlegenheit sichern. Dieser Unterschied in der Definierung der Kriegsziele und der Aufgaben der Nachkriegsregelung begann in der Nachkriegsperiode tiefer zu werden. Zwei entgegengesetzte Kurse der Politik nahmen Gestalt an: auf der einen Seite strebte die Politik der UdSSR und der demokratischen Länder nach der Überwindung des Imperialismus und der Konsolidierung der Demokratie. Auf der anderen Seite strebte die Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens nach der Kräftigung des Imperialismus und der Abwürgung der Demokratie. Angesichts der Tatsache, daß die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie die Verwirklichung der imperialistischen Pläne für den Kampf um die Weltvormachtstellung und um die Vernichtung der demokratischen Bewegungen verhinderten, wurde eine Kampagne gegen die UdSSR und die Länder der Demokratie proklamiert und von den eifrigsten imperialistischen Politikern in den Vereinigten Staaten und Großbritannien durch Drohungen verschärft.

So sind zwei Lager entstanden: das imperialistische, antidemokratische Lager, dessen Hauptziel darin besteht, die Weltvormachtstellung des amerikanischen Imperialismus zu erreichen und die Demokratie zu zerstören, und das antiimperialistische, demokratische Lager, dessen Hauptziel es ist, den Imperialismus zu überwinden, die Demokratie zu konsolidieren und die Überreste

des Faschismus zu beseitigen. Der Kampf zwischen den beiden entgegengesetzten Lagern — dem imperialistischen und dem antiimperialistischen — vollzieht sich unter den Bedingungen einer weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Niedergangs der Kräfte des Kapitalismus und der Festigung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie. Aus diesem Grunde entfalten das imperialistische Lager und seine leitenden Personen in den Vereinigten Staaten eine besonders aggressive Aktivität. Diese wird gleichzeitig nach allen Richtungen entwickelt: in der Richtung militärischer und strategischer Maßnahmen, der wirtschaftlichen Expansion und des ideologischen Kampfes. Der Truman-Marshall-Plan ist nur ein Teil, das europäische Kapitel eines allgemeinen Planes für eine die Welt umfassende expansionistische Politik, die von den Vereinigten Staaten in allen Teilen der Erde verfolgt wird. Der Plan für die wirtschaftliche und politische Versklavung Europas durch den amerikanischen Imperialismus wird durch die Pläne einer wirtschaftlichen und politischen Versklavung Chinas, Indonesiens und der südafrikanischen Länder ergänzt. Die Aggressoren von gestern — die kapitalistischen Magnaten in Deutschland und Japan — werden durch die Vereinigten Staaten von Amerika für ihre neue Rolle vorbereitet. Sie besteht darin, als Werkzeug der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten in Europa und Asien zu dienen.

Das Arsenal der vom imperialistischen Lager verwendeten Waffen ist außerordentlich verschiedenartig. Direkte Drohung mit Gewalt, Anschwärzung und Erpressung werden hier mit verschiedenen Methoden des politischen und wirtschaftlichen Druckes, der Bestechung, der Ausbeutung interner Widersprüche und Streitigkeiten zur Festigung der Stellung dieses Lagers kombiniert. All dies wird mit einem liberal-pazifistischen Schein umgeben, der dazu bestimmt ist, Leute ohne politische Erfahrung zu täuschen und zu ködern.

Ein besonderer Platz in dem taktischen Arsenal der Imperialisten kommt der Ausbeutung der verräterischen Politik der rechtsgerichteten Sozialisten vom Typ *Blums* in Frankreich, *Attlees* und *Bevins* in Großbritannien, *Schumachers* in Deutschland, *Renners* und *Schaerfs* in Österreich, *Saragats* in Italien und anderer zu. Sie sind bestrebt, die wahre Räubernatur der imperialistischen Politik unter der Maske der Demokratie und der sozialistischen Phraseologie zu verbergen, während sie in Wirklichkeit in jeder Hinsicht als treue Komplicen der Imperialisten handeln, in den Reihen der Arbeiterklasse Spaltungen hervorrufen und deren Gewissen vergiften. Es ist kein Zufall, daß die Außenpolitik des britischen Imperialismus in der Person Bevins ihren konsequentesten und eifrigsten Agenten gefunden hat.

Unter diesen Umständen muß sich das antiimperialistische, demokratische Lager konsolidieren, ein gemeinsames Aktionsprogramm ausarbeiten und seine Taktik gegen die Hauptkräfte des imperialistischen Lagers, gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen seine britischen und französischen Alliierten, gegen die rechtsgerichteten Sozialisten — vor allem in Großbritannien und Frankreich — wenden. Die Anstrengungen aller demokratischen, antiimperialistischen Kräfte Europas sind erforderlich, um den Plan der imperialistischen Aggression zunichte zu machen.

Die rechtsgerichteten Sozialisten sind die Verräter an dieser Sache. Mit Ausnahme jener Länder der neuen Demokratie, in denen der Block der Kommunisten und Sozialisten mit den übrigen demokratischen fortschrittlichen Parteien die Grundlage des Widerstandes dieser Länder gegen die imperialistischen Pläne bildet, erleichtern die Sozialisten in den meisten übrigen Ländern — und in erster Linie die französischen Sozialisten und die britischen Labour-Parteiler *Ramadier, Blum, Attlee* und *Bevin* — durch ihre knechtische Gesinnung und Willfährigkeit die Aufgabe des amerikanischen Kapitals. Sie fordern es zu seinen Erpressungen heraus und drängen ihre Länder in die Stellung der Vasallenabhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Hieraus folgt, daß sich die kommunistischen Parteien einer besonderen Aufgabe gegenübersehen. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder aufnehmen. Wenn die kommunistischen Parteien fest in ihren Stellungen verharren, wenn sie sich nicht einschüchtern und anschwärzen lassen, wenn sie tapfer auf der Wacht für die Demokratie, die nationale Souveränität, die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder stehen, wenn sie sich imstande erweisen, in ihrem Kampf gegen die Versuche einer wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder den Platz an der Spitze aller Kräfte einzunehmen, die bereit sind, die Sache der Ehre und der nationalen Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, dann können keinerlei Pläne für die Versklavung der Länder Europas und Asiens wirksam werden. Gegenwärtig ist dieses eine der Hauptaufgaben der kommunistischen Parteien.

Es ist notwendig, daran zu denken, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Wunsch der Imperialisten besteht, einen neuen Krieg anzuzetteln, und der Möglichkeit, einen derartigen Krieg zu organisieren. Die Nationen der Welt wünschen keinen Krieg. Die für den Frieden eintretenden Kräfte sind so mächtig und so groß, daß die Pläne der Aggressoren einen völligen Fehlschlag erleiden, wenn diese Kräfte im Schutze des Friedens stark und standhaft sind und Selbstbeherrschung und Festigkeit an den Tag legen. Man darf nicht vergessen, daß das im Zusammenhang mit der Kriegsgefahr von den imperialistischen Agenten erhobene Zetergeschrei der Absicht dient, die Schwachnervigen und Unsteten einzuschüchtern und durch Verleumdungen Konzessionen für den Aggressor zu erpressen.

Die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse liegt jetzt in der Unterschätzung ihrer eigenen Kräfte und der Überschätzung der Kräfte des imperialistischen Lagers. Genau so, wie die Politik von München in der Vergangenheit der Hitleraggression freie Hand gab, dürften Konzessionen an den neuen Kurs der Vereinigten Staaten und des imperialistischen Lagers die Anstifter dieses Kurses nur noch unverschämter und aggressiver machen.

Daher müssen die kommunistischen Parteien den Widerstand gegen die Pläne der imperialistischen Aggression und Expansion in jeder Hinsicht leiten, sei es nun auf der staatlichen, der politischen, der wirtschaftlichen oder ideologischen Linie. Sie müssen sich konsolidieren, ihre Anstrengungen auf der Grundlage einer gemeinsamen antiimperialistischen und demokratischen Plattform zusammenschließen und alle demokratischen und patriotischen Kräfte des Volkes um sich sammeln."

Resolution über die Bildung eines Informationsbüros in Belgrad

Es folgt nun die Resolution über den Austausch der Erfahrungen und die Koordinierung der Aktivität aller auf der Konferenz vertretenen Parteien:

„Die Konferenz stellt fest, daß das Fehlen der Verbindung zwischen den an der gegenwärtigen Konferenz teilnehmenden kommunistischen Parteien unter dem jetzigen Zustande einen ernsten Nachteil darstellt Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein derartiger Mangel an Verbindung unter den kommunistischen Parteien falsch und schädlich ist. Die Notwendigkeit eines Austausches der Erfahrungen und der freiwilligen Koordinierung der Handlungen der verschiedenen Parteien ist insbesondere jetzt dringend, wo die internationale Nachkriegslage schwierig geworden ist und das Fehlen einer Verbindung unter den kommunistischen Parteien für die Arbeiterklasse Schaden hervorrufen könnte.

Angesichts des Obigen kommen die Teilnehmer an der Konferenz über folgendes überein:

1. Ein Informationsbüro wird errichtet, das aus Vertretern folgender Parteien besteht: der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), der Kommunistischen Partei Rumäniens, der ungarischen Kommunistischen Partei, der Polnischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Sowjet-Union, der Kommunistischen Partei Frankreichs, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Kommunistischen Partei Italiens.

2. Das Informationsbüro soll mit der Aufgabe betraut werden, den Erfahrungsaustausch zu organisieren und — im Falle der Notwendigkeit — die Aktivität der kommunistischen Parteien auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens zu koordinieren.

3. Das Informationsbüro soll aus Vertretern der Zentralkomitees (zwei von jedem Zentralkomitee) bestehen. Die Delegationen der Zentralkomitees sollen durch die Zentralkomitees ernannt und ersetzt werden.

4. Das Informationsbüro soll sein gedrucktes Organ haben, das in französischer und russischer Sprache und — soweit als möglich — auch in anderen Sprachen 14tägig und später wöchentlich erscheinen soll.

5. Die Stadt Belgrad wird als Sitz des Informationsbüros bestimmt."

Die jugoslawisch-tschechoslowakischen Beziehungen

er Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom 9. Mai 1946

In dem Wunsch, die Bande ehrlicher Freundschaft, die schon n jeher die slawischen Völker der Tschechoslowakei und Jugoıwiens miteinander verbunden haben, feierlich zu bekräftigen, ıer Freundschaft, die in diesem siegreichen Kriege im Verlauf ıes gemeinsamen Kampfes gegen denselben Feind und dieselbe efahr vertieft wurde;

im Hinblick auf das lebenswichtige Interesse der beiden Länder einer gegenseitigen Verteidigung für den Fall einer Erneuerung r Angriffspolitik Deutschlands gegen ihre Freiheit, ihre poliche Unabhängigkeit und ihre territoriale Integrität;

in der Überzeugung, daß eine gemeinsame Verteidigung gegen ıe solche Gefahr der Aufrechterhaltung des Friedens unter den ilkern und der Sicherheit dient, dem Ziel der Charta der Vernten Nationen, die von den beiden Ländern angenommen worn ist;

in dem Entschluß, die geistigen und wirtschaftlichen Bande, die ıon durch die gemeinsamen Anstrengungen zwischen den beiden ıtionen geschaffen wurden, weiterhin zu stärken und zu verhren;

haben das Präsidium der Volksversammlung der Föderativen ılksrepublik Jugoslawien und der Präsident der tschechoslowachen Republik beschlossen, einen Vertrag abzuschließen, und ben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

das Präsidium der Volksversammlung der Föderativen Volksıblik Jugoslawien den Präsidenten der Regierung der Födeiven Volksrepublik Jugoslawien, Marschall Joseph *Broz-Tito;* Präsident der tschechoslowakischen Republik den Präsidenten s Rates Zdeniek *Fierlinger,*

die nach Austausch ihrer einwandfrei befundenen Vollmachten gendes Übereinkommen getroffen haben:

Artikel 1:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien sind im Interesse beir Länder und ihrer Völker übereingekommen, sich in einer litik erprobter und dauerhafter Freundschaft zu verbünden, sich durch enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Länrn festigen wird.

Artikel 2:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, geinsam alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen, ı jede neue Bedrohung, welcher Art sie auch sei, zu verhindern d der Wiederholung eines Angriffs von seiten Deutschlands er irgendeines anderen Staates, der sich direkt oder indirekt t Deutschland verbündet, vorbeugend entgegenzutreten.

Zu diesem Zweck werden die Hohen Vertragschließenden Paren im Geiste ehrlicher Zusammenarbeit an allen internationalen ıternehmungen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friens und der Sicherheit teilnehmen und möglichst viel dazu beigen, daß dieses Ziel erreicht wird.

Bei der Ausführung dieses Vertrages werden die Hohen Vergschließenden Parteien die Verpflichtungen berücksichtigen, die h aus ihrer Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten ıtionen ergeben.

Artikel 3:

Wenn eine der Hohen Vertragschließenden Parteien in Feindigkeiten mit einem Deutschland verwickelt wird, das seine Aniffspolitik erneuert hat, oder mit irgendeinem anderen Staat r sich in aggressiver Absicht mit Deutschland verbündet hat, rd ihr die andere Hohe Vertragschließende Partei mit allen ihr Gebote stehenden Mitteln militärische Hilfe und jede andere ıterstützung unverzüglich zukommen lassen.

Artikel 4:

Eine jede der Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichtet h, keinen Vertrag abzuschließen und kein Bündnis einzugehen, sich gegen die andere Hohe Vertragschließende Partei richten.

Artikel 5:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden gemeinsam und de in ihrem eigenen Wirkungsbereich die wirtschaftlichen, geigen und sonstigen Bande zwischen den beiden Ländern auf der undlage dieses Vertrages und der zu diesem Zwecke abgeschlosnen Abkommen verstärken.

Artikel 6:

Der vorliegende Vertrag wird sofort nach der Unterzeichnung in Kraft treten und soll in kürzester Zeit ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht werden.

Der vorliegende Vertrag wird vom Tage der Unterschrift an zwanzig Jahre in Kraft bleiben. Wenn keine der Hohen Vertragschließenden Parteien zwölf Monate vor Ablauf dieser zwanzig Jahre den Wunsch zur Beendigung des Vertrages zum Ausdruck bringt, wird der Vertrag jeweils für fünf weitere Jahre in Kraft bleiben, solange keine der Hohen Vertragschließenden Parteien ihre Absicht, den Vertrag zu beendigen, zwölf Monate vor Ablauf der Fünfjahresfrist schriftlich bekanntgegeben hat.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihn mit ihrem Siegel versehen.

Ausgefertigt in zwei Exemplaren in tschechischer und in serbokroatischer Sprache. Beide Texte sind rechtsverbindlich.

Belgrad, den 9. Mai 1946.

Mit Ermächtigung des Präsidenten der Volksversammlung der Föderativen Republik Jugoslawien
gez. *Tito*

Mit Ermächtigung des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik
gez. *Zd. Fierlinger*

Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom 27. April 1947

Die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik haben im Bestreben, gemäß Artikel 5 des am 9. Mai 1946 unterfertigten Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand beider Staaten ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zum Zwecke der Unterstützung und Erleichterung freundschaftlichen Zusammenwirkens auf dem Gebiet der Wissenschaft, des Schulwesens, der Kunst und der körperlichen Ertüchtigung abzuschließen, ihre Bevollmächtigten benannt, und zwar:

die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien den Vorsitzenden des Komitees für Schulwesen und Wissenschaft, Boris *Ziherl,* die Regierung der Tschechoslowakischen Republik den Staatssekretär des Außenministeriums, Dr. Vladimir *Klementis,*

die nach dem Austausch ihrer einwandfrei befundenen Vollmachten folgendes Übereinkommen getroffen haben:

Artikel 1:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden alle Bemühungen darauf richten, daß an ihren Universitäten und übrigen höheren Bildungsanstalten die Gründung von Lehrstühlen und die Berufung von Lektoren für Sprache, Schrifttum, Geschichte und andere Gebiete, die dem Kennenlernen der Hohen Vertragschließenden Parteien dienlich sind, gesichert werden.

Artikel 2:

Eine jede der Hohen Vertragschließenden Parteien kann auf dem Gebiet der anderen Hohen Vertragschließenden Partei kulturelle Einrichtungen unter der Bedingung gründen, daß die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Gründung solcher Einrichtungen in dem betreffenden Lande beachtet werden. Unter solchen Einrichtungen werden verstanden: dauernde Ausstellungen, Büchereien, Lesehallen und Archive, die dem Studium der Fachgebiete gewidmet sind, auf die sich dieses Abkommen bezieht.

Artikel 3:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden den Austausch von Forschern, Professoren, Lehrern, kulturell Schaffenden, Studenten, Schülern, Künstlern und Vertretern der übrigen kulturellen Berufe und Fachgebiete fördern.

Artikel 4:

Eine jede der Hohen Vertragschließenden Parteien wird im Bewußtsein der slawischen Bruderschaft den Studenten und Schülern des anderen Hohen Vertragspartners die gleiche Behandlung wie ihren eigenen Angehörigen angedeihen lassen.

Die Bedingungen, unter denen Prüfungen, Zeugnisse und Diplome aller Art, die im Gebiet des einen Hohen Vertragspartners gültig sind, von dem anderen Hohen Vertragspartner zur Dienst-

einstellung anerkannt werden können, sind zu untersuchen und festzulegen.

Artikel 5:

Eine jede der Hohen Vertragschließenden Parteien wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten Stipendien erteilen, um ihren Angehörigen Studium, Fachschulbildung oder Forschungsarbeit im Gebiet des anderen Vertragspartners zu ermöglichen.

Artikel 6:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden die engste Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen, kulturellen, Bildungs-, Sport-, Künstler- und ähnlichen Gesellschaften und Organisationen ihrer Länder unterstützen und auf diese Weise gegenseitige Hilfe für deren Tätigkeit gewähren.

Ein jeder der Hohen Vertragspartner wird in diesem Sinne den Wissenschaftlern des anderen Partners die Freiheit wissenschaftlicher Forschung in Bibliotheken, Archiven und ansonsten sichern, sofern die allgemeinen Vorschriften des Landes, in dem diese wissenschaftliche Forschung durchgeführt wird, beachtet werden.

Artikel 7:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden zur Beseitigung von schädlichen Folgen der deutschen und jeder anderen faschistischen Propaganda, die sich gegen die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und die Tschechoslowakische Republik richtete, auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiete zusammenarbeiten.

Artikel 8:

Eine jede der Hohen Vertragschließenden Parteien wird die Veranstaltung von Ferienkursen für Lehrkräfte der Hochschulen und der anderen Schulen aller Grade und Arten, sowie für kulturell Schaffende und Künstler der anderen Hohen Vertragspartei unterstützen. Das bezieht sich auch auf den Austausch von Praktikanten in Betrieben, von Teilnehmern an Ferienkursen und auf Erziehungs-Erholungslager aller Art.

Artikel 9:

Die Hohen Vertragspartner werden gegenseitige Besuche einzelner und ausgewählter Gruppen von wissenschaftlich und kulturell Schaffenden, von Lehrern, Schriftstellern, Künstlern und Sportlern unterstützen und gegebenenfalls hierfür auch die materiellen Mittel zur Verfügung stellen, um die wissenschaftliche, kulturelle, sportliche und andere Zusammenarbeit zu entwickeln.

Artikel 10:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden die Zusammenarbeit der anerkannten Jugendverbände, der Berufsverbände der kulturell Schaffenden und der übrigen wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen und Vereinigungen beider Länder unterstützen.

Artikel 11:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden sich gegenseitig in den Bemühungen um die Vertiefung der kulturellen Arbeit und des allseitigen gegenseitigen Kennenlernens unterstützen, besonders durch

a) planmäßigen Austausch von Büchern und Zeitschriften, der Tagespresse, periodisch erscheinender und anderer Veröffentlichungen zwischen den verwandten Einrichtungen und Gesellschaften beider Länder,

b) kulturelle Betreuung der Staatsangehörigen des anderen Hohen Vertragspartners auf dem eigenen Gebiet und der eigenen Staatsangehörigen im Gebiet der anderen Hohen Vertragschließenden Partei im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen,

c) Erleichterung und Verwirklichung des Austausches von Museumsmaterial,

d) Erleichterung der Tätigkeit von Presseagenturen und Korrespondenten, sowie von Besuchen und Studienreisen der Journalisten,

e) Vorträge und Sprachkurse,

f) Austausch von Unterrichtsstoff,

g) Konzerte,

h) Ausstellungen und Veranstaltungen aller Art,

i) Theatervorstellungen und Austausch von Schauspielern und Theaterensembles,

k) Rundfunk, Filme, Schallplatten und ähnliches,

l) Entwicklung sportlicher Beziehungen über die Organisationen des Sports und der Körperkultur, Förderung von Vergnügungsreisen und Erholungsaufenthalten,

m) geeigneten Schutz der Autorenrechte seitens jeder der Hohen Vertragschließenden Parteien und Förderung der Herausgabe vor allem wertvoller literarischer Werke des anderen Hohen Vertragspartners in guter Übersetzung.

Artikel 12:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden eine ständige gemischte Kommission bilden, die aus vierzehn Mitgliedern bestehen soll. Diese Kommission hat beratend, anregend und beau sichtigend zu wirken.

Die gemischte Kommission wird in zwei Abteilungen getei eine mit dem Sitz in Prag, die andere mit dem Sitz in Belgra Jede Abteilung wird sieben Mitglieder zählen.

Die Mitglieder der tschechoslowakischen Abteilung werden vo tschechoslowakischen Ministerium für Schulen und Kultus im Ei vernehmen mit dem Außenministerium und dem Information ministerium ernannt. Die Mitglieder der jugoslawischen Abteilu werden vom Komitee für Schulen und Wissenschaft im Einverne men mit dem Komitee für Kultur und Kunst und dem jugosl wischen Außenministerium ernannt.

In der Prager Abteilung der gemischten Kommission werd das tschechoslowakische Außenministerium, das Ministerium f Schulen und Kultus, das Informationsministerium, die kultur und künstlerisch Schaffenden und die Jugend vertreten sein. der Belgrader Abteilung der gemischten Kommission werden d jugoslawische Außenministerium, das Komitee für Schulen u Wissenschaft, das Komitee für Kultur und Kunst, der Verba der Kulturschaffenden und der Zentralrat der Volksjugend Jug slawiens vertreten sein.

Den Sitzungen beider Abteilungen können die Presse- und Ku turattachés des anderen Landes, der Vertreter der einheimisch Gesellschaft für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen d Tschechoslowakei und Jugoslawien und fachliche Ratgeber b wohnen.

Die Liste der ernannten Abteilungsmitglieder wird auf dipl matischem Wege dem anderen Hohen Vertragspartner zur Gene migung vorgelegt werden.

Das Plenum der ständigen gemischten Kommission wird na Bedarf, mindestens aber jährlich einmal, und zwar abwechsel in der Tschechoslowakischen Republik und in der Föderativ Volksrepublik Jugoslawien zusammentreten. Diese Sitzungen we den unter dem Vorsitz eines fünfzehnten Mitgliedes stehen, d vom tschechoslowakischen Ministerium für Schulen und Kultus a Vorschlag der Prager Abteilung ernannt wird, wenn die gemisch Kommission in der Tschechoslowakei tagt, jedoch vom Komi für Schulen und Wissenschaft auf Vorschlag der Belgrader Abt lung zu ernennen ist, wenn die Kommission in Jugoslawien z sammentritt.

Aufgabe der gemischten Kommission wird es sein, auf ihr Plenarsitzungen für die Durchführung dieses Abkommens B schlüsse zu fassen und Maßnahmen vorzuschlagen. Die erste die Maßnahmen wird die Ausarbeitung eines Ergänzungsprotoko sein, das als Bestandteil dieses Abkommens gelten soll, sobald von beiden Hohen Vertragspartnern genehmigt ist. Die gemisc Kommission wird die Anwendung des Abkommens und der v einbarten Beschlüsse und Maßnahmen überwachen und den Ho Vertragschließenden Parteien alle für notwendig erachteten A änderungen vorschlagen.

Artikel 13:

Dieses Abkommen wird von den zuständigen Zentralorgan auf Grund der Anregungen und Vorschläge der gemischten Ko mission durchgeführt.

Artikel 14:

Beide Hohen Vertragspartner verpflichten sich, die notwe digen Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen für die Durchführu dieses Abkommens zu treffen.

Artikel 15:

Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren nicht die G tigkeit von Gesetzen und Vorschriften der Hohen Vertragspartn die sich auf die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern Lande beziehen.

Artikel 16:

Dieses Abkommen wird ratifiziert werden. Der Austausch d Ratifikationsurkunden wird in Prag erfolgen.

Das Abkommen wird am Tage des Austausches der Ratifik tionsurkunden in Kraft treten.

Artikel 17:

Dieses Abkommen bleib mindestens fünf Jahre in Kraft. Sofe sechs Monate vor Ablauf dieser Frist keine der Hohen Vertra schließenden Parteien den Wunsch äußert, die Gültigkeit des A kommens aufzuheben, bleibt das Abkommen in Kraft bis zu Ablauf von sechs Monaten von dem Tage, an dem einer d Hohen Vertragspartner den Wunsch mitteilt, die Wirkung d Abkommens aufzuheben.

Zur Beglaubigung dessen haben die unterfertigten Bevollmäc tigten dieses Abkommen unterzeichnet und es mit ihrem Sieg versehen.

Ausgefertigt in zwei Exemplaren in tschechischer und serb kroatischer Sprache. Beide Texte sind rechtsverbindlich.

Belgrad, den 27. April 1947.

KULTUR-ARCHIV

2. Jahr — OKTOBER 1947 — 4. Folge

Die Geschichte des britischen Rundfunks

Von Hermann Volle

Einführung

Vor 25 Jahren, am 14. November 1922, nahm der britische Rundfunk mit einem Programm von täglich zwei Stunden seinen Sendedienst auf. Damals wurde nur in einer Sprache — in Englisch — gesendet, heute strahlt die *British Broadcasting Corporation* — *BBC* — regelmäßig Sendungen in 46 Sprachen mit täglich 145 Sendestunden nach allen Erdteilen aus Damals bestand das Personal der BBC aus etwa einem Dutzend Angestellten, heute sind es weit über 10 000. Damals betrug die Gesamtsendestärke drei Kilowatt, heute sind es 6000 Kilowatt.

Nach einer Veröffentlichung des amerikanischen Außenministeriums betrug bei Kriegsende der Anteil der BBC an dem von 56 Ländern bestrittenen internationalen Kurzwellenrundfunk bei einer Gesamtleistung von wöchentlich 4300 Stunden etwa sechzehneinhalb Prozent. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit neun Prozent; ihnen folgen die Sowjet-Union mit sechs Prozent und Frankreich mit vier Prozent. Mit Sendungen in 46 verschiedenen Sprachen steht die BBC vor Radio Moskau mit 30 und der Stimme Amerikas mit 24 Sprachen ebenfalls an erster Stelle.

Ende Mai 1946 brachte die BBC in allen ihren Diensten täglich 154 Nachrichtensendungen. Hinzu kamen noch 55 Nachrichtensendungen, die einmal wöchentlich stattfanden. Von den täglichen Sendungen waren 45 in Englisch und 109 in Fremdsprachen.

Die BBC beschäftigte in demselben Jahr 288 Ansager, von denen 30 für die Englanddienste eingesetzt waren. Von diesen wieder sprachen drei Ansager auch in den Diensten in walisischer und gälischer Sprache. Etwa 75 Ansager bestritten die Programme der Überseedienste in Englisch und anderen Sprachen. Die übrigen Ansager verteilten sich auf die verschiedenen Übertragungen des Europa-Dienstes.

Zu Beginn des Jahres 1947 besaß die BBC 92 Sender. 16 Mittelwellensender verbreiteten den Heimatdienst, der Langwellensender Droitwich und 10 Mittelwellensender das vorwiegend unterhaltende „Light Programme", der Mittelwellensender Droitwich und 21 Lokalsender, die alle die gleiche Wellenlänge (1474 kHz) benutzen, das ernste „Third-Programme". Für die Sendungen nach Europa und Übersee stehen der Langwellensender Ottringham und die Mittelwellensender Crowborough und Norden bei Bremen zur Verfügung, sowie vierzig Kurzwellensender der Zentren Daventry, Rampisham, Skelton und Woofferton und bei den Stationen in Start Point, Clevedon und Lisnagarvey mit einer Gesamtleistung von 2660 Kilowatt. Der Langwellensender Daventry hat nach annähernd zweiundzwanzigjährigem Dienst in diesem Jahre seinen Betrieb endgültig eingestellt.

Die BBC verfügt über einen Fernsehsender in Alexandra Palace, Muswell Hill, und einen allerdings noch im Bau befindlichen 25-kW-Frequenzmodulationssender. Es ist der erste FM-Sender, der in den regulären Sendebetrieb der BBC eingeschaltet wird. Der Entschluß zu dieser bedeutsamen Neuerung wurde auf Grund der ausgezeichneten Erfahrungen gefaßt, die mit den FM-Probesendungen gemacht worden waren. Man rechnet damit, daß etwa in zwei Jahren ein regelmäßiges FM-Programm ausgestrahlt werden kann und daß diese Zeitspanne der Industrie zur Vorbereitung der Produktion entsprechender Empfänger genügen wird.

Zwischen den beiden Weltkriegen

Während des ersten Weltkrieges war man glücklich, als es gelang, die erste drahtlose Telegraphieverbindung zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Kontinent (Paris—Washington) herzustellen. Erst nach dem Kriege gelang es, auch das gesprochene Wort drahtlos über größere Entfernungen zu senden.

In Großbritannien wurde der erste Rundfunk-Telephoniesender im Jahre 1919 in Chelmsford von der *Britischen Marconi-Gesellschaft* in Betrieb genommen. Wenige Monate später ordnete der britische Generalpostmeister die Einstellung des Sendebetriebs in Chelmsford an, „um Störungen des Heeres- und Staatsfunkverkehrs zu vermeiden". Die ständigen Vorstellungen der *Radio Society of Great Britain* erwirkten schließlich im Jahre 1921 die Genehmigung zur Errichtung und Inbetriebnahme einer neuen Versuchsstation in Writtle. Dieser unter der Leitung von Peter *Eckersley*, dem späteren Chefingenieur der BBC, arbeitende 400-Watt-Sender verfügte über eine Sendezeit von nicht mehr als dreißig Minuten in der Woche.

Aus diesen Anfängen entstand im Jahre 1922 das erste einheitliche Rundfunksystem in Großbritannien. Am 14. November 1922 wurde die *British Broadcasting Company Ltd.* unter der Lizenz des Generalpostmeisters gegründet. Einer der Hauptförderer der Gesellschaft war Godfrey *Isaacs*, der ehemalige Direktor der britischen Marconi-Gesellschaft.

Im Jahre 1925 wurde der Rundfunk in Großbritannien von einem amtlich ernannten Ausschuß überprüft und die *British Broadcasting Corporation* aufgebaut. Diese Gesellschaft begann offiziell am 1. Januar 1927 ihre Arbeit, nachdem sie Eigentum, Vermögen und Personal der Limited Company übernommen hatte. Die Leitung lag in den Händen von Mr. John, dem jetzigen Lord *Reith*. Ihre Rechte und Pflichten wurden in einer *Royal Charter* niedergelegt.

Im Jahre 1922 gab es nur vier Rundfunksender in Großbritannien, die zusammen ein Programm von sechs Stunden täglich boten.

Der erste Senderbauplan der BBC sah die Einrichtung von neun 1,5-Kilowatt-Stationen in London, Manchester, Birmingham, Newcastle, Glasgow, Cardiff, Aberdeen, Bournemouth und Belfast vor. Diese später als Hauptstationen bezeichneten Sender hatten aber nur eine Reichweite von je fünfzehn bis dreißig Kilometer. Sie allein konnten für Großbritannien nicht ausreichen.

Während der Jahre 1925/26 wurden weitere kleine Sendestationen in Betrieb genommen, so daß nun der größte Teil der britischen Stadtbevölkerung Rundfunk hören konnte.

Bis zum 1. Januar 1927 war die Zahl der Sender auf zwanzig gestiegen und die Sendezeit auf täglich zwölfeinhalb Stunden angewachsen. Siebzehn verschiedene Wellenlängen waren in Gebrauch

Die amtliche Zahl der Hörer betrug im Jahre 1927 etwa zwei Millionen. Die Zahl der Schwarzhörer wurde auf etwa

25 Prozent dieser Summe geschätzt. Die tägliche Sendezeit wurde ständig erweitert; vor allem wurden auch Vormittagssendungen eingeführt, die es den Radiofirmen ermöglichten, ihre Geräte vorzuführen, die inzwischen erhebliche Verbesserungen erfahren hatten. Das Detektorgerät mit Kopfhörern war dem Röhrenempfänger gewichen. Die Programmgestaltung der BBC lag in den Händen von Roger *Eckersley*, dem Bruder des Chefingenieurs. 1927 wurden die ersten Promenadenkonzerte aus der *Queen's Hall* übertragen. Der erste Dirigent, der einen Vertrag mit der BBC abschloß, war der bekannte, inzwischen verstorbene Sir Henry *Wood*.

Die BBC, die ja nicht als ein kommerzielles Unternehmen wie etwa die amerikanischen Sendegesellschaften gelten kann, baute nicht nur dort Sender, wo eine entsprechende Hörerzahl gesichert war, sondern sie versuchte auch, die verhältnismäßig dünn besiedelten ländlichen Gegenden mit ihren Sendungen zu erreichen. Dieses Problem wurde durch die Errichtung eines Langwellen-Großsenders in Daventry gelöst, der sich bald eines großen Zuhörerkreises erfreute.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die BBC aber bereits einen neuen Plan. Eckersley hatte das *Regional Scheme* vorbereitet. Der Plan war von dem Gedanken getragen, den Hörern nicht nur e i n Programm, sondern verschiedenartige Programme zu bieten. Aus Mangel an verfügbaren Frequenzen mußte sich die BBC bei der Verwirklichung ihres Planes jedoch auf zwei Programme beschränken. Von der Weltrundfunkkonferenz waren der BBC nämlich nur insgesamt zehn Frequenzen zugeteilt worden. Sie war daher gezwungen, diese zehn Stationen mit einer wesentlich stärkeren Antennenleistung zu bauen als die bisherigen Sender. Eine große Anzahl von Empfangsgeräten, die nur für örtlichen Empfang geeignet waren, wurde hierdurch unbrauchbar. Die Radioindustrie schaltete sich hier mit dem Bau besserer Geräte ein. Die Verwirklichung des Eckersley-Planes nahm längere Zeit in Anspruch. Erst im Jahre 1929 konnten *National-* und *Regional Scheme* offiziell eingeführt werden, die dann bis zum Ausbruch des Krieges beibehalten wurden.

Der Stand des Sendewesens im Jahre 1938



Alexandra Palace: Fernsehsender.

Im Jahre 1936 begann die BBC einen regelmäßigen *Fernsehsendedienst*. Es waren dies die ersten öffentlichen Fernsehsendeprogramme der ganzen Welt. Von diesem Jahre an konnte jeder Bewohner des Londoner Stadtgebiets Fernsehgeräte kaufen und damit jeden Nachmittag und Abend Unterhaltungsprogramme hören und sehen. Im Sommer 19 besaßen bereits 23 000 Personen eigene Fernsehgeräte.

Am 1. September 1939 wurde der Fernsehdienst der B in Anbetracht des drohenden Krieges eingestellt.

Nachdem der Sendebetrieb auf Langwellen von Daven nach Droitwich verlegt worden war, begann in Daven der Aufbau der Kurzwellensender, die nach einer Versuc zeit im Jahre 1932 in Dienst gestellt wurden. Das erste P gramm der im Rahmen des *Empire Service* laufenden S dungen wurde am 19. Dezember 1932 aus den neuen Stud von *Broadcasting House* gesendet. Dieser Kurzwellendie der zuerst nur in englischer Sprache aufgezogen wurde, stand aus nach fünf verschiedenen Zonen der Welt aus strahlten, je zweistündigen Übertragungen. Dieser Die wurde schnell zum größten und wichtigsten Dienst der B Ende 1936 liefen sechs getrennte Programme mit siebze einviertel Sendestunden.

Bis zum Ende des Jahres 1937 beschränkte sich die B auf Sendungen in englischer Sprache, obwohl die Sowj Union, Frankreich, die Niederlande, Deutschland, Itali Spanien und die Vereinigten Staaten ein wahres Babel v Sprachen aussendeten.

Am 1. November 1937 gab der britische Schatzkanz bekannt, daß die BBC von der Regierung aufgefordert w den sei, einen Rundfunkdienst für den Nahen Osten Nachrichten in arabischer Sprache und einen Rundfu dienst für Süd- und Mittelamerika in spanischer und p tugiesischer Sprache einzurichten.

Die BBC nahm die Arbeit zur Errichtung der ne Dienste sofort auf. Der arabische Nachrichtendienst bega am 3. Januar 1938. Die Nachrichtendienste für Lateinam rika begannen kurze Zeit danach am 13. März 1938. W später begannen auch die ersten Fremdsprachendienste Europa in den gleichen Sprachen.

Im Juni 1939 wurde wegen des Umfangs, den der Emp dienst annahm, eine Reform dringend notwendig. Aus d Empiredienst wurde der *World Service*.

Angesichts der internationalen Lage wurden am 27. S tember 1938 im Anschluß an die Rundfunkrede des da ligen Ministerpräsidenten *Chamberlain* zum erstenmal N richten in deutscher, in französischer und in italienisc Sprache gesendet. Diese Nachrichtendienste wurden nicht über die Mittelwellensender der englischen Heimatprogran verbreitet, sondern auch von sechs Kurzwellensendern Empiredienstes ausgestrahlt. Diesem europäischen Fre sprachendienst wurden wenig später eine eigene Kurzw und eine Mittelwelle zugeteilt. Im August 1939 wurde Spanien-Portugal-Dienst mit dem Frankreich-Italien-Deuts land-Dienst zum Europa-Dienst verschmolzen. Die Entw lung des Europa-Dienstes machte dann schnelle Fortschri

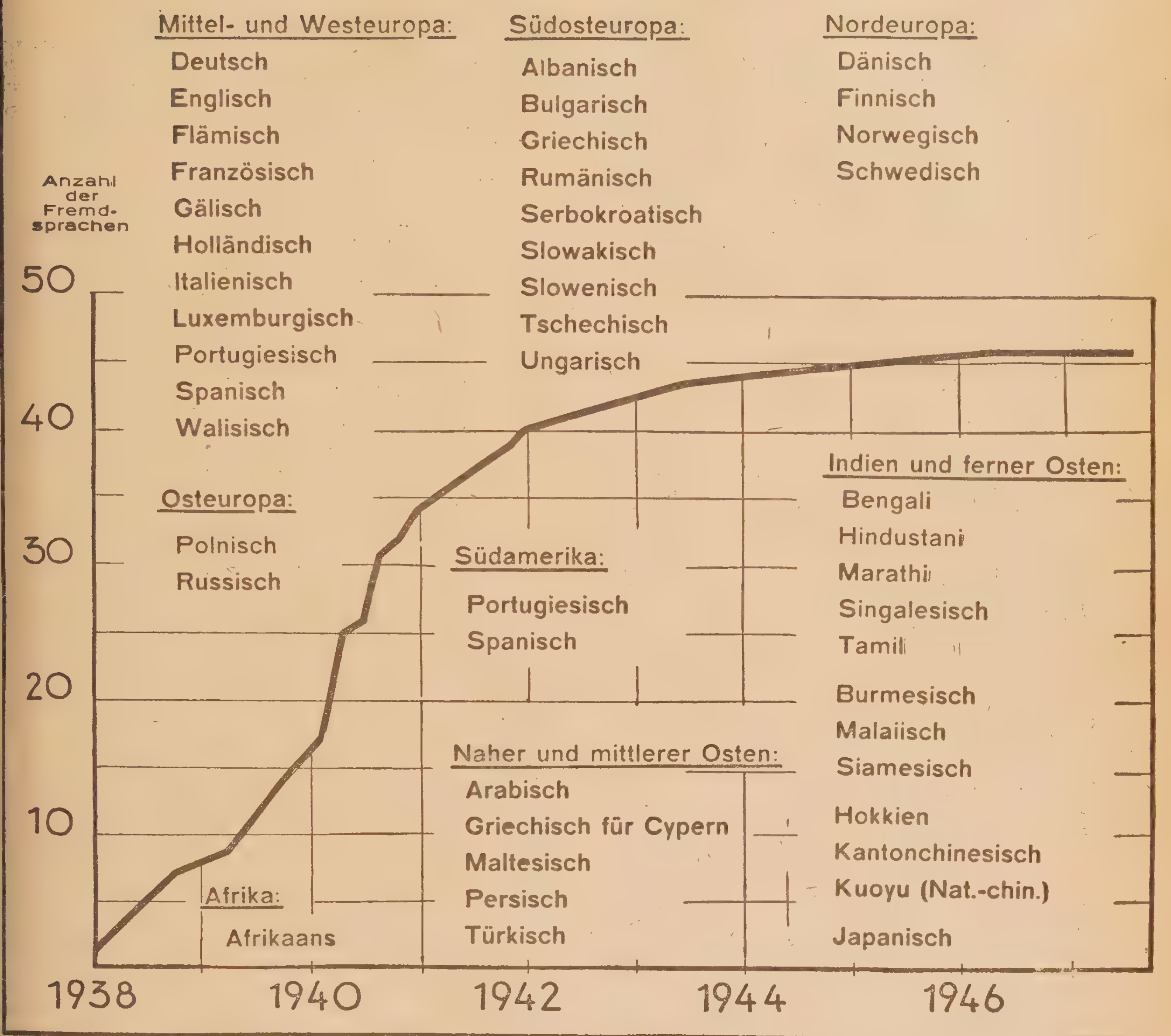
Kriegs- und Nachkriegszeit

Bei Ausbruch des Krieges richtete die BBC unterirdis Studios in der Nähe von Bristol in dem Schacht einer e maligen Bergbahn ein. Dieses unterirdische Hauptquar wurde in nur drei Monaten ausgebaut. Es verfügte ü einen Ortssender und zahlreiche Verbindungssender, die Kontakt mit anderen BBC-Zentren zu gewährleisten hat falls alle anderen drahtlichen Verbindungen zerstört wer sollten.

So gesichert begann die BBC ihre Kriegsaufgabe: die g Stimmung der britischen und der alliierten Truppen der Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten und zur Organ tion von Widerstandsbewegungen im besetzten Europa zutragen.

Die britischen Hörer mußten mit Beginn des Krieges militärischen Sicherheitsgründen auf den Alternativdi des National- und Regional-Programms verzichten. N Sender mußten gebaut werden, die stark genug waren, die deutschen Störsender nicht durchschlagen zu lassen. Mittel- und Langwellen-Großsender in der Nähe von H wurde auf 800 kW verstärkt und das Hauptkurzwellenzentr der BBC, das zwölf 100-kW-Sender aufweist, mit einu fünfzig verschiedenen Richtstrahlantennen ausgerüstet.

Die Entwicklung der fremdsprachigen Sendungen seit 1938



In all ihren Sendungen widerlegte die BBC die gegnerische Propaganda. Der britische Rundfunk wurde somit schnell zur amtlichen Nachrichtenquelle für die zahlreichen Untergrundzeitungen in den von Deutschland besetzten Gebieten. Die „V-Kampagne" des Obersten *Britton* wurde zu einem großen Erfolg. Noch heute erinnert das V-Klopfzeichen vor Beginn der Sendungen in deutscher Sprache an jene Tage. Im Verlauf des Krieges wurde die BBC zum Bindeglied zwischen dem Alliierten Hauptquartier in Großbritannien und den Untergrund- und Widerstandsbewegungen in Europa. Ihren Höhepunkt erreichten die von der BBC ausgesandten, zum Teil verschlüsselten Instruktionen am Tage des Beginns der Invasion, als die Zivilbevölkerung in Frankreich aufgefordert wurde, den Angriffsgebieten fernzubleiben und den Invasionstruppen durch Sabotage hinter den Linien zu helfen. Die BBC verdankt ihr großes Ansehen in den befreiten Ländern Europas in erster Linie diesen Sendungen.

Damit die Achsenmächte aus den Rundfunknachrichten keine wertvollen Informationen schöpfen konnten, wurden zwei Arten von Zensur angewandt: die Zensur durch die Regierung, die den Zweck hatte, Presse und Rundfunk vor einer leichtfertigen Preisgabe von Nachrichten zu bewahren, die für den Feind wichtig sein konnten, und die Zensur durch die BBC selbst, die einen auf den BBC-Hörerkreis abgestimmten Nachrichtendienst schaffen sollte. Das bedeutet, daß die BBC nicht alle von der Regierung freigegebenen Nachrichten verwendete.

Die Unabhängigkeit der BBC in der Wahl ihrer Programme wurde im Sommer dieses Jahres bei einer Anfrage im Unterhaus über Sprecherlaubnis für den ehemaligen amerikanischen Handelsminister Henry *Wallace* beleuchtet. Von seiten des Postministeriums wurde erklärt:

„Es ist die Politik aller britischen Regierungen gewesen, der BBC Unabhängigkeit in der Wahl ihrer Programme und in deren Zusammensetzung zu gewähren."

Der Heimatdienst

Der mit Beginn des Krieges eingeführte *Home Service* der BBC bildete den ganzen Krieg über das Hauptprogramm für die britischen Hörer. Schon einige Monate vor Beendigung des Krieges kündigte der Generaldirektor der BBC an, daß innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten im Westen die BBC ihren Hörern wieder ein vollwertiges Alternativprogramm bieten und die Regional-

programme wieder aufnehmen werde. Der 8. Mai 1945 war der Tag des Sieges in Europa, und die technische Abteilung und die Programmabteilung der BBC begannen sofort mit den erforderlichen Arbeiten, um das gegebene Versprechen einzulösen. Am 29. Juli 1945 wurden die neuen Dienste eingeführt: der Heimatdienst mit seinen regional unterschiedlichen Programmen und als Alternativprogramm das sogenannte *Light Programme.* Der Heimatdienst der Nachkriegszeit ähnelt stark dem der Kriegszeit: Nachrichtendienste und die bekannten Sendungen wie Schulfunk, religiöse Sendungen, Hörspiele, Symphoniekonzerte, Unterhaltungssendungen leichter und ernster Natur und so fort. Heute gibt es sieben Heimatdienste: den in London geleiteten Heimatdienst, der sich auf Sendematerial aus Großbritannien, Europa und Amerika stützt, den Schottland-Heimatdienst, den Wales-Heimatdienst, den Nordirland-Heimatdienst, den Nordengland-Heimatdienst, den Mittelengland-Heimatdienst und den Westengland-Heimatdienst. Jeder dieser Dienste kann wählen, ob er zu irgendeiner Zeit ein eigenes Programm senden oder ein Programm von einem der anderen Heimatdienste, insbesondere dem Londoner Heimatdienst übernehmen will.

Das Leichte Programm

Das am 29. Juli 1945 eingeführte *Light Programme* stellt einen neuen Dienst der BBC dar: ein Unterhaltungsprogramm im weitesten Sinne des Wortes, das häufig von den britischen Truppensendern *(BFN)* in Deutschland übernommen wird. Es wird auch über einen auf dem Kontinent gut hörbaren Langwellensender übertragen. Das Leichte Programm ist eine Fortführung des im Januar 1940 eingerichteten Truppenprogramms, das sich an die während des Krieges in Großbritannien stationierten Truppen aller Dominien und des Heimatlandes richtete. Anfänglich wurde der Dienst nur über Mittelwellen verbreitet. Mit der Ausweitung des Krieges, insbesondere im Mittleren Osten und in Nordafrika, wurde später auch ein Kurzwellendienst für die Truppen in Übersee eingerichtet. Im weiteren Verlauf des Krieges wurden diese beiden Truppendienste zu dem *General Forces Programme*, kurz GFP genannt, verschmolzen. Während das heutige Leichte Programm eine Fortführung des Mittelwellen-Truppenprogramms darstellt, hat der *General Overseas Service* die Nachfolge des Kurzwellendienstes für die Truppen übernommen.

Das Dritte Programm

Das *Third Programme* der BBC wurde am 29. September 1946 eingeführt. Es läuft täglich von 18.00 bis 24.00 Uhr und führt die Meisterwerke der Musik, der Literatur, des Theaters auf, um auch die Ansprüche der verwöhntesten Hörer zu befriedigen.

Der Empfang dieses Dritten Programms ist in Großbritannien noch nicht überall gleichmäßig gut. Der zur Verbreitung des Dritten Programms benutzte Hauptsender in Droitwich mußte die geplante Sendestärke erheblich herabsetzen, da im September 1946, kurz vor Eröffnung des Dritten Programms, Radio Latvia die früher Lettland zugeteilte Frequenz erneut zu benutzen begann. Inzwischen hat die BBC eine Anzahl kleinerer örtlicher Sender eingesetzt, die aber noch nicht ausreichen, um überall zufriedenstellende Empfangsverhältnisse zu schaffen.

Die erste Verwendung der in Großbritannien bis dahin noch unbekannten deutschen Magnetophonaufnahmebänder erfolgte am 8. November 1946 im Rahmen des Dritten Programms mit einer Wiedergabe der Strauß-Oper „Der Rosenkavalier".

Der Fernsehdienst

Im September 1943 beauftragte die britische Regierung einen Ausschuß, Pläne für die Wiedereinführung des Fernsehfunks und für die Entwicklung des Fernsehwesens nach dem Kriege vorzubereiten. Im Oktober 1945 wurden die Empfehlungen dieses Ausschusses gebilligt. Von da an begann die BBC mit der Vorbereitung zur Wiederaufnahme des Fernsehdienstes. Die Studios in *Alexandra Palace* wurden überholt und überprüft. Am 7. Juni 1946, nachmittags drei Uhr, nahm die BBC den Fernsehdienst wieder auf und übertrug schon nach wenigen Tagen die große Siegespara in London. Eine Woche später folgten Übertragungen v den Endspielen in Wimbledon und dem Kricketspiel zw schen England und Indien. Aus einem Londoner Thea wurde eine ganze Revue übertragen, von der Londoner Fr lichtbühne die vollständige Aufführung des „Sommernach traums". Dies sind nur einige Beispiele aus den ersten W chen des wiedereingeführten Fernsehdienstes der BBC. Mi 1947 schätzte die BBC die in Betrieb befindlichen Fernse empfänger auf höchstens 25 000, eine Zahl, die sich ab sicherlich bald vervielfachen wird.

Der Weltdienst

Aus dem 1932 entstandenen „Empire-Dienst" entwicke sich nach Ausbruch des Krieges schnell ein ganzes Netz v Überseediensten. Anfänglich umschloß der Begriff „Überseedienste" auch die Europadienste, während der he tige *World Service* der BBC alle Dienste in Englisch u anderen Sprachen umfaßt, die sich an die Länder außerha Europas richten.

Die Gliederung des BBC-Weltdienstes im Jahre 1947 v anschaulicht die Tafel auf Seite 943.

Der *Allgemeine Überseedienst* (General Overseas S vice) ist ein weltweiter Dienst und richtet sich an alle d jenigen, die Großbritannien im weiteren Sinne als ihre H mat betrachten. Dieser Dienst, kurz GOS genannt, hat Nachfolge des *Kurzwellen-Truppen-Programms* (Gen Forces Programme), kurz GFP genannt, übernommen, im November 1942 mit einer täglichen einstündigen Scha plattensendung ins Leben gerufen wurde und dann schn zu einem vierundzwanzigstündigen Dienst anwuchs.

Durch die Beendigung des Krieges und die Rückkehr Truppen in die Heimat entfiel die Aufgabe des GFP. S dem Jahre 1947 gibt es nur noch den pausenlos arbeitend GOS. Eine bedeutende Erweiterung ist durch die Übernah der britischen Militärsender in aller Welt im Laufe Jahre zu erwarten.

Bedeutsame Sendungen des Weltdienstes sind die Die für die Dominien und die Kolonien. Die jetzt gültigen R linien für diese Dienste wurden am 15. Februar 1944 der ersten Rundfunkkonferenz der Britischen Völkergem schaft in London unter Teilnahme von Vertretern Kana Australiens, Neuseelands, Südafrikas und Indiens festge Der zwischen dem britischen Mutterland und den Domi während des Krieges immer stärker in Fluß gekomm Austausch von Sendungen aller Art, aber auch von Perso soll in Zukunft besonders gefördert werden. Australien Neuseeland werden durch den *Pazifik-Dienst* und Südaf durch den *Afrika-Dienst* bedacht.

Dem *Östlichen Dienst* der BBC kommt für die bei neugeschaffenen Dominien Indien und Pakistan beson Bedeutung zu. Diese Programme stehen auf besond hohem Niveau. Vor allem bringt der Dienst ausgezei nete literarische und musikalische Darbietungen. Etwa z Drittel der Sendezeit für Indien und Pakistan werden englischer Sprache gesendet, die übrige in Hindostani. D neben gibt es aber auch regelmäßige Sendungen in den v schiedenen Minoritätensprachen.

Der *Nordamerika-Dienst* der BBC erfreut sich vor al in den Vereinigten Staaten wachsender Beliebtheit. V amerikanische und kanadische Mittelwellensender übern men regelmäßig Programme des Nordamerika-Dienstes BBC. Im Jahre 1946 waren es allein siebzig amerikanis Radiostationen, die mindestens einmal wöchentlich ein P gramm des Nordamerika-Dienstes der BBC übernahmen.

Der *Lateinamerika-Dienst* wurde im November 1943 d die Aufteilung in zwei nebeneinanderlaufende Dienste spanischer beziehungsweise portugiesischer Sprache umor nisiert. Nachrichtensendungen und vor allem Kommen stehen nach wie vor im Mittelpunkt. In Brasilien erfreut die BBC einer großen Hörerschaft. In vielen Ländern S und Mittelamerikas werden die BBC-Sendungen durch liche Mittelwellensender übernommen, und die Presse öffentlicht häufig Kommentare der BBC.

BBC-Weltdienst (World Service)

(Stand vom 1. Oktober 1947)

Regionale Überseedienste:

Pazifischer Dienst
Sendezeiten:
05.00—09.00 G. M. T.*)
mit Richtstrahlern nach:
Australien, Australasien, Neuseeland und dem Pazifik
Sprache: Englisch

Fernöstlicher Dienst
Sendezeiten:
11.00—14.00 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
Burma, Malaiischer Archipel, Südchina, Südostasien, Nordchina und Japan
Sprachen: Englisch, Japanisch, Kantonchinesisch, Hokkien, Kuoyu, Französisch, Malaiisch, Siamesisch, Niederländisch, Burmesisch

Östlicher Dienst
Sendezeiten:
13.30—15.30 G. M. T.
16.00—16.45 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
Indien, Pakistan und Ceylon
Sprachen:
Englisch, Hindostani, Tamil, Singalesisch, Marathi und Bengali

Afrika-Dienst
Sendezeiten:
15.30—21.00 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
Mittel- und Südafrika,
dem Nahen Osten und Ostafrika,
Westafrika
Sprachen: Englisch, Afrikaans

Dienst für den Nahen Osten
Sendezeiten:
04.30—05.15 G. M. T.
10.45—11.00 G. M. T.
15.45—18.15 G. M. T.
19.30—20.30 G. M. T.
21.00—21.15 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
dem Nahen und Mittleren Osten,
Nordafrika, dem westlichen Mittelmeer,
dem mittleren Mittelmeer
Sprachen:
Arabisch, Türkisch, Persisch

Sonderdienst für Cypern
Sendezeiten:
18.30—18.45 G. M. T.
mit Richtstrahler nach:
Cypern
Sprache:
Griechisch für Cypern

Sonderdienst für Malta
Sendezeiten:
18.30—18.45 G. M. T.
mit Richtstrahler nach:
Malta
Sprache:
Maltesisch

Nordamerika-Dienst
Sendezeiten:
13.00—14.00 G. M. T.
14.15—16.00 G. M. T.
16.30—02.45 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
den Vereinigten Staaten, Kanada, Neufundland, Mexiko, dem nordkaribischen Gebiet,
der Westküste Nordamerikas
Sprache: Englisch

Lateinamerika-Dienst I
Sendezeiten:
15.30—15.45 G. M. T.
22.00—01.30 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
Mittelamerika, dem südkaribischen Gebiet,
Südamerika nördlich des Amazonas,
Südamerika südlich des Amazonas
Sprache: Portugiesisch

Lateinamerika-Dienst II
Sendezeiten:
14.00—14.15 G. M. T.
16.00—16.30 G. M. T.
22.00—03.45 G. M. T.
mit Richtstrahlern nach:
Mexiko, Nordamerika, dem nordkaribischen Gebiet,
Mittelamerika, dem südkaribischen Gebiet,
Südamerika nördlich des Amazonas,
Südamerika südlich des Amazonas
Sprache: Spanisch

Allgemeiner Überseedienst:

Sendezeiten:
02.00—02.00 G. M. T.

mit Richtstrahlern nach:
Nordchina, Japan, dem nordwestlichen Pazifik,
dem südwestlichen Pazifik,
Indien, Pakistan und Ceylon,
Burma, dem Malaiischen Archipel, Südchina, Südostasien,
Irak und Persien,
Ostafrika, dem Nahen Osten und dem östlichen Mittelmeergebiet,
Italien, dem mittleren Mittelmeergebiet,
Österreich,
Nordafrika,
Mittel- und Südafrika,
Westafrika,
Gibraltar und dem westlichen Mittelmeergebiet,
Südamerika südlich des Amazonas,
Westindien und Mittelamerika,
Nordamerika,
der Westküste Nordamerikas

Sprache: Englisch

*) Greenwich Mean Time

Aus dem im Jahre 1938 von der BBC eingerichteten ersten Fremdsprachendienst in Arabisch ist im Verlauf des Krieges der *Nahost-Dienst* entstanden. Die Sendungen in arabischer Sprache bilden nach wie vor den Hauptteil des Dienstes. Die Sendungen in türkischer und persischer Sprache wurden im Vergleich zu den Programmen während des Krieges eingeschränkt. Die Wichtigkeit, die die BBC dem Nahost-Dienst beimißt, erkennt man daraus, daß die BBC eine besondere Rundfunkzeitung in englischer und arabischer Sprache, den *Arabic Listener*, herausgibt.

Der *Fernost-Dienst* in seiner heutigen Form wurde am 1. Mai 1945 geschaffen. In den letzten Kriegsjahren bildeten die Sendungen in fernöstlichen Sprachen einen Teil des Dienstes für Indien, während der schon seit 1941 bestehende Fernost-Dienst nur in englischer Sprache arbeitete.

Mit der Entwicklung des Krieges im Fernen Osten, insbesondere in Südostasien, und dem Vormarsch auf Japan selbst entstand dann erneut ein besonderer Dienst, der sich in den verschiedenen Sprachen an die großen Menschenmassen des Fernen Ostens wandte. Aber die Zahl der Hörer war und ist auch jetzt sehr klein, da es dort an Kurzwellenempfängern mangelt. Seit Ende 1946 umfaßt der Fernost-Dienst auch ein tägliches Programm in englischer Sprache. Der künftige Erfolg der BBC-Sendungen nach dem Fernen Osten wird von der Bereitwilligkeit der örtlichen Rundfunkgesellschaften abhängen, die Kurzwellensendungen aus London über die Mittelwellensender im Relais weiter zu verbreiten.

Der Europa-Dienst

Die rasche Ausweitung des Krieges auf ganz Europa hatte die entsprechende Vermehrung der Sprachdienste der BBC zur Folge. Die Entwicklung des Europadienstes von den ersten fremdsprachigen Nachrichtendiensten zu dem heutigen Dienst in vierundzwanzig Abteilungen läßt sich aus der nachstehenden Übersicht ersehen.

Im Februar 1944 erreichte die Sendezeit des Europadienstes mit insgesamt 409 Stunden ihren Höhepunkt. Mit der Beendigung des Krieges fielen jedoch viele Sendungen aus. Ende 1945 umfaßte der Europadienst nur noch 178 Sendestunden, und heute sind es sogar noch weniger geworden.

Während des Krieges stellte die BBC den Exilregierungen Belgiens, Griechenlands, der Niederlande, Polens und Jugoslawiens einen Teil der Sendezeit des Europadienstes zur Verfügung, so daß diese eigene Sendungen für ihre Länder ausarbeiten konnten.

Das Jahr 1945 brachte mit der Beendigung des Krieges in Europa eine Umstellung des Europadienstes auf Friedensverhältnisse. Die Exilregierungen kehrten aus London in ihre Länder zurück und nahmen die Sendungen über ihre eigenen Rundfunkstationen wieder auf.

Heute besteht zwischen den europäischen Ländern und der BBC eine enge Zusammenarbeit. Deutsche, österreichische, griechische und italienische Stationen übernehmen regelmäßig Sendungen des Europadienstes der BBC. Besonders wichtige Programme wurden in den letzten Jahren auch von der Tschechoslowakei, Frankreich, Norwegen und der Sowjet-Union übernommen. Umgekehrt hat auch die BBC Sendungen europäischer Sendegesellschaften gebracht. So erhielt die BBC Programmbeiträge von Belgien, der Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Österreich, Holland, Norwegen, der Sowjet-Union, Schweden und der Schweiz.

Bis zur Wiederaufnahme des Sendebetriebs der französischen Kurzwellenstationen übernahm die BBC die Ausstrahlung eines Programms für die Franzosen in Deutschland und eines wöchentlichen Programms nach Indochina. Bis November 1946 wurde auch ein niederländisches Programm für Niederländisch-Indien übernommen. Mit der Radio-Diffusion Française steht die BBC in regelmäßigem Programmaustausch.

Die während des Krieges von der BBC zur Verfügung gestellten Sender für das *Allied Expeditionary Forces Programme* (AEFP) und die *American Broadcasting Station in Europe* (ABSIE) wurden im Laufe des Jahres 1945 an die BBC zurückgegeben. ABSIE stellte die Sendungen am 4. Juli, AE[…] am 28. Juli 1945 ein. Die BBC übertrug aber weiterhin [d…] Sendungen der „Stimme Amerikas". Für Deutschland wu[…] den diese Sendungen jedoch Mitte 1947 eingestellt, da [d…] deutschsprachigen Sendungen aus Amerika seit diesem Ze[…] punkt unmittelbar von den deutschen Sendern der amerik[…] nischen Zone übernommen werden.

Heute wird der Europadienst der BBC in 24 verschieden[…] Sprachen einschließlich Englisch über vier Sendenetze a[…] gestrahlt. Theoretisch stehen jedem Netz täglich vierun[…] zwanzig Stunden Sendezeit zur Verfügung. Die tatsächli[…] benutzte Zeit ist jedoch geringer, da sich die Sendungen [..] den Hauptsendezeiten mittags und abends konzentrieren.

Die Standardsendungen des Europadienstes bestehen [..] jedes Land aus einem halbstündigen Programm mit ein[…] Nachrichtendienst, einem kurzen Vortrag oder Kommen[…] und einer feuilletonistischen Sendung. Hauptbestandteil [..] Programme sind täglich über siebzig Nachrichtendienste, [..] denen sich die BBC bemüht, einen umfassenden, unpart[…] ischen und genauen Weltnachrichtendienst zu geben.

Neben den Nachrichten wünscht der europäische Hö[…] die Haltung Großbritanniens dazu kennenzulernen. Di[…] heikle Aufgabe wird von der BBC mit großer Sorgfalt [..] handelt. Dort, wo es nicht möglich ist, mit einer einzig[…] Stellungnahme die Haltung Großbritanniens darzustell[…] wird das Bild oft durch verschiedene Schattierungen [..] Meinungsäußerung gekennzeichnet. Die Programme des E[…] ropadienstes beantworten auch die Frage, wie das britis[…] Volk lebt und welches seine Interessen sind.

Eine Schilderung des Europadienstes der BBC wäre [..] vollständig, wenn man nicht auch den Sprachunterri[…] *English by Radio* erwähnen wollte.

Im Jahre 1942 entstand in London der Gedanke, Spra[…] unterrichtssendungen zu bringen. Aber erst im Juli 1[…] wurde mit Fünf-Minuten-Sendungen begonnen. Die Vol[…] tümlichkeit dieser Programme ist ständig gewachsen. He[…] nimmt das Sprachunterrichtsprogramm des Europadien[…] der BBC einen breiten Raum ein. Es ist in allen Länd[…] Europas zu hören. Für Frankreich und Deutschland wer[…] die Unterrichtssendungen in der Landessprache erteilt, w[…] rend für alle anderen europäischen Länder der in englisc[…] Sprache abgehaltene Standardunterricht benutzt wird.

Die Sendungen für Deutschland haben im Rahmen [..] Europadienstes der BBC stets einen besonderen Raum e[…] genommen. Ihre Bedeutung während des Krieges erke[…] man an der großen Zahl der „Schwarzhörer" unter der [..] vilbevölkerung und innerhalb der Wehrmacht.

Als Beispiel für den programmtechnischen Aufbau [..] Deutschland-Dienstes während des Krieges soll hier e[…] Übersicht aus dem Jahre 1941 gegeben werden:

05.00 MEZ (Mitteleuropäische Zeit) Sendung für die Seeleute
06.00 MEZ Nachrichten und Sendung für die Arbeiter
07.00 MEZ Nachrichten und Sendung für die Arbeiter
08.00 MEZ Sendung für die deutschen Frauen
09.00 MEZ Werktags: Nachrichten
Sonntags: Sendung für die Protestanten
11.00 MEZ Nachrichten
11.15 MEZ nur Mittwoch: Gottesdienst
14.00 MEZ Nachrichten
Donnerstag und Sonntag: Sendung für die Katholiken
16.00 MEZ RAF-Sendung für die deutsche Luftwaffe
16.15 MEZ Amerika ruft Europa
18.00 MEZ Sendung für die deutsche Wehrmacht
19.00 MEZ Sendung für den deutschen Seemann
20.00 MEZ Nachrichten, anschließend:
Mo: Arbeitersendung
Di: Kurt und Willi vom Propagandaministerium
Mi: Was wollen Sie wissen?
Do: Arbeitersendung
Fr: England diese Woche
Sa: Allgemeiner Kommentar
So: Lindley Fraser
22.00 MEZ Nachrichten, anschließend:
Mo: Allgemeiner Kommentar
Di: Lindley Fraser
Mi: Allgemeiner Kommentar
Do: Sefton Delmer
Fr: Deutschlandspiegel
Sa: Briefe des Gefreiten Hirnschal.
Jeden ersten Samstag im Monat die Botschaft von Tho[…] Mann
So: Kommentar zur Lage
23.00 MEZ Amerika ruft Europa
00.00 MEZ Sendung für Österreich
01.00 MEZ Nachrichten
02.00 MEZ Sendung für die deutsche Wehrmacht

Tägliche Sendedauer der Sprachdienste der BBC nach dem Stand vom 31. Dezember 1946 *)

(in Minuten)

Länder, in denen die Sendungen hörbar sind	Albanisch seit November 1940	Bulgarisch seit Februar 1940	Dänisch seit April 1940	Deutsch seit Oktober 1938	Deutsch für Österreich seit Oktober 1938	Englisch seit Oktober 1938	Finnisch seit März 1940	Flämisch seit April 1940	Französisch für Belgien seit April 1940	Französisch seit Oktober 1938	Griechisch seit September 1939	Niederländisch seit April 1940	Italienisch seit Oktober 1938	Norwegisch seit April 1940	Polnisch seit September 1939	Portugiesisch seit Juni 1938	Rumänisch seit September 1939	Russisch seit April 1946	Schwedisch seit Februar 1940	Serbokroatisch seit September 1940	Slowenisch seit April 1941	Spanisch seit Juni 1938	Tschechisch und Slowakisch seit September 1939	Ungarisch seit September 1939
Belgien						225		15	15	330		60												
Dänemark			45			60	30							45					30					
Frankreich						225		15	15	330		60												
Deutschland				405	75	180									105									
Niederlande						225		15	15	330		60												
Italien	15	70				105				105	60		120				70			70	15		75	75
Luxemburg						225		15	15	330		60												
Österreich				405	75	180									105									
Polen				405	75	180									105									
Portugal						135				75		15				45						75		
Skandinavien und Finnland			45			60	30							45					30					
Sowjet-Union																		75						
Spanien						135				75		15				45						75		
Südosteuropa	15	70				105				45	60		120				70			70	15		75	75
Tschecho-slowakei	15	70				105				45	60		120				70			70	15		75	75
Ungarn	15	70				105				105	60		120				70			70	15		75	75

*) Nach dem Stand vom 15. September 1947 hat die BBC die Sendezeiten für verschiedene europäische Länder eingeschränkt. Besonders bemerkenswert ist die Verringerung der Sendezeit für Deutschland um 1¼ Stunden auf 5 Stunden und für Frankreich um 1¼ Stunden auf 4¾ Stunden. Durch Kürzung der Sendezeiten für Österreich, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Spanien und Jugoslawien sowie der Sendungen in englischer Sprache kamen insgesamt weitere 2½ Stunden in Fortfall.

Die Daten hinter den einzelnen Sprachen kennzeichnen die Einführung des jeweiligen Sprachdienstes.

Anmerkungen:

Außerdem können Sendungen in Luxemburgisch von je 15 Minuten Dauer zweimal wöchentlich in Luxemburg, Belgien, Frankreich und den Niederlanden gehört werden.

Außerhalb Europas können folgende Sprachdienste des Europadienstes täglich gehört werden:

Mittlerer Osten: Italienisch ¼ Stunde; Polnisch 1 Stunde

Mittleres Mittelmeergebiet: Italienisch 1½ Stunden

Westliches Mittelmeergebiet: Spanisch ½ Stunde

Ostafrika: Italienisch 1¾ Stunden; Polnisch 1 Stunde

Mittel- und Südafrika: Flämisch ¼ Stunde; Niederländisch ¾ Stunden; Französisch 2¾ Stunden; Portugiesisch ¾ Stunden

Nordafrika: Französisch 5½ Stunden; Spanisch 1 Stunde

Während der letzten Kriegsmonate konzentrierten sich die deutschen Sendungen der BBC auf eine möglichst schnelle Verbreitung der Nachrichten über den Vormarsch der Alliierten an allen Fronten. Die Wiedergabe der illusorisch gewordenen Prophezeiungen Hitlers in seiner eigenen Stimme trug dazu bei, die letzten Reste des Vertrauens in Hitler und auf einen deutschen Sieg zu erschüttern.

Der Deutschland-Dienst der BBC verbreitete nach Beendigung des Krieges viele Einzelheiten über die Konzentrationslager. Patrick Gordon *Walker* besuchte unmittelbar nach der Befreiung das Konzentrationslager Belsen und Hugh Carleton *Greene* besichtigte das Konzentrationslager Dachau. Als Hauptziel des Deutschland-Dienstes in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende bezeichnet das BBC-Jahrbuch für 1946 die Aufklärung über das tatsächliche Ausmaß und die Ursachen der deutschen Niederlage und die Feststellung der Gesamtverantwortlichkeit des deutschen Volkes.

Im Juli 1946 wurde der Deutschland-Dienst wesentlich umgestaltet, um den neuen Aufgaben im Frieden gerecht zu werden. Hörspiele und musikalische Sendungen traten zu den Nachrichten und Kommentaren. Die Hauptbetonung wurde auf den Wiederaufbau in Deutschland gelegt, von dem eigene Korrespondenten berichteten.

Zwei Ereignissen schenkte die BBC in der ersten Nachkriegszeit ihre besondere Aufmerksamkeit: dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und der Ernährungs- und Kohlenkrise.

Im Juni 1945 wurde der während des Krieges aus dem Deutschland-Dienst herausgelöste Österreich-Dienst wieder mit dem Deutschland-Dienst zusammengelegt. Die Zahl der Sendungen für Österreich wurde von fünf auf drei vermindert. Die Nachrichtensendungen richten sich heute an Deutschland und Österreich. Der eigentliche Österreich-Dienst ist immer stärker zu einem feuilletonistisch aufgebauten Programm umgestaltet worden und arbeitet innerhalb der deuschsprachigen Gruppe des Europadienstes ganz für sich mit eigenem Stab.

In der Leitung des Deutschland-Dienstes trat im Jahre 1946 eine Veränderung durch das Ausscheiden des bisherigen Leiters Hugh Carleton *Greene* ein, der zum Radio-Kontrolloffizier der britischen Zone Deutschlands ernannt wurde. Sein Nachfolger ist der bekannte Kommentator des Deutschland-Dienstes, Lindley *Fraser*.

Die Zahl der Hörer von BBC-Sendungen in Deutschland wird heute auf über drei Millionen geschätzt. Die Gesamtsendezeit des Deutschland-Dienstes betrug Ende September 1947 fünfeinhalb Stunden täglich. Ein Fünftel der Sendezeit bestand aus Nachrichten, zwei Fünftel aus Vorträgen und Hörbildern und der Rest aus Musik, englischem Sprachunterricht, Presseübersichten und Kriegsgefangenensendungen.

Die Sendungen des Europadienstes der BBC für Deutschland gliederten sich Ende September 1947 wie folgt:

06.00—06.15 DSZ (Deutsche Sommerzeit) Nachrichten, Arbeitersendung
07.00—07.15 DSZ Nachrichten, aktueller Vortrag
09.00—09.15 DSZ Nachrichten, Lernt Englisch im Londoner Rundfunk
14.00—14.30 DSZ Nachrichten, Wiederholung der 22.00-Uhr-Sendung des Vortages
17.00—17.15 DSZ Im Spiegel der englischen Presse
17.15—17.30 DSZ Programm
- So: Evangelischer Nachrichtendienst
- Mo: Kriegsgefangenendienst Grußsendung aus dem Nahen Osten
- Di: Kriegsgefangenendienst Grußsendung aus Großbritannien
- Mi: Kriegsgefangenendienst
- Do: Vortragsreihe „Die Welt der Wissenschaft“
- Fr: Kriegsgefangenendienst
- Sa: Vortragsreihe „Recht und Gerechtigkeit“

18.00—18.15 DSZ Nachrichten und Programm
- So: Sendung für Katholiken
- Mo bis Sa: Für junge Menschen

18.15—18.30 DSZ Programm
- So: Programmvorschau
- Mo: Vortragsreihe „Lebendiges Abendland“
- Di: Kleines Konzert
- Mi: Kanada ruft Deutschland
- Do: Kulturnotizen
- Fr: Vorschau auf die Musikprogramme der kommenden Woche
- Sa: Die Welt von heute und morgen

20.00—20.20 DSZ Nachrichten, aktueller Vortrag
20.20—20.30 DSZ Im Spiegel der englischen Presse
20.30—20.45 DSZ Lernt Englisch im Londoner Rundfunk
20.45—21.00 DSZ Programm
- So: Lebendiges Abendland
- Mo: Unser Radiodoktor
- Di: Deutsche Besucher sprechen aus England
- Mi: Aus der Welt der Wissenschaft
- Do: Für Eltern und Erzieher
- Fr: Recht und Gerechtigkeit
- Sa: Musik

21.00—22.00 DSZ Programm
- So: Konzert oder Hörspiel
- Mo: Hörspiel oder Vortrag. Anschließend: Aus der Welt des Buches
- Di: Funkbriefkasten. Anschließend: Stimmen aus dem Gestern
- Mi: Konzert
- Do: Hörfolge und Vortrag
- Fr: Stimmen aus dem Gestern Anschließend: Funkbriefkasten
- Sa: „Was wollen Sie wissen?“ Anschließend: Musik

22.00—22.30 DSZ Nachrichten und Programm
- Mo: Englische Randnotizen
- Di: Deutschlandberichte
- Mi: Was wirklich geschah
- Do: Beantwortung von Hörerbriefen
- Fr: Londoner Tagebuch
- Sa: Das wandernde Mikrophon

24.00—00.15 DSZ Nachrichten

Der Schallaufnahmedienst

Der Londoner Schallaufnahmedienst, der bis Ausbruch des Krieges eine unbedeutende Rolle gespielt hatte, wurde von 1940 an besonders gefördert und entwickelt. Heute stellt er einen wesentlichen Bestandteil der Überseedienste der BBC dar. Aufgabe dieses Dienstes, der Anfang 1946 seinen alten Titel *London Transcription Service* gegen *BBC Transcription Service* austauschte, ist es, Plattenaufnahmen herzustellen und sie zur Weltverbreitung anderen, insbesondere weitentfernten Rundfunksendern zu überlassen, ohne daß damit die Kompetenzen der Kurzwellen-Überseedienste für direkte Übertragungen eingeschränkt würden. Denn gerade das Verlangen nach einer fadingfreien Übertragung künstlerischer Darbietungen, die sich über Kurzwellen auf weite Entfernungen nicht erreichen läßt, ist sehr groß.

Heute arbeitet der Schallaufnahmedienst der BBC bereits in neunzehn verschiedenen Sprachen und beliefert mehr als 400 verschiedene Rundfunkgesellschaften mit insgesamt etwa 7000 Schallplatten monatlich. Durch die Überlassung von Schallaufnahmen an die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Rundfunkgesellschaften des europäischen Kontinents hat die BBC wertvolle Beiträge geleistet.

Der Kriegsberichterdienst der BBC

Während des Krieges unterhielt die BBC einen eigenen Stab von Kriegsberichterstattern (WRU = War Reporting Unit), die mit ihren Aufnahmegeräten und zum Teil fahrbaren Sendern von allen Plätzen der Erde berichteten. Regelmäßige Berichte erhielt sie aus Moskau (Paul *Winterton*, Alexander *Werth*), Stockholm (Norman *MacDonald*), New York, Washington, den wichtigen Konferenzorten der Alliierten in den Vereinigten Staaten und Kanada (Anthony *Wiggen* und Alistaire *Cook*), New Delhi (Richard *Sharp*) und Kairo (John *Nixon*). Während der Aufstände in Griechenland im Jahre 1944 kamen Berichte aus Athen. Frontberichte wurden aus Afrika, Sizilien, Italien, Jugoslawien und Albanien übermittelt. Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete die BBC den Vorbereitungen für die alliierte Landung in Frankreich. Schon im März 1943, mehr als ein Jahr vor der Landung in der Normandie, operierte die BBC mit neuartigen Geräten anläßlich einer Truppenübung in der Nähe von Oxford. Als dann die Invasion begann, stand der BBC ein Stab von gut ausgebildeten Berichterstattern zur Verfügung, die vom Tage der Landung an die Frontereignisse verfolgten. Die Augenzeugenberichte des ersten Tages wurden von nicht weniger als 725 amerikanischen Sendern übernommen und weiterverbreitet.

Nach Beendigung des Krieges begab sich eine fahrbare Station nach Berlin, von wo Norman *MacDonald* als Chefkorrespondent für Deutschland die Berichterstattung übernahm. Mit Beginn des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses wurde die Station nach Nürnberg verlegt, von wo Karl *Anders* und Eberhard *Schütz* laufend über den Gang der Prozeßverhandlungen berichteten. Heute hat die BBC auch wieder einen ständigen Korrespondenten in Paris, Thomas

Cadett. Chefkorrespondent für Österreich mit Sitz in Wien ist der den deutschen Hörern bekannte Patrick *Smith*, der auch die Berichterstattung für Triest, Ungarn und die Tschechoslowakei wahrnimmt.

Der Abhördienst

Der schon bei Beginn des Krieges bestehende *Monitoring Service* der BBC ist in den Kriegsjahren zu einem großen und wichtigen Dienst geworden. Während des Krieges wurden die Sendungen nicht nur des feindlichen, sondern des Rundfunks der gesamten Welt von vielen hundert Fachleuten in ununterbrochenem Dienst in den verschiedensten Sprachen abgehört. Aber nicht nur Rundfunksendungen, sondern auch Telephonie-, Telegraphie- und Hellschreibsendungen wurden abgehört. Mit dem Vormarsch der Alliierten in Europa wuchs die Verwirrung, die manchmal im Äther herrschte, und damit die Bedeutung des Abhördienstes, wie etwa das folgende Beispiel zeigt: Nach dem Umsturz in Italien konnten auf ein und derselben Wellenlänge drei verschiedene Nachrichtendienste in italienischer Sprache gehört werden. Der Sender Palermo befand sich unter alliierter Kontrolle, der Sender Bari im Besitz der Badoglio-Truppen und der Sender Mailand noch unter deutscher Kontrolle. Die erste Nachricht von der Kapitulation Deutschlands (Rundfunkrede Raeders) wurde den Alliierten durch den Abhördienst der BBC bekannt.

Die vom britischen Abhördienst gemachten Schallaufnahmen von Sendungen des deutschen Rundfunks im Kriege stellen heute wichtige Dokumente dar. Sie haben unter anderem als Beweismaterial im Nürnberger Prozeß und in den Verfahren gegen William *Joyce* alias *Lord Haw-Haw* gedient. Der Abhördienst der BBC überwacht heute unter anderem die Radioprogramme der vier Besatzungszonen Deutschlands. Dies allein sind immerhin mehr als zehn verschiedene Programme.

Publikationen der BBC

Die BBC verfügt auch über einen eigenen Verlag, der eine Anzahl von Rundfunkzeitschriften herausgibt. Für die Hörer in Großbritannien erscheint die *Radio-Times* in sechs verschiedenen regionalen Ausgaben. Der Fernsehdienst wird neuerdings durch eine besondere Beilage berücksichtigt. Die Radio-Times hat eine Auflage von mehr als 6,25 Millionen Exemplaren. Die Rundfunkzeitschrift *The Listener* enthält neben einer Reihe aktueller Beiträge auf dem Gebiete der Politik, der Wirtschaft und der Kultur Auszüge aus den besten Wortsendungen. *London Calling* ist das wöchentliche Magazin für die Überseedienste der BBC und erscheint nur außerhalb Großbritanniens. Die genannten drei Zeitschriften erscheinen wöchentlich. The *Arabic Listener* ist die einzige Rundfunkzeitschrift dieser Art, die in Großbritannien herausgegeben wird. Sie erscheint zweimal im Monat und ist überall in der arabisch sprechenden Welt erhältlich. In jedem Frühjahr veröffentlicht die BBC ein Jahrbuch und einen Notizkalender mit Daten über das britische Rundfunkwesen. Für den Schulfunk werden besondere Schriften herausgegeben. Eine erst seit kurzer Zeit erscheinende Fachveröffentlichung ist *The BBC Quarterly*, die sich besonders mit technischen Fragen befaßt.

Die Charter der BBC

Mit Beginn des Jahres 1947 ist die dritte Charter der BBC in Kraft getreten. Sie beginnt mit einer Präambel, die besagt:

„In Anbetracht des weitverbreiteten Interesses, das anerkanntermaßen von unseren Völkern dem Rundfunkdienst entgegengebracht wird, und in Anbetracht des großen Wertes des Dienstes als Informations- und Unterhaltungseinrichtung halten wir es für wünschenswert, den Rundfunkdienst weiter zu entwickeln, damit er am besten dem Vorteil und dem Interesse des Vereinigten Königreichs und der anderen Dominien dient."

Der Charter ist eine Lizenz beigefügt. Beide zusammen legen die Verfassung und die Bedingungen fest, unter denen die BBC arbeitet. Im allgemeinen stellt die neue Charter keine Änderung gegenüber der am 31. Dezember 1946 abgelaufenen dar. Die verfassungsmäßige Organisation der Körperschaft ist beibehalten worden. Sie bleibt somit unabhängig und ist für ihre Angelegenheiten selbst verantwortlich.

Die *Royal Charter* legt die Leitung der BBC in die Hände eines Gouverneurkollegiums *(Board of Governors)*. Diesem Kollegium sind der Generaldirektor und seine Stellvertreter unmittelbar unterstellt. Die Gouverneure werden von der Regierung ernannt. Da auch die BBC selbst auf einem königlichen Patent beruht und die Sender der BBC durch die *Telegraph and Wireless-Telegraph Acts* unter die Kompetenz des Generalpostmeisters fallen, besteht eine absolute Kontrolle der Regierung. Diese Autorität ist aber nie in aller Form ausgeübt worden, und die BBC, ihre Gouverneure und ihr Generaldirektor lassen sich im wesentlichen von ihrem eigenen Gutdünken leiten. In letzter Instanz liegt jedoch die Kontrolle über die BBC beim Parlament, dem der Generalpostmeister verantwortlich ist, welcher das BBC-Budget einzubringen hat. Soweit es sich um politische Fragen handelt, ist nicht der Generalpostmeister, sondern der *Lord President of the Council* dem Parlament verantwortlich.

Die BBC ist unter der Leitung des Generaldirektors und seines Stellvertreters in verschiedene Abteilungen gegliedert, zur Zeit in Heimatprogramm, Leichtes Programm, Drittes Programm, Fernsehen, Überseedienste, Europadienste, Unterhaltung, Nachrichten, Vorträge, Technische Abteilung, Finanzen, Personalabteilung. Jeder dieser Abteilungen ist ein *Controller* übergeordnet; die Controller ihrerseits unterstehen einem *Seniorcontroller*.

Der Generaldirektor, sein Stellvertreter und die Leiter der einzelnen Abteilungen bilden einen Beirat, der dem Gouverneurkollegium die für den gesamten Betrieb der BBC wichtigen Fragen zur Beratung vorlegt und über die Verwaltungsfragen entscheidet.

Zur Unterstützung der einzelnen Abteilungen in ihren Tätigkeitsbereichen wurde über das ganze Land ein Netz von Ausschüssen entwickelt, das als Ganzes den Charakter einer beratenden Körperschaft besitzt.

Vor Beendigung der Laufzeit der zweiten Charter gab die britische Regierung im Juli 1946 ein Weißbuch über die britische Rundfunkpolitik heraus, worin sie das gegenwärtige System als für Großbritannien am besten geeignet bezeichnete. Sie lehnte es ab, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, die Vorschläge für eine etwaige Reorganisation der BBC hätte machen können, und begründete ihren Standpunkt damit, daß die alte Charter nur zweieinhalb Jahre unter normalen Umständen maßgebend gewesen sei, während die BBC in den übrigen sieben Jahren seit Inkrafttreten der Charter unter Sonderbedingungen gearbeitet habe. Es sei daher unmöglich, die Vorzüge und Fehler der Charter richtig einzuschätzen. Ebenso sei es wenige Monate nach Beendigung des Krieges unmöglich, die gemachten technischen Fortschritte in all ihren Auswirkungen zu übersehen. Auch müsse man die Planung internationaler Abkommen abwarten, die ihrerseits wieder ein klareres Bild über die veränderten technischen Gegebenheiten benötigten.

Im Laufe der Debatte über die neue Charter für die BBC stellte sich heraus, daß etwa ebenso viele Leute das öffentliche Monopol wie die nach finanziellen Grundsätzen geleiteten Rundfunkgesellschaften als Gefahr für die demokratischen Meinungsäußerungen ansehen. Zur Frage, ob der Rundfunk ein öffentliches Monopol bleiben soll oder ob kommerzielle Rundfunkgesellschaften zugelassen werden sollen, gab die britische Regierung zu verstehen, daß sie nicht nur entschlossen ist, den kommerziellen Rundfunk im eigenen Lande zu verbieten, sondern auch „alles, was in ihrer Macht liegt, zu unternehmen und all ihren Einfluß bei den zuständigen Behörden geltend zu machen, um kommerzielle Sendungen vom Ausland nach England zu verhindern".

Andererseits wurde besonders nach dem Kriege und im Hinblick auf das Ablaufen der zweiten Charter von den Kritikern der BBC immer nachdrücklicher darauf hingewiesen, daß das Fehlen einer Konkurrenz sich nachteilig auf das Niveau auswirke. Abgesehen von dem gefälschten Marktbild für den Absatz der BBC-Produkte, das sich aus

der Monopolstellung ergebe, sei diese natürlich auch vom politischen Standpunkt aus dem demokratischen Engländer ein Dorn im Auge. Es muß zwar allgemein zugegeben werden, daß die BBC diese Möglichkeit einer einseitigen politischen Beeinflussung niemals ausgenutzt hat. Vielfach ist man jedoch in Großbritannien der Ansicht, daß zwei rivalisierende Organe mit klar umrissenen Meinungen das politische Denken des Publikums besser fördern würden als die Kompromißpolitik der BBC.

Einige interessante Vorschläge zur Schaffung eines Konkurrenzsystems, das nichts mit dem amerikanischen kommerziellen zu tun hat, wurden vom *Economist* veröffentlicht.

Ein Vorschlag zum Beispiel regt die Zulassung von drei Gesellschaften an, einer Privatgesellschaft, einer Genossenschaft und einer staatlichen Gesellschaft, die sich zu je drei Programmen verpflichten. Drei Viertel der Einnahmen aus den Hörergebühren sollen gleichmäßig unter die drei Gesellschaften aufgeteilt werden, während jeder einzelne Hörer entscheiden kann, welcher Gesellschaft der vierte Teil seiner Gebührenzahlung zufallen soll.

Der Kritik an der Politik der BBC hat die britische Regierung mit Ablauf der letzten Charter insofern Rechnung getragen, als die neue Charter anstatt wiederum auf zehn Jahre nur auf fünf Jahre ausgestellt wurde. Die Regierung hat außerdem eine Überprüfung der BBC zugesagt. Die Schritte der Regierung wurden sowohl von Angehörigen der Regierungspartei als von der Opposition kritisiert. Man habe eine zweijährige Charter einführen sollen. Durch die neue Regelung, die eine Untersuchung der BBC vorsehe, sei eine ungewisse Situation für die BBC entstanden, die im Hinblick auf die fünfjährige Laufzeit der Charter zu lange andauern werde.

Die Finanzierung der BBC erfolgt durch einen Teil der durch die Postverwaltung von den Hörern erhobenen Gebühr, die bis Anfang 1946 zehn Schilling im Jahre betrug, dann aber auf ein Pfund Sterling für Rundfunkhörer und auf zwei Pfund Sterling für Besitzer von Fernsehgeräten erhöht wurde. Bei einer Hörerzahl von elf Millionen*) reichen die Gebühren zur Zeit aber kaum noch aus, um die gegenüber der Vorkriegszeit erheblich angestiegenen Kosten für die Inlandprogramme zu decken. Für die Überseesendungen wurde die BBC während des Krieges von der Regierung finanziell unterstützt. Im letzten Geschäftsjahr während des Krieges erhielt die BBC von der Regierung 8 300 000 Pfund Sterling.

Einige nach dem Kriege vorgenommene Änderungen der Charter und der Lizenz berücksichtigen die große Organisation der BBC-Überseedienste, für die neue finanzielle Vorkehrungen notwendig geworden waren. Vor dem Kriege wurden alle Dienste der BBC aus dem Anteil der Hörergebühren finanziert. Mit dem 1. Januar 1947 ist aber das Vorkriegssystem der Finanzierung aus den Hörergebühren nur noch für alle Rundfunkdienste innerhalb Großbritanniens — einschließlich des Fernsehdienstes — wieder in Kraft getreten. Alle übrigen Dienste, auch der Abhördienst, werden durch Regierungshilfe finanziert.

Die BBC hat einer gewissen Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder zugestimmt. Trotzdem trägt die BBC in allen diesen außerenglischen Diensten die volle Verantwortung. Der Umfang der außerenglischen Dienste und die Sprachen, in denen sie gesendet werden, sind Angelegenheiten, die der Entscheidung durch die Regierung nach Beratung mit der BBC unterliegen. Es ist Aufgabe der BBC, ihre außerenglischen Programme im nationalen Interesse zu planen und vorzubereiten und ihre Politik mit der Regierungspolitik gegenüber den entsprechenden Ländern abzustimmen.

Nach fünfundzwanzig Jahren ihres Bestehens steht die BBC heute vor Aufgaben und Problemen, deren Lösung nicht nur technisches, sondern auch diplomatisches Geschick erfordert.

*) Mitte 1947 wurde von der deutschen Postdirektion — Gruppe Funkwesen — die Zahl der in Deutschland vorhandenen Radioempfangsgeräte auf rund acht Millionen geschätzt.

*Die Ausgaben der BBC im Geschäftsjahr 1945/46**)*

Ausgaben (auf Pfund Sterling abgerundet)

	Betrag £	*Anteil an den Gesamtausgaben* %
Für Programmgestaltung:		
Künstler, Sprecher usw.	1 847 227	20,52
Ständige Orchester	270 644	3,01
Aufführungsrechte	463 704	5,15
Nachrichtenauswertung	71 206	0,79
Werbung und Aufklärung	86 318	0,96
Löhne und Gehälter	1 792 445	19,91
Verschiedene Ausgaben einschließlich Reisen, Büromaterial, Postgebühren usw.	181 226	2,01
	4 712 770	52,35
Für technische Belange:		
Simultansendungen und Verbindungskabel zwischen den Sendern	333 595	3,71
Kraftstrom, Beleuchtung, Heizung	517 537	5,75
Instandhaltungsarbeiten	245 839	2,73
Transport	109 728	1,22
Löhne und Gehälter	1 347 382	14,97
Verschiedene Ausgaben, einschließlich Reisen, Büromaterial, Postgebühren usw.	84 920	0,94
	2 639 001	29,32
Für Gebäude:		
Mietzins und Steuern	248 294	2,76
Telephonanlagen	49 709	0,55
Versicherung	23 914	0,26
Beiträge auf Grund des Kriegsschädengesetzes	1 512	0,02
Instandhaltungsarbeiten für den Haushalt	24 261	0,27
Bauliche Veränderungen und Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden, Versorgungsanlagen, Masten und so weiter	126 683	1,41
	474 373	5,27
Für Gebiets- und Bezirksanlagen:		
Quartiere, Gaststätten, Verpflegung	142 781	1,59
Löhne und Gehälter	477 198	5,30
Verschiedene Ausgaben einschließlich Reisen, Büromaterial, Postgebühren usw.	43 492	0,48
	663 471	7,37
Für Leitung und Hauptverwaltung:		
Löhne und Gehälter	320 896	3,57
Verschiedene Ausgaben, einschließlich Reisen, Büromaterial, Postgebühren usw.	28 281	0,31
	349 177	3,88
Für Zahlungen an die Angestellten des National Service	47 561	0,53
Für Beiträge zum Altersversicherungs- und Wohlfahrtsfonds der Angestellten	99 509	1,10
Für Direktorengehälter	8 872	0,10
Für Abschreibungen für abgenutzte und durch neue ersetzte Anlagen	6 879	0,08
	162 821	1,81
Insgesamt	9 001 613	100,00

**) Aus BBC Year Book 1947.

Die Entwicklung und gegenwärtige Struktur der britischen Presse

Von Hildegard Waschke

Einführung

Die Presse eines Landes ist das Spiegelbild seiner geistigen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Wie Großbritannien durch seine „splendid isolation" einerseits und den Aufbau seines Weltreiches andererseits von jeher im politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben eine besondere Stellung eingenommen hat, so ist auch seine Presse, die bei aller Mannigfaltigkeit doch ein einheitliches Ganzes bildet, wesentlich verschieden von der anderer Länder.

Wenn wir in jüngster Zeit die Nachricht von der Einsetzung einer Königlichen Kommission zur Untersuchung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse bei der Presse und den Nachrichtenagenturen vernehmen, und wenn sich unter den Mitgliedern dieser Kommission wohlbekannte Männer befinden wie Sir David *Ross*, R. C. K. *Ensor*, J. B. *Priestley*, Lord *Simon* of Wythenshawe, Sir George *Waters* und G. M. *Young* (1)*), so weist das darauf hin, daß die britische Presse in ihrer Entwicklung an einem Punkt angelangt ist, an dem eine eingehende Untersuchung erforderlich oder zumindest wünschenswert geworden ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Kommission, deren Tätigkeit sich über etwa zwei Jahre erstrecken wird (2), unbeschadet des Rechtes der Freiheit der Presse neue und durchführbare Vorschläge zu einer Neugestaltung des britischen Pressewesens oder auch nur zur Eindämmung monopolistischer Tendenzen wird vorbringen können. Diese monopolistischen Tendenzen sind nicht immer vorhanden gewesen, sie sind eine Folge des vor und nach dem ersten Weltkrieg in der britischen Presse erfolgten hochkapitalistischen Zusammenschlusses, der die Presse schließlich zu einer Industrie machte.

Die geschichtliche Entwicklung

Vorläufer und Anfänge

Als Vorläufer der englischen Zeitung finden wir im 16. Jahrhundert die handschriftlich verbreiteten Nachrichtenbriefe (News Letters). Eine bereits mit dem Sternkammerdekret (3) vom 23. Juni 1588 einsetzende Pressegesetzgebung beschränkte die Druckfreiheit und führte eine scharfe Zensur ein, so daß periodisch erscheinende Druckschriften dem britischen Inselreich später bekannt wurden als dem Kontinent. So ist auch die erste in England nachweisbare periodische Druckschrift kein englisches Erzeugnis, sondern der von 1594 bis 1635 halbjährlich in Köln in lateinischer Sprache erschienene *Mercurius Gallobelgicus*. 1621 erschienen dann sechs in England selbst gedruckte sogenannte *Corantos*, zeitungsähnliche Publikationen nach holländischem Vorbild (4). Die erste nachweisbare englische Zeitung, deren Titel jedoch immer wieder wechselte, war *Weekely Newes from Italy, Germany, Hungarie etc.* vom Jahre 1622. Drei Jahre später gründete Thomas *Archer* mit dem *Mercurius Britannicus* Englands erste Zeitung mit festem Titel. Es folgte eine Reihe ähnlicher Blätter. Gemeinsam war diesen ersten periodischen Drucken Englands, daß sie sich infolge der strengen Vorschriften der Sternkammer ausschließlich auf Auslandsnachrichten beschränkten. Mit dem Verbot auch der Verbreitung ausländischer Nachrichten durch die Sternkammer im Jahre 1632 kam die britische Frühpresse fast völlig zum Erliegen. Erst als 1641 die Sternkammer abgeschafft wurde, konnte eine neue Periode beginnen, die durch die Veröffentlichung auch von Inlandsnachrichten gekennzeichnet ist. Eine Reihe wöchentlich erscheinender Blätter trat nun auf den Plan, die unter der Bezeichnung „News Books" zusammengefaßt werden. Ihr Inhalt bestand aus Inlandsnachrichten mit kurzen einleitenden und verbindenden Texten. Das Protektorat *Cromwells* brachte der Presse mancherlei Erleichterungen, kein Geringerer als *Milton* trat in seiner Schrift *Areopagitica* für die Pressefreiheit ein; aber unter *Karl II.* setzte erneut eine strenge Zensur ein. Oberster Zensor war Roger *L'Estrange*, der 1665 als offizielles Organ des vor der Pest nach Oxford geflohenen Hofes die *Oxford Gazette* gründete, die nach Rückkehr des Hofes nach London (1666) in *London Gazette* umgetauft wurde und noch heute besteht.

Im Jahre 1695 fand das Zensur- und Lizenzwesen, ein Jahrhundert früher als auf dem Kontinent, ein Ende, um von nun an nur noch in Kriegszeiten in England aufzutauchen. Dasselbe Jahr sah im *Postboy* den ersten Versuch, eine täglich erscheinende Zeitung zu gründen, der jedoch schnell scheiterte. 1695 erschien auch erstmalig die Schiffahrtszeitung *Lloyd's News*, die Vorläuferin der heutigen *Lloyd's List*.

Das achtzehnte Jahrhundert bis zum Aufkommen der großbürgerlichen Presse

In den Beginn des achtzehnten Jahrhunderts fällt die Gründung der ersten englischen Tageszeitung von Bestand, die E. *Mallet* 1707 mit dem Titel *Daily Courant* herausbrachte. Sie war jedoch inhaltlich recht dürftig und beschränkte sich lange auf die Wiedergabe ausländischer Nachrichten. Daily Courant war ein Morgenblatt; das erste englische Abendblatt, *The Evening Post*, erschien erst 1721. Das beginnende achtzehnte Jahrhundert hat jedoch in Großbritannien nicht durch die erste Tageszeitung, sondern durch eine Reihe großer Journalisten eine besondere pressegeschichtliche Bedeutung erlangt. An der Spitze stand Daniel *Defoe*, der Verfasser des „Robinson Crusoe", der 1704 mit seiner *Weekly Review of the Affairs of France* begann. Defoe beschränkte sich nicht auf die Nachricht allein, er brachte auch Kommentar und Kritik. Jonathan *Swift*, der Verfasser von „Gullivers Reisen", war Redakteur des Wochenblattes *Examiner* und brachte als solcher den Leitartikel in die britische Presse. Neben Defoes *Review* entstand in *Steeles Tatler* (1709) und *Addisons Spectator* (1711) ein Typ, den wir bald in den „moralischen Wochenschriften" des Kontinents wiederfinden. Der allgemeine Aufschwung des englischen Zeitungswesens wurde jedoch gehemmt, als 1712 die Zeitungssteuer eingeführt wurde, die je nach der Größe des Blattes einen halben bis einen Penny pro Stück betrug.

Besonders charakteristisch für die englische Pressegeschichte des achtzehnten Jahrhunderts ist der Kampf um die Parlamentsberichterstattung, die den Zeitungen zunächst verboten war. Trotzdem erschienen schon von 1715 an kurze Berichte über Parlamentsdebatten in *Boyer's Register*. Ausführlichere Berichte wagte erst 1733 die zwei Jahre zuvor von Edward *Cave* gegründete Monatsschrift *Gentleman's Magazine*. Aber all das waren noch Fragmente und keineswegs authentische Parlamentsberichte. Da keine Berichterstatter zum Parlament zugelassen wurden, mußten die Türhüter bestochen werden. Auf Grund der spärlichen Notizen, die so von den Galerien des Unterhauses mitgebracht wurden, schrieb der berühmte Dr. *Johnson* dann seine Parlamentsberichte, wobei er, um keinen Anstoß zu erregen, die Debatten in den „Senat von Liliput" verlegte (5). Erst 1772 endete der lange Kampf um die Freiheit der Par-

*) Die Zahlen in Klammern weisen auf die im Anhang befindlichen Anmerkungen hin.

lamentsberichterstattung, den John *Wilkes* 1762 in seiner Zeitung *North Briton* so hartnäckig führte, den die *London Evening Post* fortsetzte und der schließlich durch die berühmten „Junius-Briefe" unterstützt wurde, deren bis heute unbekannt gebliebener Verfasser in der Zeit von 1769 bis 1772 im *Public Advertiser* freimütig alle Übelstände geißelte. Nun entstanden eine Reihe von Zeitungsneugründungen, so in London neben dem *Morning Chronicle* (1769—1860), dem Organ der Whigpartei, und dem konservativen *Morning Herald* (1780—1869) die *Morning Post* (1772—1937) und (1785) eine Zeitung mit dem Titel *Daily Universal Register*, die seit 1788 als *The Times* erscheint. 1791 wurde das älteste englische Sonntagsblatt, der *Observer*, gegründet.

Das wichtigste zeitungsgeschichtliche Ereignis jener Zeit war die von John *Walter I* gegründete *Times*, die als erste Zeitung am Morgen schon die wichtigsten Ereignisse des Vorabends brachte. Die Times unterhielt ein Netz eigener Vertreter mit eigenem Nachrichtendienst nicht nur in Großbritannien, sondern bald auch auf dem Kontinent und in den Kolonien. 1812—1814 erteilte John *Walter II* dem deutschen Mechanikergesellen Friedrich *König* den Auftrag, für die Times die erste Schnellpresse der Welt zu bauen, die 1814 erstmalig 1100 Bogen in der Stunde druckte.

Neben die *Morning Post*, die nach anfänglichen liberalen Neigungen schließlich zu einem konservativen Blatt wurde, in dem später auch der junge *Disraeli* seine Meinung verfocht, trat die 1846 von Charles *Dickens* gegründete *Daily News* als entschieden liberale Zeitung, die für *Cobdens* Freihandelsbewegung eintrat und später unter dem Einfluß *Gladstones* stand.

Auch die Provinz trat mit Neugründungen hervor. Außer der 1759 in Leeds gegründeten *Yorkshire Post* entstand 1821 der von Edward *Taylor* gegründete *Manchester Guardian* mit einem besonders auf die industriellen Interessen Manchesters ausgerichteten Inhalt. In das gleiche Jahr fällt auch die Gründung des größten schottischen Blattes, *The Scotsman*.

Entwicklung der Massenpresse und Konzernierung

Erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts waren die Möglichkeiten zur Entwicklung der britischen Massenpresse gegeben, und zwar nicht nur wegen der Aufhebung der „Steuer auf das Wissen" (6), sondern auch durch die Zunahme der Zahl der politisch Interessierten, die sich seit den Wahlrechtsreformen von 1832 und 1867 bemerkbar machte, und schließlich auch durch die Erhöhung der Zahl der lesekundigen und lesehungrigen Bevölkerung infolge der Einführung der allgemeinen Schulpflicht (1870). So entstand im Jahre der Aufhebung der Zeitungssteuer (1855) als erstes englisches Massenblatt der *Daily Telegraph and Courier*, dessen anfänglicher Bezugspreis von zwei Pence bald auf einen Penny herabgesetzt wurde. Der Mann, der dieses erste Penny-Blatt ermöglichte, war Joseph Moses *Levy*, der den schon kurz nach seinem Erscheinen bankrott gewordenen Daily Telegraph and Courier im September 1855 als *Daily Telegraph* übernommen hatte. Er erkannte bald, daß als Ausgleich für den geringen Preis der Anzeigenteil entwickelt werden mußte.

Dem Beispiel des Daily Telegraph folgten bald andere Zeitungen. Aber nicht nur der Preis, auch die geistige Gestaltung der Zeitung mußte sich den neuen Lesermassen anpassen. War doch die englische Zeitung nach 1855 noch immer ein gelehrtes, geistreiches Erzeugnis, das eine gebildete Leserschaft voraussetzte. So wurde die Masse anfänglich auf das Gebiet der Zeitschrift abgelenkt. Hier hatte George *Newnes* 1881 das volkstümliche Wochenblatt *Tit-Bits* gegründet. Er kam als erster auf den Einfall der Massenwerbung durch Abonnentenversicherung (gegen Eisenbahnunfälle) und Preisausschreiben. Der Erfolg war durchschlagend. Bald fanden sich andere, die Newnes' Stilrichtung in der britischen Presse verbreiteten. Unter ihnen ragen zwei hervor: Alfred *Harmsworth* und Arthur *Pearson*.

Harmsworth, der schon als dreizehnjähriger Schüler eine Schulzeitschrift herausgebracht hatte, arbeitete als junger, freier Schriftsteller einige Zeit im Büro der Tit-Bits; mit dreiundzwanzig Jahren gab er nach ihrem Vorbild sein erstes Wochenblatt heraus, die *Answers to Correspondents*. Als der Erfolg zunächst ausblieb, griff er — Newnes folgend — zum Mittel des Preisausschreibens. Er versprach demjenigen, der den Goldbestand der Bank von England an einem bestimmten Datum am richtigsten einschätzte, eine lebenslängliche Rente von wöchentlich einem Pfund Sterling. Da jeder Einsender seine Unterschrift durch zwei Zeugen beglaubigen lassen mußte, erreichte er, daß sein Blatt in weiten Kreisen bekanntwurde. Aber Harmsworth hatte noch weitere Ziele. Mit dem Erwerb der 1881 gegründeten *Evening News* von der konservativen Partei (1894) begab er sich auf das Gebiet der politischen Tagespresse, die er in dem die Masse anziehenden Sensationsstil gestaltete. Sein größter Erfolg wurde die *Daily Mail*, die 1896 das Licht der Welt erblickte und nur einen halben Penny kostete; mit ihr hatte England die billige „popular press" erhalten, deren Auflage rasch stieg und schließlich die Millionengrenze erreichte und überschritt. 1904 trat die *Overseas Daily Mail* hinzu und 1905 die *Continental Daily Mail*. 1903 war der *Daily Mirror* zunächst als Frauenzeitung auf den Plan getreten. Nach anfänglichem Mißerfolg wurde er dann aber von Harmsworth durch Brauchbarmachung der Netzätzung für den Rotationsdruck zur ersten illustrierten Tageszeitung umgestaltet. 1904 wurde Harmsworth Baronet, und 1905 nahm er als Lord den Namen *Northcliffe* an. Im selben Jahr vereinte er alle seine Zeitungen und Zeitschriften in der „Associated Newspapers, Ltd.", die damit die „Daily Mail Publishing Company", die „Evening News, Ltd." und die „Newspaper Syndicate, Ltd." umfaßte. Bis zu Northcliffes Tod war nun die Geschichte der englischen Presse mehr oder weniger die Geschichte Northcliffes. In irgendeiner Form mußten sich alle Blätter nach ihm richten, sei es durch Übernahme des Sensationsstils, durch die Einführung eines illustrierten Teils oder auch nur durch Herabsetzung des Bezugspreises. Als die *Times* 1907/08 infolge unmöglicher Besitzverhältnisse dem Ruin nahe stand, erwarb Northcliffe die Kontrolle über dieses Blatt für 320 000 Pfund Sterling (7). Die „Fleet Street" war erschüttert, aber es zeigte sich bald, daß Northcliffe gegen den Geist der Times und ihrer Leser nicht ankommen konnte. Mit Ausnahme der Jahre des ersten Weltkrieges, in denen die Haßpropaganda die Presse nivellierte, ist es ihm nicht gelungen, seinen Stil der Times aufzuzwingen.

Dem Beispiel Northcliffes, die Masse der Leser zu erfassen, folgten bald weitere Wettbewerber. So rief Cyril Arthur *Pearson*, der ebenfalls bei Newnes gelernt und bereits 1890 mit *Pearson's Weekly* eine erfolgreiche Wochenschrift gegründet hatte, 1900 den *Daily Express* ins Leben, ein Blatt, das in Stil und Preis der *Daily Mail* angepaßt war. Zum erstenmal brachte das Blatt die Nachrichten auf der ersten Seite, die bisher den Annoncen vorbehalten gewesen war. 1903 erwarb Pearson als Abendblatt die alte *St. James's Gazette*, die 1905 in dem *Evening Standard* aufging, den er 1904 zusammen mit dem *Standard* gekauft hatte. Schon ein Jahr später stand er mit seinem Zeitungs- und Zeitschriftenbesitz zahlenmäßig neben Northcliffe, der inzwischen unter anderem auch das Sonntagsblatt *The Observer* erworben hatte. Nun begann der Kampf der Zeitungskonzerne. Die großen liberalen Zeitungen *Daily News* und *Daily Chronicle* blieben noch eine Zeitlang unabhängig.

Charles *Starmer* (1870—1922) übernahm 1899 die Leitung der *Westminster Gazette*, die *Newnes* 1903 als liberales Gesinnungsblatt gegründet hatte. Von London aus schuf Starmer die „North of England Newspaper Company, Ltd.", den ersten Zeitungskonzern der Provinz.

Die fortschreitende Konzernierung der Zeitungen erklärt die geringe Zahl von Neugründungen in der folgenden Zeit, unter denen nur die illustrierte Tageszeitung *Daily Sketch* (1910) und das Arbeiterblatt *Daily Herald* (1911/12) zu erwähnen sind. In dieser Zeit entstanden die ersten Zeitungsaktiengesellschaften. Es waren also nicht mehr einzelne Personen, sondern große Gruppen von Kapitalisten, die die Finanzierung der britischen Presse übernahmen. Das letzte Entwicklungsstadium zur Gegenwart nahm seinen Anfang (8).

Der erste Weltkrieg (1914—18) brachte nur eine kurze Unterbrechung. Die „Defence of the Realm Act“ vom 8. August 1914 gab unter anderem die Grundlage für die Zensur. Militärische Dinge durften nicht ungeprüft veröffentlicht werden. Verwaltungsmäßig stand an der Spitze das „Official Press Bureau“, das die Presse unterrichtete. In der Qualität sanken die britischen Zeitungen beträchtlich durch *Northcliffes* Propaganda gegen Deutschland (9).

Als Northcliffe 1922 starb, hatte die britische Presse von ihm ihren Stempel erhalten. Auch die von ihm angebahnte Gruppenbildung ging weiter. Eine Ausnahme machte allerdings die *Times*, deren alte Anteilseigner das Blatt unter Ausnutzung der bestehenden Verkaufsklauseln aus dem Northcliffe-Konzern ausgliederten. Sie brachten ihre Anteile in eine „Times Holding Company, Ltd.“ ein, die der fünfte John *Walter* führte. Mit ihm trat der damalige Major J. J. *Astor* in die Leitung ein. Zur Sicherung gegen jede Vertrustung wurde ein Treuhänderrat eingesetzt, ohne dessen Genehmigung kein Aktienanteil verkauft werden durfte und darf (10).

Nach Northcliffes Tod übernahm sein Bruder, Lord *Rothermere* (einst Harold *Harmsworth)* seinen Pressebesitz, dessen Kernstück nach wie vor die *Daily Mail* bildete. Als Dachgesellschaft gründete er 1922 die „Daily Mail and General Trust, Ltd.“.

Neben Lord Rothermere trat als Eigentümer einer Zeitungsgruppe Lord *Beaverbrook* (einst Max *Aitken)*, der seine Zeitungen nicht nur als wirtschaftliche Unternehmungen betrachtete, sondern auch als politisches Mittel. Das Kernstück seiner Gruppe bildete der *Daily Express*, die Tageszeitung mit der noch heute höchsten Auflage in Großbritannien und der Welt (Ende 1946 betrug die Auflage 3 465 000 Stück) (11). Er gründete unter anderem den *Sunday Express* und übernahm den *Evening Standard*, den er zum führenden englischen Abendblatt entwickelte.

Als dritte Gruppe tauchten im Jahre 1924 mit dem Erwerb eines von Sir Edward *Hulton* gegründeten und dann an Lord Rothermere übergegangenen Zeitungskonzerns die Brüder William Ewart *Berry* (seit 1932 Lord *Camrose)* und James Gomer *Berry* (seit 1936 Lord *Kemsley)* auf. Sie kauften 1927 den *Daily Telegraph* und 1937 die *Morning Post*, die im Daily Telegraph aufging, deren Kopf aber als Untertitel im Daily Telegraph weitergeführt wird. Der Zeitschriftenbesitz dieser Gruppe ist in der „Amalgamated Press, Ltd.“ zusammengefaßt.

Bald entspann sich zwischen der *Rothermere*-Gruppe und der *Berry*-Gruppe ein heftiger Konkurrenzkampf, insbesondere um die Beherrschung der Provinzpresse. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise von 1931 einigte man sich dann aber so, daß in den besonders umstrittenen Gebieten in Bristol und Derby nur noch Rothermere, in Newcastle nur noch die Brüder Berry blieben.

Neben die rein wirtschaftlich orientierten Gruppen Rothermere und Berry trat allmählich eine weitere Zeitungsgruppe mit politischer Ausrichtung, die aus der *Starmer*-Gruppe her erwachsene liberale *Westminster*-Gruppe, ein typischer Provinzkonzern. Die Träger dieser Gruppe sind die Quäkerfamilien *Rowntree* und *Cadbury* und die Familien *Morell* und *Taylor*. Ihre Stärke liegt in ihren über alle Teile Großbritanniens verstreuten Wochenblättern.

Schließlich ist noch die „Odhams Press“ unter Führung von Baron *Southwood of Fenhurst* (einst Julius Salter *Elias)* zu erwähnen, deren Kernstück das Arbeiterblatt *Daily Herald* ist und die die einzige große Sporttageszeitung Englands, *Sporting Life and Sportsman*, besitzt. Ihre Bedeutung liegt vor allem in ihren großen Zeitschriftenverlagen.

Heute gibt es in Großbritannien sechs Zeitungskonzerne, die von Finanzgesellschaften kontrolliert werden und keine besondere lokale Basis haben, die man daher als Trusts bezeichnen kann (12):

„Associated Newspapers Limited“ *(Rothermere)* mit zwei nationalen Zeitungen, einer Londoner Abendzeitung, sieben Provinzabendzeitungen und acht Wochenzeitschriften;

„Kemsley Newspapers“ *(Berry)* mit fünf nationalen Zeitungen und 22 Provinzblättern (sechs Morgenblättern, neun Abendblättern, zwei Sonntagszeitungen und fünf Wochenschriften);

„Westminster Press Newspapers“ *(Rowntree, Cadbury, Morell, Taylor)* mit 13 Provinzzeitungen (vier Morgen-, acht Abendblättern und einem Sonntagsblatt in acht Städten) und 22 Wochenblättern;

„Express Newspapers Limited“ *(Beaverbrook)* mit zwei nationalen Zeitungen (einem Morgen- und einem Sonntagsblatt), zwei Provinzblättern (einem Morgen- und einem Abendblatt) und einem Londoner Abendblatt;

„Provincial Newspapers Limited“ mit vier Provinzabendblättern in vier Städten und sieben Wochenzeitungen;

„Portsmouth and Sunderland Newspapers“ mit drei Provinzabendblättern in drei Städten (13).

Die britische Presse im zweiten Weltkrieg (1939—1945)

Die britische Presse war bis Ausbruch des zweiten Weltkrieges zu einer großen und ständig wachsenden Industrie geworden. Vor dem Kriege hatte England sein Zeitungspapier zum großen Teil aus Kanada, Neufundland und Skandinavien bezogen, so daß bald nach Ausbruch des Krieges Sparmaßnahmen im Papierverbrauch eingeführt werden mußten. Das geschah durch die Regierung, die die Menge des zur Verfügung stehenden Zeitungspapiers festsetzte, sowie durch die im September 1939 als Abteilung des Versorgungsministeriums eingerichtete „Paper Control“ und die im Mai 1940 gegründete „Newsprint Supply Company“, welche beide für eine gerechte Verteilung verantwortlich waren. So kam es, daß sich während des Krieges Umfang und Format der englischen Zeitungen wesentlich änderten. Vor dem Kriege hatte eine große Londoner Tageszeitung 16 bis 24, eine Provinztageszeitung 8 bis 12 Seiten täglich, Sonntagszeitungen hatten einen Umfang von 20 bis 34 Seiten und lokale Wochenzeitschriften bis zu 24 Seiten je Exemplar. 1945 bestand die Mehrzahl der großen Londoner und Provinz-Tageszeitungen aus vier Seiten, während die Sonntagszeitungen — mit Ausnahme des *Sunday Express* und des *Observer* mit je acht Seiten — in einem Umfang von abwechselnd sechs und acht Seiten erschienen (14). Bis heute hat der Umfang der englischen Zeitungen und Zeitschriften infolge des Schrumpfens der Dollarreserven Großbritanniens trotz aller Einwendungen der Zeitungen noch nicht wieder vergrößert werden können. Die Hauptausnahmen von der vierseitigen Tageszeitung des Krieges bildeten die drei Pence kostende *Times*, der eineinhalb Pence kostende *Daily Telegraph* und die Zwei-Pence-Blätter *Manchester Guardian, Scotsman* und *Glasgow Herald*. Das ist zum Teil auf ihren hohen Preis zurückzuführen, zum anderen Teil auf eine freiwillige Herabsetzung der Auflagenhöhe und schließlich auf die Tatsache, daß sie einen Teil der auch in Kriegszeiten für den Dienst am Publikum für wünschenswert erachteten Kleinanzeigen enthielten. Die Times konnte auch ihr anerkanntes Recht der vollen Berichterstattung von Parlamentsdebatten und Gerichtsverhandlungen wahren. 1945 hatten die Times 8 bis 10, der Manchester Guardian 6 bis 8 und der Daily Telegraph 4 bis 6 Seiten täglich (15), und so ist es infolge des noch bestehenden Papier- und Kohlenmangels bis heute geblieben.

Der Lesestoff wurde überall auf das Wesentliche zusammengedrängt. Ferner überwand man die sich aus dem Platzmangel ergebenden Schwierigkeiten durch Verwendung schmalerer Ränder, vorteilhafterer Schrifttypen, die Erhöhung der Spaltenzahl je Seite und die Verringerung des Raumes für die Überschriften. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Werbemittel der Leserfreiversicherung und des Preisausschreibens nun fallengelassen wurden.

Mit Ausbruch des Krieges wurde die britische Presse auch wieder einer gewissen Zensur unterworfen. Gemäß „Defence Regulation 3“ war es verboten, Informationen zu veröffentlichen, die für den Feind von Wert sein konnten oder die Sicherheit des Staates gefährdeten. Kommentar und Kritik

unterlagen nicht der Zensur, eine Freiheit, von der die Zeitungen ausgiebig Gebrauch machten. Oberste Zensurstelle war die „Press Censorship Division" des Informationsministeriums, der die Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen das kritische Material zur Überprüfung unterbreiteten. Mit der Beendigung des Krieges im Fernen Osten wurde die Notwendigkeit der Zensur hinfällig, und seit dem 3. September 1945 kann die britische Presse wieder alles ohne Vorzensur veröffentlichen.

Die gegenwärtige Struktur

Die Londoner Presse

Die ernsten politischen Tageszeitungen

Das anerkannte Spitzenblatt nicht nur des britischen Zeitungswesens, sondern der gesamten Weltpresse ist die *Times*. Bereits um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war diese unter John *Walter II* zu einer „national institution" mit einer einzigartigen inhaltlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit herangewachsen, so daß Bulwer *Lytton* in einer Unterhausrede im Jahre 1855 mit Recht sagen konnte: „Wenn ich der Nachwelt ein Denkmal der heutigen englischen Kultur hinterlassen wollte, ich würde hierzu nicht die Docks, die Eisenbahnen, unsere öffentlichen Gebäude noch den Palast wählen, in dem wir unsere Sitzungen abhalten. Ich würde einem Band der Times den Vorrang geben."

Neben der Familie *Walter* haben nicht zuletzt auch die hervorragenden Chefredakteure der Times zu ihrem internationalen Ansehen verholfen, so unter John Walter II Dr. *Stoddart*, der das Blatt zuerst über Großbritannien hinaus bekannt machte und unter dem die Times auch ihren Ruf als eine von jeder Partei unabhängige Zeitung begründete. Auf Dr. Stoddart war Thomas *Barnes* in der redaktionellen Leitung gefolgt, der sein Hauptaugenmerk auf den Ausbau des Inlandsnachrichtendienstes gerichtet hatte und durch seine „donnernden" Leitartikel der Times den Beinamen „Thunderer" einbrachte (16). Der Nachfolger Barnes' wurde John Taddeus *Delane*, der die Times durch seine ausgezeichneten Informationen und Leitartikel auf den Gipfel ihres Ruhmes führte. Nach Delanes Ausscheiden ging es mit der Times zunächst bergab, zumal nun auch der Ansturm der billigen Massenzeitungen kam. Die finanzielle Sanierung führte, wie schon erwähnt, *Northcliffe* durch, jedoch sank unter ihm und seinem Redakteur Henry Wickham *Steed* das Niveau des Blattes beträchtlich. Nach Northcliffes Tod begann aber ein neuer Aufstieg, so daß die Times heute wieder auf der alten Höhe steht.

Von den anderen englischen Zeitungen hebt sich die Times schon rein äußerlich durch ihre Stoffanordnung ab. Von den ihr heute noch verbliebenen 8 bis 10 Seiten (vor dem Kriege waren es durchschnittlich 22) bringt die erste Seite Anzeigen; dann folgen Inlands- und Sportnachrichten, Empire- und Auslandsnachrichten und erst mitten in der Zeitung die drei bis vier Leitartikel, von denen zwei meist hochpolitisch sind, während der dritte oder vierte als „light leader" im feuilletonistischen Stil gehalten ist. Auf den letzten Seiten finden sich die Hof- und Gesellschaftsnachrichten und schließlich die Handels- und Finanznachrichten. Den Kern bilden der politische Teil und die Nachrichten, deren Objektivität und Zuverlässigkeit charakteristisch sind. Die *Times*-Korrespondenten in aller Welt genießen ein Ansehen, das sie gleichberechtigt neben die britischen Diplomaten stellt. Für alle Gebiete der Wirtschaft und Wissenschaft hat die Times erstklassige Fachleute, so daß sie auch hier mit einer Sachkenntnis spricht, hinter der alle anderen Zeitungen zurückstehen. Eine für die englischen Zeitungen allgemein charakteristische, aber besonders in der Times traditionelle Einrichtung sind die Briefe an die Schriftleitung, die „Letters to the Editor", die meist Kritiken oder Ergänzungen zu früheren Nachrichten oder Darstellungen der Times enthalten. Hier trat schon manche politische Entwicklung in ihren Anfängen hervor. Eine andere Spezialität der Times sind die „Law Reports" (Berichte über Gerichtsentscheidungen), die außerdem monatlich gesondert herausgegeben werden. Um das Bild der Times abzurunden, seien noch die jeden Mittwoch erscheinende Wochenausgabe *Times Weekly Edition* erwähnt, ferner *The Times Trade and Engineering Supplement*, das pädagogische Fachblatt *The Times Educational Supplement* und das führende Literaturblatt Londons *The Times Literary Supplement*. Alle wichtigen Aufsätze der Times werden in *The Times Index* gesammelt. Im ganzen gesehen kann man also mit Recht sagen, daß die Times mehr als eine Zeitung, ja, daß sie eine „national institution" ist. Ihre Leser sind neben Politikern und Diplomaten die gebildeten Schichten des In- und Auslandes. Ende 1946 betrug ihre Auflage 230 000 (11).

Nach der Times ist als erstes Londoner Morgenblatt der *Daily Telegraph* zu nennen, das Blatt von Lord *Camrose* mit konservativer Grundrichtung. Das Blatt ist weniger akademisch aufgemacht als die Times und unterscheidet sich auch äußerlich von dieser durch große, oft über mehrere Spalten laufende Überschriften. Während die Verfasser der Times-Artikel stets anonym bleiben, liebt es der Daily Telegraph, die Namen zu nennen. Das Blatt hat einen guten Handelsteil, so daß die an der industriellen Entwicklung interessierten Leser, die im allgemeinen der Mittelschicht angehören, besonders stark vertreten sind. Einen besonderen Namen hat sich der Daily Telegraph durch Ermöglichung einer Reihe von Forschungsreisen und durch verschiedene Sammlungen für soziale Zwecke gemacht. Ende 1946 betrug seine Auflage 833 000 (11).

Die Massenmorgenblätter

Grundverschieden von diesen seriösen Londoner Morgenblättern sind in Geist und Aufmachung die Londoner Massenmorgenblätter, die „popular press", deren politische Bedeutung jedoch trotz ihrer Millionenauflage hinter der ersten Gruppe weit zurücksteht. An der Spitze dieser Pennyblätter steht als Zeitung mit der höchsten Auflage (3 465 000) der *Daily Express*, der durch Lord *Beaverbrook* seinen Aufschwung nahm. Er teilt die massenanziehende Aufmachung und den täglichen „Reißer" („stunt", „beat" oder „scroop" genannt) mit der *Daily Mail Rothermeres* (Ende 1946 Auflage 2 035 000) (11), die durch ihren ausgezeichneten Nachrichtendienst und ihren umfangreichen Anzeigenteil hervorragt. Die Leitartikel sind bei beiden Blättern in kurze Abschnitte aufgegliedert.

Neben diese beiden Massenmorgenblätter konservativer Grundrichtung tritt als einziges großes Massenmorgenblatt liberaler Ausrichtung die *News Chronicle* (Juni 1947 Auflage 1 600 000) (17), eine Verschmelzung von *The Daily News, The Daily Chronicle, Westminster Gazette* und *Morning Leader*. Das Blatt, das im Besitz der Familien *Rowntree* und *Cadbury* ist, nimmt jedoch eine Sonderstellung ein, da es in seiner Haltung oft mehr zur ernsten Presse neigt. Seine Einstellung ist, wie L. J. Cadbury auf der Jahresgeneralversammlung der „Daily News Limited" am 18. Juni 1947 ausführte, liberal, fortschrittlich und gleichermaßen dem doktrinären Sozialismus wie dem reaktionären Konservativismus abhold (18).

Die Arbeiterpresse

Eine besondere Stellung nimmt die englische Arbeiterpresse ein, an deren Spitze der *Daily Herald* steht, der ursprünglich 1911 als Streikblatt der Londoner Setzer erschien. Das Blatt hatte von Anfang an mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, bis 1922 der Generalrat des Gewerkschaftskongresses und der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei beschlossen, das Blatt zu übernehmen; aber der Absatz blieb trotzdem verhältnismäßig gering. Ein konkurrenzfähiger Ausbau erwies sich als notwendig. Das geschah von 1929 an, als der Daily Herald in den Besitz der liberalen „Odhams Press" überging, die sich verpflichtete, die politische Tendenz des Blattes unangetastet zu lassen. Nach einem in der britischen Zeitungsgeschichte einzigartig dastehenden Werbefeldzug stieg die Auflage des neuen Daily Herald sozusagen über Nacht auf über eine Million. Dieses „Wunder der Fleet Street", wie Lord *Northcliffe* es nannte,

ır nur durch die Nachahmung der großen Massenblätter d der Methoden der kapitalistischen Presse (Versicherungsgebote, Preisausschreiben) möglich. Wir stehen hier vor m Kuriosum, daß eine kapitalfeindliche Zeitung sich des ıpitalismus bedienen mußte und damit selbst zum Ausutungsobjekt des Kapitals wurde.

Nach dem Daily Herald, der Ende 1946 eine Auflage von 350 000 hatte (11), ist — abgesehen von zahlreichen unbeutenden Arbeiterblättern — noch das 1889 als *Labour eader* von Keir *Hardie* gegründete, dann als *New Leader* eitergeführte und heute als *Socialist Leader* erscheinende ochenblatt der Independent Labour Party zu nennen.

Die Kommunistische Partei hat es in England erst 1930 zu ner eigenen Tageszeitung, dem *Daily Worker*, gebracht, r den Untertitel „The Only Daily Paper Owned by its eaders" führt. Wegen seiner aggressiven Schreibweise war s Blatt wiederholt Gegenstand von Strafmaßnahmen und ırde während des letzten Krieges als einzige englische Zeing in den Jahren 1941/42 verboten. Ende 1946 betrug die ıflage 106 000 (11).

Die illustrierten Tageszeitungen

In die Gruppe der Massenpresse gehören als Sondergruppe e beiden ganz auf Sensation abgestimmten illustrierten ıgeszeitungen *Daily Mirror* (*Rothermere*-Gruppe, Ende 46 Auflage 3 300 000) (11) und der mit dem *Daily Sketch* rschmolzene *Daily Graphic* (*Berry*-Gruppe, Ende 1946 ıflage 750 000) (11). Beide ersetzen die Nachricht weithend durch das Bild und betonen im übrigen den Unterltungsteil.

Die Abendblätter

Die Londoner Abendblätter, deren Verbreitungsgebiet sich Gegensatz zur Morgenpresse fast nur auf London und ngebung beschränkt, sind infolge der Vertrustung der esse auf drei zusammengeschmolzen. Mit der größten Aufge (1 598 000 Ende 1946) (11) steht die *Evening News* ord *Rothermeres* an der Spitze. Sie ist im sensationellen Stil halten und dementsprechend in der Masse der untersten olksschichten stark verbreitet.

Der im Besitz der *Cadbury*-Gruppe befindliche *Star* vertt dieselbe liberale Parteirichtung wie sein Schwesterblatt *ews Chronicle* unter den Morgenzeitungen. Als beliebtes milienabendblatt, das sich von üblen Sensationen frei lt, hat er in jüngster Zeit einen für die Abendblätter eingartigen Aufschwung genommen. Vom September 1946 bis m Juni 1947 stieg sein Tagesabsatz um fast 50 Prozent f über eine Million (19). Seine Leser gehören vorwiegend r Mittelschicht an.

Obwohl er die niedrigste Auflage unter den Abendblättrn hat (793 000 Ende 1946) (11), steht der *Evening Standard* ord *Beaverbrooks* seiner Qualität nach an der Spitze. Er eine Kombination von ernstem politischem und ausgeichnet unterhaltendem Blatt mit konservativer Grundchtung.

Die Finanztagespresse

Auf dem Gebiet der Londoner Tagespresse müssen noch e Finanzzeitungen *Financial News* (gegründet 1884) und *nancial Times* (gegründet 1888) erwähnt werden. Letztere t übrigens nichts mit der *Times* zu tun, sondern gehört r *Berry*-Gruppe. Als drittes Blatt ist die schon 1752 gerundete Wirtschaftszeitung *Public Ledger* zu nennen.

Die Sonntagspresse

Da die Londoner Tageszeitungen am Sonntag nicht erheinen, hat sich die Sonntagspresse als besondere Kategorie twickelt.

An der Spitze der ernsten Sonntagszeitungen steht der nabhängige *Observer*, der im Besitz der *Astors* ist. Seinen empel erhielt der heutige Observer durch den im Januar 947 verstorbenen James Louis *Garvin*, der ihn von 1908 s 1942 als Chefredakteur leitete (20). Neben seinem guten olitischen Teil ist das Blatt durch eine hochstehende Beındlung aller Kulturgebiete und einen ausgezeichneten Unrhaltungsteil gekennzeichnet. Der Leserkreis entspricht dem er *Times*.

Das zweite ernste Sonnntagsblatt ist die 1822 gegründete konservative *Sunday Times* der *Berry*-Gruppe. Sie ist der größte Anzeigenträger unter den Sonntagszeitungen und hat einen guten Handelsteil. Ihr Leserkreis entspricht dem des *Daily Telegraph*. Ende 1946 betrug ihre Auflage 540 000 (11).

Das Sonntagsblatt, das der Arbeiterpartei nahesteht, ist die mit dem *Sunday Citizen* verschmolzene *Reynolds News*, das Blatt der Konsumgenossenschaften mit starker Verbreitung in den unteren Schichten.

Der 1901 gegründete, im Sensationsstil gehaltene konservative *Sunday Dispatch* Lord Rothermeres (Juni 1947 Auflage 2 059 808) (21), ist das Gegenstück zur *Daily Mail*.

Der 1918 von Lord Beaverbrook gegründete *Sunday Express* (Ende 1946 Auflage 2 489 000) (11) entspricht dem *Daily Express*.

An illustrierten Sonntagszeitungen bestehen der *Sunday Pictorial* Lord *Rothermeres*, ein erst 1915 gegründetes Blatt, das es mit größter Schnelligkeit zu hoher Auflage brachte (3 390 000 Ende 1946) (11) und das inhaltlich dem *Daily Mirror* entspricht, und der *Sunday Graphic* der *Berry*-Gruppe (Ende 1946 Auflage 950 000) (11).

Ebenfalls der *Berry*-Gruppe gehört die *Sunday Chronicle*. Das Blatt wurde 1885 gegründet und nahm 1939 den *Sunday Referee* in sich auf; seine Auflage betrug Ende 1946 eine Million (11). Eine besondere Stellung nehmen die Massensonntagszeitungen *The People* (Odhams Press) und *News of the World* (Lord Ridell) ein, deren ungeheuer große Auflageziffern einzigartig in der Welt dastehen (The People mit über viereinhalb Millionen, News of the World mit über sieben Millionen) (21), deren Niveau jedoch außerordentlich niedrig ist. Der Preis der englischen Sonntagszeitungen betrug im Jahre 1947 einheitlich zwei Pence.

Die englische Provinzpresse

Obwohl die Londoner Zeitungen in der britischen Presse eine überragende Stellung einnehmen und eine Reihe von ihnen auch in der Provinz drucken, haben sich einige andere Pressezentren herausgebildet.

Manchester

An erster Stelle steht hier Manchester, der Verkehrsmittelpunkt des nördlichen Industriegebiets. Das führende Organ Manchesters ist der in der ganzen Welt bekannte liberale *Manchester Guardian*. Unter Charles Prestwich *Scott* (1846 bis 1931) wurde er wegen seines ausgezeichneten Handels- und Wirtschaftsteiles und seines vorzüglichen Inlands- und Auslandsnachrichtenteiles zum führenden Blatt des liberalen Manchestertums, das in aller Welt gelesen wird. Aber auch auf literarischem und künstlerischem Gebiet zeigt er ein hohes Niveau. G. B. *Shaw* begann 1875 seine literarische Laufbahn mit Veröffentlichungen im Manchester Guardian. Wie die *Times* hat auch der Manchester Guardian eine Wochenausgabe, den jeden Donnerstag erscheinenden *Manchester Guardian Weekly*. Im selben Verlag erscheinen ferner die Abendzeitung *Manchester Evening News* mit einem ausgedehnten Anzeigenteil und die ausgezeichnete Wirtschaftszeitschrift *Manchester Guardian Commercial*.

Eine große Rolle spielt in Manchester der *Berry*-Konzern, der dort die meisten seiner Blätter ganz oder teilweise druckt, so die Manchester-Ausgaben des *Daily Graphic*, *Sunday Graphic*, der *Sunday Empire News* sowie die Gesamtauflagen der für Manchester selbst erscheinenden Provinzblätter *Daily Dispatch* und *Evening Chronicle*, deren Bedeutung jedoch hinter der des *Manchester Guardian* und der *Manchester Evening News* zurückbleibt.

Birmingham

Als weiteres Pressezentrum ist Birmingham zu erwähnen, dessen alte *Birmingham Gazette* das Spitzenblatt der liberalen *Westminster*-Gruppe ist, der auch das zugehörige Abendblatt *Evening Dispatch* und die Sonntagszeitung *Sunday Mercury* gehören. Birminghamer Blätter konservativer Richtung sind die *Birmingham Daily Post* und das zugehörige Abendblatt *Birmingham Daily Mail*.

Leeds

In Leeds ist die *Yorkshire Post* das führende konservative Blatt der Provinz. Sie ist mit dem populärer gehaltenen *Leeds Mercury*, der *Yorkshire Evening Post* und einer Reihe von Zeitschriften zu einem Provinzkonzern, „The Yorkshire Conservative Newspaper Company, Ltd.", zusammengeschlossen.

Liverpool

Liverpool ist die Heimat des liberalen Provinzkonzerns „The Liverpool Daily Post and Echo, Ltd.". Er ist Herausgeber der mit dem *Liverpool Mercury* verschmolzenen *Liverpool Daily Post*, der Abendblätter *Liverpool Echo* und *Liverpool Evening Express* und des Wochenblattes *Liverpool Weekly Post*, das besonders von der Arbeiterschaft gelesen wird.

Edinburgh

In Schottland gilt der in Edinburgh erscheinende *Scotsman* als die „schottische Times"; er ist von großkapitalistischen Bindungen frei geblieben und als eines der besten konservativen Organe des Landes selbst Mittelpunkt einer kleinen Provinzgruppe (der Familie *Ritchie*), die noch das Abendblatt *Evening Dispatch* und die Wochenblätter *The Weekly Scotsman* und *The Sports Dispatch* umfaßt.

Glasgow

Die verbreitetste Morgenzeitung Schottlands ist die in Glasgow erscheinende, im Massenstil aufgemachte *Daily Record and Mail* der Berry-Gruppe, die auch das Abendblatt *Glasgow Evening News* und die Sonntagszeitung *Sunday Mail* herausgibt. Die führende Gruppe Glasgows ist jedoch die Provinzgruppe „George Cutram and Company, Ltd.", deren Mittelpunkt das fortschrittlich konservative Morgenblatt *Glasgow Herald*, eines der einflußreichsten Organe des Landes, bildet. Ferner gehören dazu der *Glasgow Weekly Herald*, das illustrierte Morgenblatt *The Bulletin* und die Abendblätter *Evening Citizen* und *Evening Times*.

Die englischen Grafschaftsblätter sowie die nordirischen Zeitungen haben keine über ihr Erscheinungsgebiet hinausgehende Bedeutung.

Insgesamt gab es 1946 in Großbritannien, Nordirland und Eire 159 Morgen-, Abend- und Sonntagsblätter. Sie verteilten sich folgendermaßen (23):

	Morgenblätter	*Abendblätter*	*Sonntagsblätter*
London	16	3	10
englische Provinz und Wales	22	68	4
Schottland	6	9	2
Nordirland	4	1	—
Eire	4	4	1
Insel Man und Kanalinseln	2	3	—

Die englischen Zeitschriften

Natürlich besitzt England außer den Sonntagsblättern auch noch Wochenzeitschriften im eigentlichen Sinne des Wortes. Unter ihnen sind zu erwähnen der 1828 gegründete unabhängig-konservative *Spectator*, die unabhängig-konservative *Times and Tide*, die sozialistische *Tribune*, der sozialistische *New Statesman and Nation* und die katholische Wochenzeitschrift *The Tablet*. Wochenblätter sind auch *Punch, Picture Post* und *Illustrated London News* sowie die große illustrierte Gesellschaftszeitung *Tatler (and Bystander)*. Zahlreiche Fachzeitschriften erscheinen ebenfalls wöchentlich. Da sind das Medizinerblatt *Lancet, The Times Trade and Engineering Supplement, The Times Educational Supplement, The Manchester Guardian Commercial* und die führende Wirtschaftszeitschrift Englands, der 1843 von James *Wilson* gegründete liberal-unabhängige *Economist* zu nennen. Der Chefredakteur dieser ausgezeichneten Zeitschrift, Sir Walter *Layton*, genießt als Wirtschaftssachverständiger hohes Ansehen. Auch der politische Teil des Economist kann heute nicht übersehen werden. Die „Economist Newspaper, Ltd." wurde 1928 in die „Financial News, Ltd." eingegliedert, wobei jedoch die geistige Unabhängigkeit der Zeitschrift zugesichert wurde. In den erwähnten Konzern der Wirtschaftsblätter fallen noch das englisc Bankfachblatt *The Banker* und die 1860 gegründete *Invest Chronicle and Money Market Review*. Ein weiteres wichti Wirtschaftsorgan ist die 1878 von den Redakteuren c Economist gegründete Zeitschrift *The Statist*. Als Inform tionsblatt für die Außenhandelsinteressen dient das *Boa of Trade Journal*. Zur Gruppe der Zeitschriften gehört n die große Zahl der „Reviews" und Magazine, von der erstere nur Kritik, letztere auch Originalbeiträge bring Im Jahre 1946 betrug die Gesamtzahl der Zeitschriften u Magazine 3118 (24).

Anzeigenwesen und Vertrieb

Die Anzeigen sind auch in der britischen Presse seit Ja ren die Haupteinnahmequelle der Zeitungen, so daß man Ausbruch des zweiten Weltkrieges trotz der großen Papi knappheit nicht auf sie verzichten konnte; doch wurde du die „Paper Control Order No. 48" vom Jahre 1942 der Zeitungen für Anzeigen zugebilligte Raum stark ein schränkt, so daß das Vorkriegsverhältnis der Anzeigen z Lesestoff von 1 : 2 auf 1 : 3 herabging. Dementsprech sind, wie aus der folgenden Zahlenzusammenstellung h vorgeht, auch die Bruttoeinnahmen aus den Großanzei („display advertisements" einschließlich Regierungs-, H dels- und Finanzanzeigen) beträchtlich gefallen, und z von Kriegsausbruch bis 1942 um etwa fünfzig Prozent. S her ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen (26):

1938	£ 28 500 000
1939	„ 24 250 000
1940	„ 17 000 000
1941	„ 13 250 000
1942	„ 13 000 000
1943	„ 13 750 000
1944	„ 14 500 000

Der Anzeigenpreis, bei dessen Bemessung natürlich Höhe der Auflage einer Zeitung eine gewisse Rolle sp hat sich für große Anzeigen von 1939 bis 1945 im al meinen fast verdoppelt (27). Unter den Kleinen Anzei die wegen ihrer Zusammenfassung unter Sammelrubrike „classified advertisements" bezeichnet werden, nehmen Familienanzeigen, die in Großbritannien sachlich und kn gehalten sind, einen großen Raum ein.

Zur Auflagenkontrolle der Zeitungen wurde 1931 d die Verbände der Anzeigenvermittler, Anzeigenkunden, tungs- und Zeitschriftenverleger ein „Audit Bureau of culations" gegründet.

Der Vertrieb der Zeitungen geschieht nicht direkt d den Verlag, sondern durch Zeitungshändler (news-age von denen sie die Einzelverkäufer (news-vendors) bezie Ein Bezug durch die Post ist nicht möglich. Die bedeut sten Vertriebsfirmen für Zeitungen sind „W. H. Smith Son", „Messrs. Horace Marshall and Son" und „Toler thers". Drei Viertel der Zeitungen werden durch Abo ment bezogen, ein Viertel durch Straßenverkauf. In Lon geht ein etwas größerer Teil durch den Straßenverkauf

Stände- und Berufsorganisationen, Nachrichtenagenturen

Die Organisation der Londoner Zeitungsunternehme die „Newspaper Proprietors' Association" (NPA), die als Gegenstück zu den Gewerkschaften gegründet wurde. entsprechende Organisation für die Provinz ist die s 1936 gegründete „Newspaper Society". Die Fach- und schriftenpresse ist zusammengeschlossen in „The Perio Trade Press and Weekly Newspaper Proprietors' Associat Für die Journalisten gibt es drei Organisationen. Die g ist die 1907 gegründete „National Union of Journa (NUJ), die insbesondere für das materielle Wohl ihrer glieder zu sorgen hat (zum Beispiel Besserung der Geh und Arbeitsbedingungen, Versicherung und dergleichen) Fachblatt ist die Monatsschrift *The Journalist*. Die zweite nalistische Organisation, die sich vornehmlich mit den b lichen Interessen der Journalisten befaßt, ist das „Institu Journalists", dem neben den Journalisten auch eine größere

ahl von Arbeitgebern angehören. Die Journalistinnen schließ-ch sind in der „Society of Women Journalists" vertreten. ie Zeitungsgroßhändler sind in der „National Association f Wholesale Newsagents" zusammengeschlossen. Die ge-erkschaftlichen Organisationen sind für das Zeitungsge-erbe sehr zersplittert. Die Spitzenorganisation ist die Printing and Kindred Trades Federation" (PKTF), der uch die NUJ angegliedert ist. Sämtliche Gewerkschaften erhandeln entweder einzeln oder gruppenweise mit der NPA

Schließlich muß noch die im Anschluß an die erste Em-ire-Pressekonferenz 1909 aus privater Initiative gegründete Empire Press Union" (EPU) genannt werden, in der die auptzeitungen und -nachrichtenagenturen des Vereinigten önigreichs, der Dominien und Kronkolonien vertreten sind. ır Ziel ist die Aufnahme und Aufrechterhaltung des Kon-ıkts innerhalb der Presse des britischen Weltreiches. Zu iesem Zweck werden im Abstand von fünf Jahren „Empire ress Conferences" abgehalten. Die erste fand 1909 in Groß-ritannien statt, die zweite, wegen des ersten Weltkrieges on 1915 auf 1920 verschoben, in Kanada, die dritte 1925 ı Australien, die vierte 1930 in Großbritannien, die fünfte 935 in Südafrika. Die sechste sollte 1940 in Kanada statt-nden, mußte aber wegen des zweiten Weltkrieges verscho-en werden und fand 1946 in Großbritannien statt (28). Auf etreiben der EPU wurde 1941 der Kabelsatz pro Wort für as ganze Empire von zweieinviertel Pence auf einen Penny erabgesetzt (29). Diese Verbilligung war zunächst nur für ie Kriegszeit gedacht, wurde dann aber auf Betreiben der PU beibehalten.

Da die Nachrichtenbüros ein bestimmender Faktor für die resse sind seien noch die wichtigsten britischen Nachrich-nagenturen erwähnt. Da ist die *Press Association* für die ersorgung der Londoner und Provinz-Presse mit Inlands-achrichten und *Reuter*, im Besitz der *Press Association* nd der *Newspaper Proprietor's Association* für Weltnach-chten, während *Exchange Telegraph* Welt- und Inlands-achrichten liefert. *British United Press* ist die britische ochtergesellschaft der *United Press of America*, und *Asso-ated Press of Great Britain* ist die britische Tochtergesell-haft der *Associated Press of Amerika*. Hinzugefügt sei och, daß große Londoner Blätter zum Teil eigene Nach-chtendienste für Empire und Ausland haben, deren bester er *London Times News Service* ist.

Das Presserecht

Es gibt in England kein Pressegesetz und also auch kein onderrecht der Presse. Für sie gilt vielmehr das „Common aw". Wie schon erwähnt, ist die Pressefreiheit in England n altes, unbestrittenes Recht. Was von der Presse verlangt ird, ist eine genaue Berichterstattung und vor allem eine nständige Beurteilung und Auslegung („fair comment"). Der nzelne wird gegen Schädigung durch Veröffentlichungen er Presse auf Grund der „Libel Act" von 1943 geschützt. „Libel" ist die öffentliche Beleidigung oder Verleumdung urch Druck oder Schrift.) Das Beleidigungsverfahren wird eist auf dem Wege der Privatklage geführt; die Bestrafung esteht in einer an den Beleidigten zu zahlenden, oft recht ohen Entschädigung. Es kann aber auch ein Strafverfahren eführt werden, was besonders bei Beleidigung hoher Per-önlichkeiten („scandalum magnatum"). Staatsverleumdung „seditious libel") und Gotteslästerung („blasphemous libel") eschieht. Gegen die Presse wird häufig wegen verleumderi-her und ehrenrühriger Beleidigung („defamatory libel") eklagt. Um schikanöse Klagen gegen die Presse einzudäm-en, wurde 1881 die „Newspaper Libel and Registration ct" erlassen, wonach eine Klage abgewiesen werden kann, enn eine Zeitung bei ihrer Veröffentlichung im öffentlichen nteresse gehandelt hat. Dennoch hat die britische Presse oft nter an den Haaren herbeigezogenen profitsüchtigen Belei-igungsklagen zu leiden, so daß die „Empire Press Union", m dem Einhalt zu gebieten, 1938 eine neue Gesetzesvorlage nbrachte. Die zweite Lesung fand am 3. Februar 1939 im nterhaus statt In der Debatte schlug die Regierung die insetzung eines Untersuchungsausschusses vor. Dieser Aus-schuß unter Vorsitz von Lord *Porter* (30) war noch bei der Arbeit, als der letzte Krieg ausbrach. Dieses Problem ist bis-her noch nicht gelöst worden.

Literatur-Verzeichnis

Andrews, Alexander: The History of British Journalism. From the Foundation of the Newspaper Press in England to the Repeal of the Stamp Act in 1855. In two volumes. (London 1859)

A Newspaper History 1785—1935. (Jubiläumsschrift der Times). (London 1935)

Boswell, James: The Life of Samuel Johnson. (London 5th ed. 1807)

Collet, C. D.: History of the Taxes on Knowledge. (London 1939)

Cummings, A. J.: The Press and a Changing Civilisation. (London 1936)

Dawson, Thomas: The Law of the Press. (London 1927)

Decker, Lothar: Die britische Presse und das Empire. (Geschichte und Wirken der „Empire Press Union". (Phil. Diss. Berlin 1939)

Geschichte der englischen Presse. Nach J. Grant's Newspaper Press, frei bearbeitet von Julius *Duboc*. (Hannover 1873)

Grünbeck, Max: Die Presse Großbritanniens. 2 Bde, (Leipzig 1936)

Handbuch der Zeitungswissenschaft, herausgegeben von Walther *Heide*, bearbeitet von Ernst Herbert *Lehmann*. (Leipzig 1940—1943)

Hillebrandt, Béla: Typen englischer Zeitschriften (Phil. Diss. Berlin 1941)

Hindle, Wilfried: The Morning Post 1772—1937 Portrait of a Newspaper (London 1937)

Morison, Stanley: The English Newspaper. Some Account of the Physical Development of Journals Printed in London between 1622 and the present Day, (Cambridge 1932)

Novion, François: La Presse Anglaise Contemporaine et ses Grandes Quotidiens. (Paris 1925)

P. E. P. (Political and Economic Planning). Report on the British Press. (London, April 1938)

Report of the Council of the Empire Press Union, Presented to Members at the Thirty-Fifth Annual General Meeting on Tuesday, 13th February, 1945 at 11 a. m. at „The Times", Printing House Square, London.

Report of the Council of the Empire Press Union, Presented to Members at the Thirty-Sixth Annual General Meeting on Tuesday, 12th March, 1946, at 11 a. m. at „The Times", Printing House Square, London.

Shaaber, M. H.: Some Forerunners of the Newspaper in England, 1476—1622. (Philadelphia 1929)

Soames, Jane: The English Press. (2nd ed. London 1938)

Stutterheim, Kurt von: Die englische Presse von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. (Berlin 1933)

The Newspaper Press Directory. (London 1946)

The Times. Printed and Published at the Office of the Times. (London 1932)

Williams, J. B.: History of British Journalism to the Foundation of the Gazette. (1908)

Willing's Press Guide. Jahrgang 65 (London 1938)

World Press News No. 307, 17. 1. 1935: „How the Times became the Thunderer."

Anmerkungen

(1) The Times Weekly Edition. Wednesday April 2nd 1947

(2) laut Mitteilung der Newspaper Proprietors Association an die Verfasserin vom 25. Juli 1947

(3) Die Sternkammer war ein unter der Regierung der Tudors gebildeter Ratsausschuß, der das prärogative Recht der Krone gegen die Macht der Parlamente, insbesondere des hohen Adels, durch Schaffung neuer Rechtsverhältnisse stärkte, später aber zu einem Werkzeug monarchischer Willkür in der Anwendung der Prärogative wurde.

(4) M. H. *Shaaber:* Some Forerunners of the Newspaper in England 1476 bis 1622. (Philadelphia 1929). S. 316

(5) James *Boswell:* The Life of Samuel Johnson. (London 5th ed. 1807) S. 26

(6) 1855 Aufhebung der Zeitungssteuer, 1861 Aufhebung der Papiersteuer, 1869 Newspapers, Printers and Reading Rooms Repeal Act, durch die der Kautionszwang für Zeitungsbesitzer und die Genehmigungspflicht für öffentliche Leseräume aufgehoben wurde.

(7) The Times. Printed and Published at the Office of the Times (London 1932), S. 32 und 34

(8) Max *Grünbeck:* Die Presse Großbritanniens. (Leipzig 1936) Bd. I, S. 50

(9) vgl. Arthur *Ponsonby:* Falsehood in War-Time.

(10) Handbuch der Zeitungswissenschaft, herausgegeben von Walther *Heide*, Lieferung 5: Griechenland-Hohenzollern (Leipzig 1941) S. 1439

(11) laut Mitteilung des Central Office of Information, London, an die Verfasserin vom 8. August 1947 (gemäß Financial Times vom November 1946)

(12) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S 61

(13) Die „*Southern Newspapers Limited*" wird hier nicht aufgeführt, obwohl sie drei Provinzzeitungen in drei Städten besitzt, da diese Städte alle im selben Bezirk liegen.

(14) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 50

(15) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 51

(16) „How the Times became the Thunderer" in World Press News No. 307 vom 17. Januar 1935

(17) „The Economist", June 28th. 1947. S. 1044

(18) „The Economist", June 28th, 1947, S. 1045

(19) „The Economist", June 28th. 1947. S. 1046

(20) „The Manchester Guardian Weekly. January 30th, 1947, S. 5

(21) „Sunday Dispatch", July 13th, 1947. S. 1

(22) siehe Angaben in diesen Zeitungen

(23) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 61

(24) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 62

(25) Handbuch der Zeitungswissenschaft, herausgegeben von Walther *Heide*, Lieferung 5. (Leipzig 1941)

(26) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 59

(27) The Newspaper Press Directory. (London 1946) S. 60

(28) Laut Mitteilung der „Empire Press Union" an die Verfasserin vom 28. Juli 1947

(29) Report of the Council of the Empire Press Union Presented to Members at the Thirthy-Sixth Annual General Meeting on Tuesday, 12th March, 1946, at 11 a. m. at „The Times", Printing House Square, London. S. 4

(30) Report of the Council of the Empire Press Union Presented to Members at the Thirty-Fifth Annual General Meeting on Tuesday, 13th February, 1945, at 11 a. m. at „The Times", Printing House Square, London. S. 7

Hansard, das amtliche Organ der britischen Parlamentsberichterstattu

Im vorangehenden Beitrag wurden die Kämpfe um die Parlamentsberichterstattung in Großbritannien im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert dargestellt. Die weitere Entwicklung der Parlamentsberichterstattung vollzog sich am Rande der Entwicklung der britischen Tagespresse. Da es sich hier um ein pressegeschichtlich wenig bekanntes Gebiet handelt, bringen wir im folgenden noch einige Einzelheiten zur neueren Geschichte der Parlamentsberichterstattung, die wir einer Veröffentlichung der Hansard Society, London, entnehmen.

Die Parlamentsberichterstattung im 19. Jahrhundert

Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts bemühte sich vor allem ein Kreis, der sich um William *Cobbett*, den Begründer von *Cobbett's Weekly Political Register*, gebildet hatte, um eine Reform der Parlamentsberichterstattung. Im Jahre 1800 begann Cobbett mit der Herausgabe von Parlamentsberichten unter dem Titel *Cobbett's Parliamentary Debates*, die sowohl aus Presseberichten, als auch aus privaten Informationsquellen zusammengestellt wurden.

Die in der Druckerei von Thomas *Hansard* hergestellten *Cobbett's Parliamentary Debates* gingen im Jahre 1829 in den Besitz von Hansard über und wurden in *Hansards Parliamentary Debates* umbenannt. Sie wurden zu jener Zeit ohne jede Regierungsunterstützung herausgegeben. Ihre Finanzierung war vielmehr ganz von den Bezugsgebühren der Parlamentsmitglieder, Zeitungen und Klubs abhängig. Hansard befand sich daher ständig in finanziellen Schwierigkeiten. Im Jahre 1855 beauftragte das britische Schatzamt den Regierungsverlag (H. M. Stationary Office), hundert Exemplare zu einer Bezugsgebühr von jährlich fünf Guineen (105 Schillinge) bei Hansard zu bestellen. Diese Exemplare waren für die Regierungsämter in Großbritannien und Übersee bestimmt.

In der damaligen Form stellte „der Hansard" (wie die Berichte im Volksmund genannt werden) noch keinen amtlichen oder auch nur annähernd wortgetreuen Parlamentsbericht dar. Diese Unvollständigkeit, die zum großen Teil auf die finanziellen Schwierigkeiten zurückzuführen waren, veranlaßten im Jahre 1878 das britische Unterhaus, Hansard eine jährliche Unterstützung von 300 Pfund Sterling zu gewähren. Der Vorschlag, eine amtliche Untersuchungskommission einzusetzen, wurde jedoch vom Unterhaus abgelehnt. Im Jahre 1888 befaßte sich ein gemischter Ausschuß des Ober- und Unterhauses mit der Gestaltung der Parlamentsberichte. Die finanzielle Unterstützung der Regierung wurde Hansard weiterhin gewährt, die vielfach geforderte Veröffentlichung des vollen Wortlautes der Parlamentsdebatten wurde jedoch abgelehnt. Im folgenden Jahre ging das Privatunternehmen Hansard's an die neugegründete „Hansard Publishing Union" über. Die Gesellschaft versuchte ohne Unterstützung der Regierung einen unabhängigen Parlamentsbericht herzustellen. Die Finanzierung sollte aus Anzeigen bestritten werden. Nach zwölf Monaten mußte dieses Unternehmen die Tätigkeit infolge finanzieller Schwierigkeiten einstellen.

Auch ein im Jahre 1892 ernannter Parlamentsausschuß konnte keine befriedigende Lösung des Problems finden. Hierauf machte das Schatzamt den Versuch, den Druck der Berichte im Werkvertrag zu vergeben. Dies war weder für die Unternehmer noch für die britische Regierung ein Erfolg.

Einfühung einer amtlichen Berichterstattung

Im Jahre 1908 beschäftigte sich ein Parlamentsaussch erneut mit der Frage der Parlamentsberichterstattung. schlug vor, daß das Unterhaus seine eigenen Berichtersta einsetzen und einen ausführlichen Bericht über jede R veröffentlichen solle, „zwar nicht genau wörtlich, aber d im wesentlichen wortgetreu unter Auslassung von Wied holungen und überflüssigen Nebensächlichkeiten und Bese gung von Fehlern. Andererseits soll nichts ausgelassen w den, was für den Sinn der Rede von Bedeutung ist."

Diese Vorschläge wurden angenommen und traten Jahre 1909 in Kraft. Elf Berichterstatter, die der Leit eines ständigen Ausschusses, dem „Publication and Rep Committee", unterstellt waren, wurden ernannt. Jetzt en hatte auch das britische Parlament, als das letzte aller P lamente in der Welt, eine vollständige und amtliche richterstattung über seine Sitzungen.

Der Hansard erscheint heute täglich in zwei Ausgab „Parlamensdebatten, amtlicher Bericht des Unterhau und „Parlamentsdebatten, amtlicher Bericht des Oberhaus

Die in Geheimsitzungen gehaltenen Reden werden n veröffentlicht, aber der „Speaker" des Hauses ist be mächtigt, einen Bericht im Hansard herauszugeben, aus die Art des Diskussionsthemas ersichtlich ist. Die Veröff lichung eines solchen Berichtes ist aber nicht obligatorisc

Der Hansard für das Unterhaus wird unter Leitung „Speaker" herausgegeben. Zusammen mit einem Unter schuß ernennt dieser den Herausgeber und seine Mitarbe Der Hansard für das Oberhaus wird unter der Aufsicht Parlamentssekretärs veröffentlicht.

Seit dem Jahre 1909 erscheint der Hansard im Verlag britischen Regierung und wird durch den Buchhandel trieben. Im Jahre 1943 betrug die Anzahl der verkau Exemplare des Hansard für das Unterhaus 2900 Stück November 1945 waren es nach intensiver Werbung d die Hansard Society bereits 8780 Stück. Dazu kamen Stück für amtliche Zwecke, so daß sich die Gesamtauf auf beinahe 13 000 Exemplare belief. Die Auflage des H sard für das Oberhaus betrug im November 1945 etwa Stück, von denen ungefähr ein Drittel öffentlich verk wurde, während die übrigen zwei Drittel dem amtli Gebrauch dienten.

Die Hansard Society wurde während des Krieges d Stephen *King-Hall* gegründet, um das Interesse der tischen und der Weltöffentlichkeit an den Parlamentsde ten wieder zu verstärken. Die Gesellschaft entfaltet rege Tätigkeit, um die Kenntnis des parlamentarisc Lebens durch Vorträge und Buchveröffentlichungen zu tiefen. Es ist für die Entwicklung der öffentlichen Mein in Großbritannien bemerkenswert, daß nunmehr auf die Wege eine engere Verbindung zwischen Parlament Volk angestrebt wird, während jahrhundertelang das Pa ment bestrebt war, sein Eigenleben sorgfältig abzuschir Lediglich das Verbot der Rundfunkaufnahme und der F berichterstattung von parlamentarischen Ereignissen hat von der traditionellen Exklusivität des Parlamentes bis h erhalten.

ZEITREGISTER

1. SEPTEMBER 1947

›er Palästina-Untersuchungsausschuß der UN empfiehlt die Teiıng Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat.

ei der Umsiedlung der Sikhs und Hindus nach Indien und der loslemin nach Pakistan brechen Unruhen großen Ausmaßes aus.

'as finnische Nachrichtenbüro meldet, daß Finnland bis Ende ugust bereits 40 Prozent der auferlegten Reparationen bezahlt hat.

er sowjetische Oberbefehlshaber in Österreich weist die Erklärung er österreichischen Regierung zurück, daß Österreich keine Kontolle über seine Industrien in der russischen Zone habe.

nterzeichnung eines bulgarisch-polnischen Handelsabkommens.

2. SEPTEMBER 1947

nterzeichnung des panamerikanischen Verteidigungspaktes in Rio : Janeiro durch die Delegierten von neunzehn amerikanischen epubliken

räsident *Truman* hält eine größere Rede vor den Delegierten der ınamerikanischen Konferenz.

er sowjetische Protest gegen die britisch-amerikanische Entscheiıng über die Erhöhung der Industriekapazität in Westdeutschnd wird von der amerikanischen Regierung zurückgewiesen.

ı Beantwortung der amerikanischen Note, in der die Freigabe des andschurischen Hafens Dairen für den Handel gefordert wurde, hnt die sowjetrussische Regierung eine Änderung des jetzigen ıstandes ab.

3. SEPTEMBER 1947

er stellvertretende amerikanische Außenminister Robert *Lovett* ndigt im Hinblick auf die fortschreitende Verschlechterung der ropäischen Verhältnisse eine Beschleunigung der amerikanischen ilfe für Europa an.

ord *Pakenham* bezeichnet bei seinem Besuch die Exportmesse in annover als einen großen Erfolg.

4. SEPTEMBER 1947

e amerikanische Abordnung der gemischten amerikanisch-sowjechen Kommission für Korea weist die sowjetischen Pläne zurück, ırch die die rechtsstehenden Gruppen aus dem vorläufigen Parlaent Koreas ausgeschlossen werden sollen, so daß sich eine „unhte Mehrheit der Linksparteien" ergeben würde.

ıßenminister *Molotow* lehnt den amerikanischen Vorschlag für ıe Viermächtekonferenz über die Unabhängigkeit Koreas, die am September stattfinden sollte, ab.

e ungarische Regierung tritt zurück, nachdem der sozialdemokrache Justizminister und der sozialdemokratische Ernährungsminir aus Protest gegen die Wahlfälschungen ihren Rücktritt einreicht hatten.

er Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes in Southport richt sich mit überwältigender Stimmenmehrheit für die Politik ıßenminister *Bevins* aus.

5. SEPTEMBER 1947

äsident *Truman* hält vor dem brasilianischen Parlament eine ede, in der er die Ergebnisse der panamerikanischen Konferenz grüßt.

e französische Nationalversammlung spricht der Regierung Raadier anläßlich der Beratung des Gesetzentwurfs über Subvenınierung der Kohlenindustrie mit 292 gegen 243 Stimmen das ertrauen aus.

ls Ergebnis des Staatsbesuches einer rumänischen Regierungslegation unter Führung des Ministerpräsidenten *Groza* in Prag erden mehrere Vertragsabmachungen getroffen, darunter die Unrzeichnung eines Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit.

Nordengland treten 60 000 Bergarbeiter in den Streik.

6. SEPTEMBER 1947

Griechenland wird unter Führung des liberalen Politikers *Sooulis* eine neue Regierung gebildet, die sich aus Liberalen und ngehörigen der Volkspartei zusammensetzt.

alien unterrichtet die Regierung der Vereinigten Staaten, daß es ine Dollarreserven mehr besitzt.

Hamburg werden die 4500 jüdischen Flüchtlinge der „Exodus" m Teil zwangsweise an Land gebracht.

ufdeckung eines geplanten Komplotts jüdischer Terroristen in ıris gegen London.

7. SEPTEMBER 1947

ie 800-Jahr-Feier Moskaus wird in der Sowjet-Union feierlich gangen. Die *Prawda* veröffentlicht eine Begrüßungsadresse *Stalins*.

8. SEPTEMBER 1947

raf *Coudenhove-Kalergi* eröffnet in der Schweiz den Kongreß er parlamentarischen Europa-Union.

atifizierung des britisch-französischen Bündnisvertrages, der am März in Dünkirchen unterzeichnet wurde.

Eine tschechoslowakische Regierungsdelegation besucht die Sowjet-Union, um Einzelheiten des tschechisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens festzulegen.

In einer Regierungserklärung vor dem griechischen Parlament verspricht der neue Ministerpräsident *Sophoulis* allen griechischen Aufständischen, die die Waffen niederlegen, bedingungslose Amnestie.

In einer Erklärung des Hohen Arabischen Komitees wird der Bericht der Palästina-Untersuchungskommission als „abwegig und unpraktisch und ungerecht" abgelehnt.

Der amerikanische Finanzminister *Snyder* trifft in London ein, um Verhandlungen zur Behebung der britischen Dollarknappheit zu führen.

In Berlin beginnen Dreimächtebesprechungen zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten über die deutsche Kohlenausfuhr.

9. SEPTEMBER 1947

Der Chef der amerikanischen Mission für die Griechenlandhilfe, Dwight P. *Griswold*, gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Lebensmittelversorgung der griechischen Streitkräfte, die bisher von der britischen Armee getragen wurde, übernommen haben.

10. SEPTEMBER 1947

Nach fünfwöchigen Verhandlungen in Washington wird ein britisch-amerikanisches Abkommen über die gemeinsame Kontrolle der Ruhrkohlenförderung veröffentlicht. Über die Verstaatlichung der Ruhrkohlenbergwerke wurde keine Einigung erzielt.

Der bisherige türkische Außenminister Hassan *Saka* bildet nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Recep *Peker* eine neue Regierung.

Zwischen Großbritannien und Jugoslawien wird ein Abkommen über verschleppte Personen abgeschlossen, die sich in den britischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs befinden.

Der frühere Kaiser von Annam, *Bao-Dai*, übernimmt auf Aufforderung der Abgeordneten von Vietnam die Macht in Indochina.

M. *Bollaert* gibt französische Vorschläge für die Beilegung des französisch-vietnamesischen Streitfalles bekannt.

11. SEPTEMBER 1947

Clayton fordert in einer Rede in Paris die Aufhebung der Schranken für den Welthandel.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN in Genf beschließt die Gründung eines Welternährungsrates, zu dessen erstem Vorsitzenden der frühere australische Premierminister Lord *Bruce* gewählt wird.

Von dem am 27. August 1947 zurückgetretenen persischen Ministerpräsidenten Ghavam *es Sultaneh* wird ein neues persisches Kabinett gebildet.

Bei einem Besuch in London bezeichnet der polnische Außenminister *Modzelewski* die Erhöhung der deutschen Industrieproduktion als einen gefährlichen Schritt, aus dem sich die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und eine direkte Bedrohung Polens entwickeln könnten.

12. SEPTEMBER 1947

Dreizehn der sechzehn in Paris mit der Ausarbeitung des Marshall-Planes beschäftigten Staaten fassen den Entschluß, einen Prüfungsausschuß zu bilden, der die Frage einer europäischen Zollunion untersuchen soll.

13. SEPTEMBER 1947

Frankreich und Italien bekunden in einer Erklärung ihren Willen, alle Probleme einer französisch-italienischen Zollunion so bald wie möglich zu lösen.

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten protestieren bei der jugoslawischen Regierung gegen die ungerechtfertigte Verhaftung und Mißhandlung von britischen und amerikanischen Soldaten an der italienisch-jugoslawischen Grenze.

Der persische Ministerpräsident erklärt die sowjetrussischen Vorschläge bezüglich der nordpersischen Ölkonzessionen für unannehmbar.

14. SEPTEMBER 1947

Außenminister *Marshall* weist in einer Rede auf die Bedeutung der am 16. September beginnenden UN-Vollversammlung hin, auf deren Tagesordnung Griechenland und Palästina als die wichtigsten Probleme auftreten.

Pandit *Nehru*, der Ministerpräsident von Indien, beziffert die Zahl der Menschen, die im letzten Monat bei den Unruhen im Pandschab umgekommen sind, auf 45 000.

15. SEPTEMBER 1947

Die Friedensverträge mit den fünf ehemaligen Verbündeten Deutschlands treten in Kraft.

Aufdeckung einer Verschwörung in der Slowakei, die sich gegen die tschechoslowakische Republik und Präsident *Benesch* richtet.

16. SEPTEMBER 1947

Eröffnung der zweiten regulären Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York.

Beendigung des Kriegszustandes zwischen Großbritannien und Österreich.

17. SEPTEMBER 1947

In einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen schlägt Außenminister *Marshall* eine gründliche Reform des UN-Organismus vor. Er tritt für Schaffung eines ständigen Interimsausschusses für Frieden und Sicherheit ein, dem alle 55 Mitgliedstaaten angehören sollen. Gleichzeitig befürwortet er eine Einschränkung des Vetorechtes.

18. SEPTEMBER 1947

Der sowjetrussische Delegierte *Wyschinskij* wendet sich in einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gegen die Vorschläge Marshalls.

In einem Appell an das vietnamesische Volk erklärt sich Exkaiser *Bao-Dai* bereit, Verbindung mit französischen Regierungsstellen aufzunehmen.

19. SEPTEMBER 1947

Durch eine Verordnung des britischen Arbeitsministers George *Isaacs*, die eine Überführung von Arbeitskräften aus weniger wichtigen in lebenswichtige Industrien gestattet, wird der Arbeitseinsatz in Großbritannien wieder derselben Lenkung unterworfen wie zu Kriegszeiten.

20. SEPTEMBER 1947

In Paris finden Besprechungen zwischen dem amerikanischen Finanzminister *Snyder* und dem französischen Finanzminister *Schuman* statt.

Finnland ersucht offiziell um Aufnahme in die Vereinten Nationen.

Fiorello *La Guardia*, der ehemalige Bürgermeister von New York und frühere Generaldirektor der UNRRA, stirbt in New York.

21. SEPTEMBER 1947

Der Vorschlag Außenminister *Marshalls* zur Schaffung eines Interimsausschusses wird vom Lenkungsausschuß der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung für die Vollversammlung gesetzt.

Der stellvertretende französische Ministerpräsident *Teitgen* erklärt vor einer Versammlung der Republikanischen Volkspartei, das Saargebiet werde an Frankreich angeschlossen werden, ganz gleich, ob die Sowjet-Union es gern sehe oder nicht.

Dr. *Schumacher* fliegt zur Teilnahme am Kongreß der amerikanischen Gewerkschaftsföderation in San Franzisko von London ab.

22. SEPTEMBER 1947

Der britische Vertreter auf der Vollversammlung der UN, Staatsminister Hector *McNeil*, spricht als letzter Vertreter der „Großen Vier" über die Vorschläge *Marshalls* zur Schaffung eines ständigen Interimsausschusses, die er befürwortet. Gleichzeitig greift er die Politik der Sowjet-Union mit scharfen Worten an.

In Paris beginnt die vierte und letzte Sitzung der Konferenz der sechzehn Nationen. Der amtliche Text des Berichtes über die von Europa benötigte Hilfe aus den Vereinigten Staaten, die für die nächsten vier Jahre auf über 22 Milliarden Dollar angesetzt ist, wird von allen sechzehn Teilnehmerstaaten angenommen und veröffentlicht.

Das britische Außenamt kündet für den Oktober eine Konferenz der Stellvertretenden Außenminister in London an, die über die Zukunft des früheren italienischen Kolonialreichs beraten soll.

Sir Sholto *Douglas* tritt von seinem Posten als britischer Oberkommandierender in Deutschland zurück. Sein bisheriger Stellvertreter, General Sir Brian *Robertson*, übernimmt den Posten.

23. SEPTEMBER 1947

Der Generalsekretär der UN, Trygve *Lie*, appelliert in einer Rede an die Kompromißbereitschaft der Großmächte.

Die Vollversammlung der UN nimmt mit 29 gegen 11 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen den Vorschlag des geschäftsführenden Ausschusses zur Errichtung eines Sonderausschusses für Palästina an.

Der Vizepräsident der Weltbank, Robert *Garner*, erklärt, die Weltbank sei bereit, ihren Beitrag in Höhe von drei Milliarden Dollar zum Wiederaufbau Europas gemäß dem Bericht zum Marshall-Plan zu leisten.

Hinrichtung des bulgarischen Oppositionsführers Nicola *Petkoff*.

Unter Ministerpräsident Lajos *Dinnyes* wird ein neues ungarisches Kabinett aus fünf Kommunisten, vier Mitgliedern der Partei der kleinen Landwirte, vier Sozialdemokraten und zwei Mitgliedern der nationalen Bauernpartei gebildet.

Im Laufe der außerordentlichen Sitzung des dänischen Parlamentes legen die Radikalen einen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten vor. Ihre Kritik bezieht sich hauptsächlich auf die Regierungspolitik in der Südschleswigfrage.

24. SEPTEMBER 1947

Präsident *Truman* beruft das Kabinett zu einer außerordentlichen Vollsitzung ein, um die Zwischenhilfe für Europa zu besprechen.

Die britische Regierung läßt in Sofia eine scharfe Protestnote gegen die Hinrichtung *Petkoffs* überreichen.

Der französische Botschafter in London, *Massigli*, übermittelt dem britischen Außenminister eine Note, in der die Bedenken seiner Regierung gegen eine deutsche Beteiligung an der Ruhrverwaltu[ng] zum Ausdruck kommen.

Die belgische Regierung überreicht in London ein offiziell[es] Schreiben an Außenminister *Bevin*, in dem der in Washingt[on] ausgearbeitete Plan zur Übertragung der Verantwortung für d[en] Ruhrbergbau in deutsche Hände kritisiert wird.

25. SEPTEMBER 1947

Vertreter der fünf Großmächte beraten auf einer Sondersitzung in New York über die Ernennung des Gouverneurs von Triest.

Präsident *Truman* gibt anläßlich einer Pressekonferenz die Schaf[fung] eines Ernährungsausschusses bekannt und fordert die am[e]rikanische Bevölkerung auf, Verschwendung und Verderb v[on] Lebensmitteln zu verhindern. Er hoffe, die nötigen Mittel für ei[ne] Soforthilfe ohne Sondersitzung des Kongresses bereitstellen [zu] können.

Der japanische Kaiser *Hirohito* wird im Kriegsverbrecherprozeß [in] Tokio durch den amerikanischen Anklagevertreter von jeder Te[il]nahme an der Entfesselung des pazifischen Krieges freigesproche[n].

Sieg der britischen Arbeiterpartei bei den Nachwahlen in We[st-] Islington.

Die Sozialistische Partei Frankreichs fordert in einem Manif[est] den Zusammenschluß aller Arbeiter und Demokraten der Welt z[ur] Bekämpfung der gegenwärtigen Krise und die Internationalis[ie]rung des Ruhrgebietes.

26. SEPTEMBER 1947

Die Regierung der Vereinigten Staaten legt der UN-Vollve[r]sammlung den offiziellen Entwurf ihres Planes zur Bildung ei[nes] ständigen Ausschusses vor.

Bulgarien und Albanien werden mit 38 gegen eine Stimme v[on] der Griechenland-Debatte ausgeschlossen, da sie keine ausr[ei]chende Gewähr dafür geben, daß sie die UN-Satzungen einhal[ten] werden. Sie können künftig nur noch Erklärungen vor dem po[li]tischen Ausschuß abgeben.

Der britische Kolonialminister *Creech-Jones* erklärt anläßlich s[ei]nes Berichtes über die britische Palästinapolitik vor der UN-Vo[ll]versammlung, daß Großbritannien bereit sei, einer Beendigu[ng] seines Palästinamandats zuzustimmen.

Das Datum für die Sitzung des Außenministerrates in Lon[don] wird vorläufig auf den 25. November 1947 verschoben.

Der stellvertretende sowjetrussische Außenminister *Wyschins[kij]* greift auf einer Pressekonferenz in New York führende ameri[ka]nische Politiker wie John Foster *Dulles* als Kriegstreiber an.

27. SEPTEMBER 1947

Der Treuhänderrat der UN befaßt sich mit der Frage des M[an]dats von Südwestafrika. Die südafrikanische Delegation erkl[ärt,] die Südafrikanische Union wolle das Gebiet nicht annektieren, aber auch nicht bereit, es einer internationalen Treuhändersch[aft] zu unterstellen.

Senator *MacGarth* übernimmt als Nachfolger des zurücktreten[den] Robert *Hannegan* das Präsidium des Nationalkomitees der de[mo]kratischen Partei der Vereinigten Staaten.

28. SEPTEMBER 1947

In Paris wird der Kongreß des „Weltbundes für den Frieden" [mit] Teilnehmern aus 50 Nationen unter Vorsitz von Frau *Ranad[e]* eröffnet. Es wird eine Botschaft von Frau *Roosevelt* verlesen.

29. SEPTEMBER 1947

Auf einer Krisensitzung Präsident *Trumans* mit Mitgliedern [des] amerikanischen Kabinetts, des Senats und des Repräsentantenhau[ses] wird festgestellt, daß amerikanische Gelder zur Überbrückung [der] dringendsten Not in Europa nicht ohne entsprechende Entsch[ei]dung des Kongresses zur Verfügung gestellt werden können.

Ministerpräsident *Attlee* gibt wichtige Veränderungen im britisc[hen] Kabinett bekannt. Sir Stafford *Cripps* wird zum Minister für w[irt]schaftliche Angelegenheiten mit Oberaufsicht über sämtliche M[ini]sterien ernannt, deren Aufgabenbereich wirtschaftliche Fragen [be]rührt. Sein Nachfolger als Handelsminister wird der bishe[rige] Staatssekretär für den Außenhandel, James *Wilson*.

Der französische Regierungsausschuß „Rettet den Franc" tritt [in] Paris unter Vorsitz von Ministerpräsident *Ramadier* zusammen.

30. SEPTEMBER 1947

Pakistan wird offiziell in die Vereinten Nationen aufgenomm[en].

Bei der Ergänzungswahl der drei nichtständigen Mitglieder [für] den Sicherheitsrat erhalten Kanada und Argentinien je einen S[itz]. Für den dritten Sitz kann trotz sechsmaliger Stichwahl weder Ukraine noch Indien die erforderliche Zweidrittelmehrheit [er]langen.

Die Sowjet-Union sagt ihre Teilnahme an der nach London e[in]berufenen Konferenz der Stellvertretenden Außenminister über [die] Zukunft der italienischen Kolonien zu.

Die amerikanische Regierung weist in einer dem polnischen B[ot]schafter in Washington überreichten Note den polnischen Pro[test] gegen den neuen Industrieplan für Deutschland mit dem Hin[weis] zurück, daß die amerikanische Hoffnung auf eine deutsche W[irt]schaftseinheit nicht erfüllt worden sei.

INHALT

AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Gertrud Becker, Frankfurt am Main, geb. 27. August 1918
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geb. 27. Juli 1920
Erika Feldmann, Oberursel (Taunus), geb. 11. August 1917
Wilfried Tenholt, Oberursel (Taunus), geb. 1. September 1915
Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geb. 8. April 1917
Dr. Hildegard Waschke, Halle a. d. Saale, geb. 17. Oktober 1919

REDAKTIONELLE ANMERKUNG

Die in letzter Zeit zahlreich einlaufenden Anfragen veranlassen uns, mitzuteilen, daß wir vorläufig noch nicht in der Lage sind, Einzelthemen außerhalb unseres Veröffentlichungsplanes zu bearbeiten. Der Aufbau des Archivs, die Durchführung der laufenden Redaktionsarbeiten und die vielfach notwendigen langfristigen Planungsarbeiten beanspruchen alle verfügbaren Kräfte unserer Mitarbeiter so stark, daß wir zur Zeit noch keine zusätzlichen Aufträge annehmen können. Sollten wir uns in der Lage sehen, Einzelaufträge zu bearbeiten, so wird das an dieser Stelle mitgeteilt werden.

BERICHTIGUNGEN

Seite 798 Anlage II, Spalte 1945; Innere Schuld statt 770: *570*
Seite 870 linke Spalte; Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, geboren *1890.*
Seite 891 Spalte e und g; ließ: *Index 1839 = 100.*
Spalte f; die Zahl *7645* muß umgekehrt werden.

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.
Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel (Taunus) bei Frankfurt am Main.
Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel (Taunus), Gartenstraße 12, Telefon 239.
Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155, oder an die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 15. Oktober 1947 Auflage 12 000 Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel


DEUTSCHER SEKT
Deinhard Kabinett
Deinhard Kabinett
GEGR. 1794
KOBLENZ AN RHEIN UND MOSEL




FETT-CREME
TAGES-CREME